

Präsident: Ich erteile das Wort Herrn Abg. Dipl.-Ing. DDr. Götz.

Abg. Dipl.-Ing. DDr. Götz: Hohes Haus! Sehr geehrte Damen und Herren! Ich möchte nicht Gesagtes wiederholen. Ich möchte auch nicht auf die durch die Debattenredner unterstrichene Bedeutung dieser Gruppe 4 im Rahmen des Landesbudgets hinweisen. Mir liegt es nur daran, eine Anmerkung anzubringen und zwei Ersuchen an den Fürsorgereferenten zu richten.

Eine Anmerkung zu dem immer bedeutungsvoller werdenden Altenproblem. Wie in vielen Bereichen können auch in dieser Materie der Gesetzgeber, die öffentliche Hand, Körperschaften, ja selbst karitative Vereinigungen nur eine bestimmte Hilfsfunktion ausüben, da die Lösung des Altenproblems im menschlichen und nicht im Rechtsbereich liegt. Dieser Lösung stellt sich heute im wesentlichen ein Faktor entgegen auf den ich doch hinweisen will. Das ist der Faktor Zeit. Es gehört nämlich im Familienbereich für die jüngere Generation der älteren gegenüber die Bereitschaft, Zeit zur Verfügung zu stellen. Zeit, um sich mit dem älteren Menschen und seinen Problemen zu beschäftigen, Zeit und Geduld, um auch einem etwas vielleicht langwierigeren Gespräch die notwendige Aufmerksamkeit und die notwendige Rücksichtnahme widmen zu können. Mir scheint es hier erforderlich, diesem Problem der Zeit und des Verständnisses, einfach dem Problem der größeren und altersmäßig abgestuften Familie mehr als bisher Augenmerk und Bedacht zuzuwenden.

Und nun zu den zwei Ersuchen, die ich an den Fürsorgereferenten des Landes zu stellen habe:

Das eine ist ein Problem der Stadt Graz, die — und ich glaube, hier weitgehend bahnbrechend im gesamten Bereich unserer Heimat — begonnen hat, Invalidenwohnungen zu errichten und diese Invalidenwohnungen in einem bestimmten Verhältnis zum Gesamtbauvolumen den einzelnen Invaliden bzw. Familien zur Verfügung zu stellen. Wohnungen, die von der Gestaltung her von vornherein die sogenannten architektonischen Barrieren beseitigt haben, die aber einen Nachteil haben, nämlich den, daß ein bestimmter und gar nicht geringer monatlicher und auch baukostenmäßiger Sonderaufwand finanziell erforderlich ist. Ich glaube, daß hier eine Hilfe des Landes nicht nur konkret für die Stadt Graz gerechtfertigt wäre, sondern auch ein gleichartiges Beginnen in den übrigen Gebieten der Steiermark entsprechend zu fördern wäre.

Und ein zweites Problem, das kein Problem des Wohnbaues ist, obwohl es sich als solches darstellt, sondern ein Sozialproblem, das immer stärker in den Vordergrund tritt, ist das des Ersatzes bestimmter Gruppen von Dienstwohnungen bei Erreichung der Altersgrenze. Das beginnt in den Betrieben und geht im besonderen Maße auf Dienstwohnungen z. B. Hausbesorgerwohnungen über. In immer stärkerem Maße sind nun Menschen, nicht mit 60 oder 65 Jahren, sondern erst viel später, oft erst mit 80 Jahren einfach physisch und psy-

chisch nicht mehr in der Lage — klarerweise — ihre Dienste zu versehen: Sie waren aber auch nie in die Lage versetzt, sich zur Zeit ihrer Dienstausbübung eine entsprechende Eigentumswohnung zu kaufen oder eine andere Vorsorge zu treffen. Diese Menschen stehen also vor der Tatsache, daß sie ihre Heimstätte — ihre Dienstwohnung — verlieren. Oft handelt es sich um Alleinstehende, insbesondere um alleinstehende Frauen, die entweder ihren Mann verloren haben oder aus anderen Gründen, wie gesagt, im hohen Alter noch einen bestimmten Dienst versehen. Das ist ein Problem, das auch im Bereich des sozialen Wohnbaues nicht zu lösen ist, ein Problem, das zum Teil mit der Gestaltung moderner Garconnieren nicht zu lösen ist, ein Problem, das in den Bereich der Fürsorgemaßnahmen, in den Bereich der Sozialtätigkeit des Landes Steiermark mit eingeschlossen werden soll.

Ich hoffe, daß seitens des Fürsorgereferenten eine Möglichkeit dazu besteht, ich hoffe vor allem, daß in diesen zweitgenannten Fällen auch im Landesbereich den Landesbediensteten gegenüber, die bei Erreichung der Altersgrenze Dienstwohnungen aufgeben müssen, mit dem notwendigen Verständnis und der notwendigen Hilfe entgegengekommen wird. (Allgemeiner Beifall.)

Präsident: Ich unterbreche jetzt die Sitzung bis 14.30 Uhr. Sie wird beginnen mit dem Referat des Herrn politischen Referenten Landesrat Gruber.

Unterbrechung der Sitzung: 12.55 Uhr.

Fortsetzung der Sitzung: 14.30 Uhr.

Präsident: Ich nehme die unterbrochene Sitzung wieder auf und erteile Herrn Landesrat Gruber das Wort.

Landesrat Gruber: Herr Präsident! Meine sehr geehrten Damen und Herren! Acht Rednerinnen und Redner haben sehr ausführlich zu den Budgetansätzen der Gruppe 4 mit kleineren Unebenheiten, wenn ich mir so erlauben darf zu sagen, im großen und ganzen sachlich Stellung genommen. Die Beratungen der Budgetgruppe 4, Fürsorge und Jugendhilfe, sind mir alljährlich Anlaß, um in gedrängter Form einige aktuelle Probleme der Fürsorgepolitik der Steiermark zu behandeln. In der Fürsorgearbeit dieses Jahres und im Hinblick auf das, was im nächsten Jahr vorgesehen ist, auf die im Budget festgehaltenen Ansätze gibt es keine besonderen Sensationen, keine Ereignisse, die sich für Schlagzeilen in der Presse eignen, ja im Gegenteil, in stiller und mühsamer Alltagsarbeit wird die Fürsorgeaufgabe bewältigt. Es geht letzten Endes immer wieder darum, dem Menschen in seinen Sorgen und Nöten zu helfen und beizustehen. Ich werde mir erlauben zu den einzelnen Anfragen der Damen und Herren Abgeordneten im Rahmen meiner Ausführungen noch im Detail Stellung zu nehmen bei den jeweiligen Kapiteln, die ich mir zur Behandlung vorgenommen habe.

Bei einer nicht in die Tiefe gehenden Betrachtung der Budgetansätze könnte man auf Grund des bescheiden erweiterten Budgetrahmens der Gruppe 4 annehmen, daß mehr oder Neues im nächsten Jahr geleistet werden kann. Dies ist nicht der Fall. Bei Betrachtung der Ausgabenansätze der einzelnen Abschnitte, Unterabschnitte und Haushaltsstellen kommt man zu der nüchternen Feststellung, daß die Ausgabenansätze nur dort erhöht wurden, wo durch die Erhöhung von Gebühren, Verpflegskosten und gesetzlichen Verpflichtungen eine höhere Dotierung zwingend notwendig war.

Ich kann mich nicht mit der Frau Abg. Jamnegg gleich zu Beginn einverstanden erklären, wenn sie die Auffassung vertreten hat, daß wir an Materiellem alles schon erreicht hätten. (Abg. Jamnegg: „Nein, ich habe gesagt, fast alles oder vieles!“)

Oder vieles erreicht hätten, gnädige Frau, was wünschenswert oder notwendig wäre. Ein großer Kreis von weit über 12.000 Menschen in diesem Land wird durch direkte Leistungen der Fürsorge noch in irgendeiner Form versorgt. Wir haben 6.500 Dauerunterstützte, 2.600 Pflegekinder, wir haben für 1.500 Blinde Blindenbeihilfen zu zahlen und für rund 1.000 Pflegegeldempfänger nach dem Behindertengesetz die entsprechenden Leistungen aufzubringen. (Abg. Jamnegg: „Ja, Herr Landesrat, das ist ja auch eine materielle Leistung, eine positive Leistung!“)

Sehr gern, aber eine nicht ausreichende, möchte ich sagen. Wenn wir uns die Leistungen im Detail für die Betroffenen anschauen, dann sieht das ganz anders aus. Es werden auf Grund eines Beschlusses der Landesregierung die Fürsorgerichtsätze ab 1. Jänner 1969 neuerlich um etwas mehr als 7,5 Prozent erhöht werden. Wenn man sich die effektiven Zahlen anschaut, dann muß man zu der Feststellung kommen, daß es eine bescheidene Leistung ist, die hier erbracht werden kann. Wenn Sie sich vorstellen, daß selbst in der gehobenen Fürsorge ein Fürsorgeunterstützungsempfänger maximal 960 Schilling im Monat erhalten kann plus einer Bekleidungs- und Wohnungsbeihilfe, dann läßt sich leicht ausrechnen, daß man damit keine großen Sprünge machen kann und daß hier einiges an Nachholbedarf zu bewältigen wäre. Diese Beispiele ließen sich noch weiter fortsetzen. Ich möchte nur zur Feststellung kommen, daß wir noch große Aufgaben auch auf dem materiellen Sektor zu erfüllen haben, wenn wir einmal mit Genugtuung feststellen wollen, daß wir einigermaßen für diejenigen, die unserer Hilfe bedürfen, das Notwendige erreicht haben um die entsprechenden Unterstützungen auszahlen zu können. Neue Haushaltsstellen gibt es in der Budgetgruppe 4 überhaupt keine im nächsten Jahr, wenn man davon absieht, daß nun 162.000 Schilling für den Fonds zur Unterstützung von Auslandsösterreichern zum Ansatz gebracht wurden, die von allen Bundesländern in einen gemeinsamen Topf eingezahlt werden. Ja im Gegenteil! Es gibt eine Reihe von verminderten Ansätzen! Manche werden sogar im nächsten Jahr weniger

bekommen, als das im heurigen Jahr der Fall war.

Wenn der Herr Abg. Burger — und hier komme ich gleich zu einem konkreten Beispiel — Probleme der Kriegsopferversorgung angeschnitten und festgestellt hat, daß im nächsten Jahr um etwa 170.000 Schilling aus dem Landesbudget weniger für die Kriegsopferversorgung zur Verfügung stehen, so muß ich ihm voll beipflichten. Ja, ich möchte sagen, man kann es noch nicht mit Sicherheit sagen, ob es nicht noch etwas weniger sein wird. Dieser Vorwurf oder diese Feststellung — ich fasse es nicht als einen Vorwurf auf Herr Abg. Burger — trifft ja den hohen Landtag in seiner Gesamtheit, denn durch die Beschlußfassung der Novelle zum Lustbarkeitsabgabe-Zuschlaggesetz gehen natürlich auch die Einnahmen auf Grund des Zuschlages zugunsten der Kriegsofper zurück und damit ist auch eine Verminderung der dem Kriegsopferversverband zufließenden Beträge gegeben. Ich habe sowohl in der Hohen Landesregierung als auch in den zuständigen Ausschüssen auf diesen Umstand bei der Beratung dieses Gesetzes hingewiesen und immer wieder festgestellt, daß man gleichzeitig mit dieser Verminderung der Leistungen doch auch Überlegungen anstellen müßte, wie der großen Organisation des Kriegsopferversverbandes, der eine umfassende Fürsorgearbeit für die Kriegsofper betreibt, ein entsprechendes finanzielles Äquivalent gegeben werden könnte. Bis heute haben wir jedoch keine Lösung dafür, sondern nur die verminderten Ausgabenansätze.

Ich gehe noch weiter: Wenn ich von der Schaffung des Behindertengesetzes und von der Einführung der Altenurlaubsaktion absehe, ist in den letzten Jahren eigentlich nichts Neues mehr im Rahmen der Fürsorgepolitik im Bereich der Landesregierung durchzusetzen gewesen. In drei konkreten Fällen hat die Landesregierung für diesbezügliche Landtagsbeschlüsse kein Verständnis gezeigt bzw. negativ entschieden. Es handelt sich um drei vom Landtag einstimmig beschlossene Aufforderungen an die Landesregierung in drei ganz bestimmten und konkreten Fällen und zwar hinsichtlich der Frage der Einführung von Darlehen und Beihilfen für die Haushaltsgründung junger Ehepaare. Dann in der Frage der Förderung von Altenwohnungen, die voriges Jahr auf Grund eines Druckfehlers im Budget geblieben ist, wobei durch Beschluß der Landesregierung die Ausgabe gesperrt wurde und nicht zuletzt im Zusammenhang mit der Frage der Errichtung von Pflegeabteilungen bei Altenheimen. Auch hier hat sich die Landesregierung auf Grund finanzieller Erwägungen dazu entschlossen, diesem Landtagsauftrag keine positive Bescheidung folgen zu lassen.

Es wäre über diese drei Probleme viel zu sagen. Ich möchte es aber vorläufig bei der Feststellung bewenden lassen, daß eben diese Landtagsaufträge keine positive Erledigung finden konnten.

Anders ist es in anderen Bereichen. Hier hat die Landesregierung durch Beschlüsse Vorsorge

getroffen, daß mit 1. Jänner 1969 sowohl die Fürsorgegerichtsätze wie die Blindenbeihilfen, aber auch das Pflegegeld nach dem Behindertengesetz, das Taschengeld für die auf Kosten der Fürsorge in den Heimen befindlichen Insassen und ähnliches mehr den gestiegenen Lebenshaltungskosten einigermaßen angepaßt werden.

Wir haben aber auch in diesem Zusammenhang im Laufe dieses Jahres, gerade im Zusammenhang mit den Blindenbeihilfen im Rahmen der Rechtsabteilung 9 einen Erlaß an die Bezirkshauptmannschaften hinausgegeben, um das Problem der Blindenbeihilfe für praktisch Blinde einer neuen Lösung zuzuführen. Die stark steigende Tendenz, gerade bei der Blindenbeihilfe für praktisch Blinde, war zum wiederholten Mal Anlaß einer Kritik sowohl im Ausschuß als auch in der Hohen Landesregierung. Ein entsprechender Erlaß der Rechtsabteilung 9 regelt nun seit Mai dieses Jahres, daß in jedem Fall ein fachärztliches Gutachten einzuholen ist, wobei die hiefür in Betracht kommenden Fachärzte durch die Rechtsabteilung 9 vorgeschlagen und von der Landesregierung bestellt wurden. Es ist damit, glaube ich, eine bessere Überprüfung und eine gerechtere — wenn Sie so wollen — Entscheidungsmöglichkeit gegeben, weil nicht mehr in den einzelnen Bezirken die unterschiedliche Beurteilung platzgreifen kann, sondern weil hier von den Fachärzten und von der Rechtsabteilung 9 in allen Fällen zu entscheiden sein wird. Darüber hinaus haben wir auch heuer im Herbst dieses Jahres oder im Spätsommer eine zusätzliche Aufgabe zu übernehmen gehabt, als durch die Krise in der Tschechoslowakei ein großer Menschenstrom durch die Steiermark gezogen ist. Wir haben die Versorgung dieser durchreisenden Urlauber finanziell sichergestellt. Die Aufwendungen hiefür betragen rund 271.000 Schilling. In diesem Zusammenhang möchte ich ganz besonders dem Österreichischen Roten Kreuz — Landesverband Steiermark Dank und Anerkennung aussprechen, weil es in großartiger Weise vom ersten Tag an die notwendigen Hilfsmaßnahmen organisiert und zu einer reibungslosen Durchführung der ganzen Aktion ganz entscheidend beigetragen hat.

Für die Wohnraumbeschaffung kinderreicher Familien wird im nächsten Jahr ein Betrag von 100.000 Schilling mehr als im Vorjahr zur Verfügung stehen. Aber, meine Damen und Herren, die Kritik im Ausschuß über die lange Laufzeit verschiedener Anträge bei der Wohnraumbeschaffung kinderreicher Familien trifft auch hier nur die finanziellen Mittel, denn die nicht ausreichenden finanziellen Mittel haben uns eben die Situation so erschwert, daß im vorigen Jahr allein 120 Anträge liegen bleiben mußten, die einen Aufwand von fünf Millionen Schilling allein erfordern und die erst im nächsten Jahr einer Erledigung zugeführt werden können. Im Jahre 1968 konnten aber mit den vorhandenen Mitteln 105 Familien mit 794 Kindern eine entsprechend menschenwürdige Wohnung erhalten.

Die Behindertenhilfe auf Grund des steiermärkischen Behindertengesetzes hat sich auch im

abgelaufenen Jahr weiter positiv entwickelt. Die Anfragen oder Anregungen, die von den Herren Abgeordneten Prof. Moser und Fellingner gemacht wurden, werde ich gerne aufgreifen, aber die Feststellung des Herrn Abg. Prof. Moser, daß das Behindertengesetz ein Griff in die Taschen der Gemeinden wäre, die muß ich nicht nur von meiner Person, sondern auch von meiner Fraktion aus entschieden zurückweisen. Unsere Vorstellungen bei den Verhandlungen über die Schaffung des Behindertengesetzes sind wohl dahin gegangen, daß die Leistungen ausschließlich vom Land zu erbringen wären und die Gemeinden mit diesem Gesetz nicht zu belasten wären. Es hat hier schwierige und komplizierte Parteienverhandlungen gegeben und nach mühsamen Verhandlungen ist dieser Schlüssel, der nun die Gemeinden und Bezirksfürsorgeverbände zu Zahlungen mitverpflichtet, festgelegt worden und das ist, wenn Sie wollen, natürlich ein Griff in die Taschen der Gemeinden gewesen, aber der ist nicht von uns aus erfolgt. (Abg. Prof. Dr. Moser: „Ich habe das als soziale Tat der Gemeinden geschildert. Natürlich ist es ein Griff in die Tasche der Gemeinden!“)

Sie haben ausdrücklich gesagt, Herr Prof. Moser, daß es ein beachtlicher Griff in die Gemeindegassen war. Daher wollte ich feststellen, wie es zu diesem Griff in die Gemeindegassen gekommen ist.

Durch die Rechtsabteilung 9 wurden im Rahmen der Behindertenhilfe in 157 Fällen im abgelaufenen Jahr Eingliederungshilfe und in 18 Fällen Beschäftigungstherapie mit internatsmäßiger Unterbringung in geeigneten Einrichtungen bewilligt.

Gleichzeitig haben auch die Bezirksverwaltungsbehörden in 18 Fällen Beschäftigungstherapie zuerkannt und in 59 Fällen Eingliederungshilfe gewährt. Interessant ist vielleicht in diesem Zusammenhang die Feststellung, daß die auf geschützten Arbeitsplätzen untergebrachten Behinderten im Laufe des Jahres von 164 auf 209 angestiegen sind. Trotzdem erlauben Sie mir dazu festzustellen, meine Damen und Herren, daß die Versorgung und die Unterbringung geistig oder körperlich Behinderter in der freien Wirtschaft ein schwieriges Problem ist, trotz des Landeszuschusses und trotz verschiedener anderer Hilfen, die von Seite des Landes gewährt werden. Wir können glücklich darüber sein, daß wir als Land mit gutem Beispiel vorangegangen sind und 20 geschützte Arbeitsplätze im Bereiche der Landesverwaltung geschaffen haben. Wir werden aber trotzdem letzten Endes zu der Feststellung kommen, daß die große Zahl derjenigen, die auf geschützte Arbeitsplätze kommen sollten, nicht in der freien Wirtschaft versorgt werden können und daß wir durch entsprechende geschützte Werkstätten die Erfassung und Beschäftigung dieses Personenkreises herbeiführen werden müssen. Das vor allem dann, wenn es Rückschläge in der Wirtschaft gibt, wobei sich immer wieder zeigt, daß natürlich diese Kräfte und diese Arbeitsplätze am meisten oder an erster Stelle gefährdet sind.

Bezüglich des Pflegegeldes kann ich feststellen,

daß unsere bisherigen Berechnungen für das Behindertengesetz durchaus richtig waren. Wir haben im abgelaufenen Jahr etwa 900 Pflegegeldempfänger gehabt und wir rechnen, daß wir im Laufe des kommenden Jahres auf etwa 1.000 oder etwas über 1.000 ansteigen werden. Das ist durchaus im Rahmen unserer Vorausplanung. Natürlich haben wir derzeit — wie der Herr Abg. Fellingner schon angeführt hat — eine Altersbegrenzung: Das Pflegegeld wird erst ab dem 18. Lebensjahr gewährt und altersbedingte Leiden und Gebrechen können zu keinem Bezug eines Pflegegeldes führen. Hier besteht eine echte Einschränkung. Hier gilt fast dasselbe, möchte ich sagen, wie beim Jugendschutzgesetz, das wir kürzlich behandelt haben. Nachdem wir in der Steiermark das zweite Bundesland mit einem Behindertengesetz waren, haben wir natürlich gewisse Vorsichtsmaßnahmen in Erwägung gezogen, um uns nicht der Gefahr auszusetzen, daß die Zahl der Pflegegeldempfänger vielleicht in eine Ziffer hinaufsteigen könnte, die finanziell für das Land eine ganz beachtliche Belastung bedeuten würde.

Nach unseren gegenwärtigen Erfahrungen aber glaube ich doch, daß wir hier eine Erleichterung schaffen können und bezüglich der Altersgrenzen eine Novellierung des Behindertengesetzes, wozu mich der Herr Abg. Prof. Moser eingemahnt hat und zu der ich mich sehr gerne bekenne.

Derzeit wird die Novellierung des Behindertengesetzes auch in einer kleinen Kommission der Bundesländer beraten. Diese Beratung wird wahrscheinlich im Jänner nächsten Jahres ihren Abschluß finden und darnach wird der Zeitpunkt reif sein, um auch bei uns in der Steiermark die Frage der Novellierung des Behindertengesetzes in der zuständigen Rechtsabteilung und im zuständigen Fürsorge-Ausschuß und im Landtag entsprechend zu behandeln.

Es darf aber bei der Betrachtung der Budgetansätze der Gruppe 4 nicht übersehen werden, daß wir ganz beachtliche Leistungen für die Organisationen der freien Wohlfahrtspflege erbringen. Ich möchte sogar sagen, daß die Tätigkeit all dieser segensreichen Organisationen ohne die entscheidende finanzielle Förderung durch das Land in ihrem bisherigen Umfang gar nicht denkbar wäre. Den höchsten Einzelbetrag von allen Organisationen der freien Wohlfahrtspflege — und hier darf ich mir erlauben, Frau Abg. Prof. Hartwig ein bißchen zu berichten — erhält ohne Zweifel die Caritas, die allein für die Familienhelferinnen etwa 1.2 bis 1.3 Millionen Schilling erhält. Vergleicht man das mit dem Rechenschaftsbericht der Caritas für das Geschäftsjahr oder für das Kalenderjahr 1967 im Zusammenhang mit der von der Caritas selbst erstellten Ausgabenbilanz, so können wir feststellen, daß wir ungefähr die Hälfte der Kosten aus Landesmitteln beisteuern, die für die Familienhelferinnen aufgewendet werden. Ich begrüße das außerordentlich und es gibt darüber überhaupt keinen Zweifel. Ich sage das nur, um

auch hier die Ziffern ins richtige Lot zu bringen.

Den zweithöchsten Einzelbetrag erhält das Österreichische Rote Kreuz — Landesverband Steiermark mit rund 850.000 Schilling und dann die vielen Wohlfahrtsorganisationen, die Volkshilfe, der Österr. Wohlfahrtsdienst und wie sie alle heißen, die eben in der Wohlfahrtsarbeit tätig sind.

Ich stelle fest, daß Organisationen der freien Wohlfahrtspflege eine wichtige Einrichtung zur Ergänzung der öffentlichen Fürsorge sind. Ihr Bestand und ihre Leistungsfähigkeit ist für die Fürsorgepolitik in unserem Land wichtig, ich möchte fast sagen, unentbehrlich, damit auch darüber vollkommene Klarheit besteht.

Der Herr Abg. Prof. Moser hat in diesem Zusammenhang die Frage von „Jugend am Werk“ angezogen. Ich möchte dazu eine Feststellung treffen. Derzeit befinden sich mehr als 200 Jugendliche im Rahmen verschiedener Betreuungsmaßnahmen und Ausbildungsmaßnahmen bei „Jugend am Werk“. Es ist das trotz der geänderten Verhältnisse und der geänderten Zielsetzungen, die sich ergeben haben, noch immer eine beachtliche Zahl. Wenn Sie das Budget von „Jugend am Werk“ mit etwa drei Millionen Schilling beziffert haben, — ich glaube, es sind nur 2.8 Millionen Schilling — so müssen wir doch feststellen, daß hier beachtliche Beträge erstens einmal von den Eltern aufgebracht werden, die ihre Kinder zu „Jugend am Werk“ geben und zweitens vom Sozialministerium zufließen, drittens von den Gemeinden kommen und erst vierstens vom Land ein entsprechender Beitrag geleistet wird.

Ich darf hier als der Vorsitzende der Landesorganisation von „Jugend am Werk“ sagen, daß bisher alle Beschlüsse hinsichtlich des Budgets und der Maßnahmen im Landes-Ausschuß von „Jugend am Werk“ einstimmig gefaßt wurden. Ich bin aber dankbar für jede Anregung, die gegeben wird, um da oder dort Einrichtungen und Betriebsstätten sinnvoller, richtiger oder besser oder rationeller zu gestalten. Ansonsten glaube ich aber doch, daß der derzeitige Umfang aufrecht erhalten werden sollte und hiefür ein echter Bedarf besteht.

Mit einer gewissen Genugtuung kann man auch feststellen, daß wir für die Altenurlaubsaktion einen erhöhten Betrag im nächsten Jahr zur Verfügung haben und daß wir hoffentlich nicht mehr so viele abweisen müssen, wie das im heurigen Jahr der Fall gewesen ist.

Zu den Ausführungen des Herrn Abg. Schrammel möchte ich nur in Abwandlung eines Sprichwortes sagen: Es heißt ja bekanntlich nach einer Wahl, „daß die Niederlage ein Waisenkind ist“ und „daß der Sieg viele Väter hat“. Das hat auch in einer gewissen Abwandlung für die Altenurlaubsaktion Gültigkeit. Wenn Sie wollen, können Sie jederzeit in den gesamten Akt Einsicht nehmen. Falls Ihnen das über das Büro des Herrn Landeshauptmannes nicht gelingt. Ich weiß nicht, zu welcher Zeit Sie damals Einsicht

nehmen wollten — vielleicht hat das sofort sein müssen oder in zehn Minuten. Ich weiß es ja nicht, wie das war, Sie haben sich da nicht so präzise ausgedrückt. Wenden Sie sich bitte das nächstmal an mich, Herr Abgeordneter. Es kann natürlich auch sein, daß der Akt einmal zufällig bei mir ist — auch länger als einen Tag, weil man etwas studieren muß — und bin ich selbstverständlich immer bereit, Ihnen die entsprechenden Auskünfte zu geben. Darauf haben Sie als Abgeordneter jederzeit ein Recht, das ich Ihnen keinesfalls auch nur im kleinsten beschneiden möchte.

Was die Frage der Gaststätten betrifft und die Frage der Einteilung in die einzelnen Gaststätten, muß ich eine klare Feststellung treffen. Die Altenurlaubsaktion ist keine Aktion zur Sanierung notleidender Fremdenverkehrsbetriebe. Was sich da an Interventionen ununterbrochen tut, ist unwahrscheinlich. Wenn wir alle diese Gaststätten einbeziehen würden in die Aktion, dann werden wir nicht mehr mit 1.500 Urlaubern unser Auslangen finden, sondern noch mit 5.000 zu wenig haben, um den Wünschen all dieser Gaststätten Rechnung zu tragen, die daran Interesse bekundet haben und die durch Interventionen von Abgeordneten und auch Regierungsmitgliedern in diese Aktion miteinbezogen werden wollen. Es kann hier eben nur eine bestimmte Auswahl getroffen werden. Vorwiegend halten wir uns an jene Gaststätten, die wir schon 1965 ausgewählt haben. Diese haben sich bereits auf unsere Aktion eingestellt und sind auch in der Lage, den entsprechenden Bedürfnissen der alten Menschen Rechnung zu tragen. Nur dann, wenn ein echtes Versagen da oder dort aufgetreten ist, wurden Gaststätten aus den Aktionen ausgeschieden oder dann, wenn, wie in Burgau eine Zersplitterung auf allzu viele Gaststätten erfolgen sollte. Dann tritt eine organisatorische Erschwerung ein. Sie müssen doch überlegen, daß die Urlauber aus den Bezirkshauptstädten mit Autobussen zu den Gaststätten gebracht werden. Meistens werden sie von einer Fürsorgerin betreut, später auch noch besucht usw. Jedenfalls ist es zweckmäßiger für die Altenurlaubsaktion, wenn wir sie in der Größenordnung eines Autobusses immer in einer einzigen Gaststätte unterbringen können.

Nun, meine Damen und Herren, auch im Bereich der Jugendfürsorge gibt es eine Reihe von Problemen, mit denen wir uns sicherlich noch befassen müssen und die wir einer besseren Lösung zuführen müssen. Auch hier stehen wir immer wieder an den finanziellen und auch personellen Grenzen an. Wenn die Frage der Erziehungsberatung aufgeworfen und behauptet wurde, sie sei in den Bezirken nicht ausreichend, dann muß ich sagen, daß sich die Rechtsabteilung 9 seit Jahren immer wieder bemüht, bei den Dienstpostenplanverhandlungen mehr Dienstposten zu erreichen. Wir haben im heurigen Jahr einen Psychologenposten dazu bekommen und wir wären heuer in der Lage, zehn Bezirkshauptmannschaften in unsere regelmäßige Erziehungsberatung miteinzubeziehen. Aber

mit unserem derzeitigen Personalstand alle Bezirkshauptmannschaften ausreichend zu betreiben, ist ausgeschlossen. Das muß ich Ihnen von dieser Stelle aus sagen, trotz des großen Idealismus und trotz des großen Einsatzes aller derjenigen, die in der Erziehungsberatung tätig sind.

Weil ich schon bei der Frage des Personals bin, darf ich noch etwas dazu anhängen. Sehr mit Sorge erfüllt uns auch, daß wir nicht ausreichendes Personal für unsere Fürsorgeheime erlangen können. Wenn in der Frage der Dienstpostenerstellung und der Dienstpostenvermehrung darauf hingewiesen wurde, daß in den Krankenanstalten und Fürsorgeheimen immer wieder eine größere Ausweitung erfolgt als in der öffentlichen Verwaltung, so muß doch dazu gesagt werden, daß auch die Anforderungen größer sind und daß es einfach nicht mehr möglich ist, mit dem bisherigen Personal auszukommen. (Abg. Egger: „Erzieherpersonal? Fürsorgepersonal!“)

Nein, ich rede von den Fürsorgeheimen. Wir haben z. B. mit 1. Oktober erleben müssen, daß in unserem Fürsorgeheim in Knittelfeld die geistlichen Schwestern abgezogen wurden. Der Orden hat gekündigt und wir haben weltliche Schwestern zum Einsatz bringen müssen. Nun ergibt es sich natürlich, daß ein neuer Besen besser kehrt und das ist auch jetzt der Fall. So möchte ich in diesem Zusammenhang die dringende Bitte an den Kollegen Wegart richten, mich in dieser Frage der Personalvermehrung doch zu unterstützen, weil das zwingend notwendig ist. Es ist vielleicht bisher noch irgendwie gegangen, aber in der Zukunft ist das nicht mehr zu machen.

Was die Frage des Jugendschutzgesetzes betrifft und die Beurteilung durch die Presse, hat Frau Abg. Prof. Hartwig Stellung genommen. Ich möchte nur noch einen Satz dazu sagen. Es berührt einen wirklich eigenartig, wenn ein Gesetz vom Hohen Landtag einstimmig beschlossen und verabschiedet wurde, an dem Psychologen, Juristen, Jugendfürsorger mit reicher Erfahrung gearbeitet haben und man in einer Zeitung lesen kann, daß dieses Gesetz unnotwendig und undurchführbar ist. Ich glaube, daß diese Beurteilung keinesfalls zutreffend ist.

Zu den Problemen, die wir im außerordentlichen Haushalt haben: Hier haben wir eine Reihe von Baumaßnahmen, die erfreulicherweise im nächsten Jahr fortgeführt werden können. So die Baumaßnahmen in unserer Körperbehindertenanstalt in Andritz, im Landesfürsorgeheim Knittelfeld und in Kindberg und im Internatsbau bzw. in unseren Landesjugendheimen Rosenhof und Hartberg. Besonders freut es mich, daß es möglich war, für unser Landesjugendheim Hartberg die Turn- und Schwimmhalle in das Budget aufnehmen zu können, da gerade für die Jugend die sportliche Betätigung eine für ihre Gesundheit sehr wichtige Angelegenheit ist.

Nun komme ich zu einem Bauproblem, das heute schon mehrfach ventiliert und von ver-

schiedenen Seiten beleuchtet wurde und zwar zum Neubau eines Fürsorgeheimes in Mautern, wozu der Herr Abg. Maunz ausführlich Stellung genommen hat. Ich darf mir nur erlauben, hier doch einige kleine Berichtigungen anzuführen. Erstens sind jetzt nicht 80 bis 90 Pfleglinge im Fürsorgeheim, sondern 116. Zweitens waren auch Damen und Herren Ihres Klubs einmal der Auffassung, daß Ehrnau klimatisch nicht sehr günstig ist. Die Frage des Standortes eines neuen Fürsorgeheimes in der Obersteiermark war einige Zeit Gegenstand einer Diskussion. Ich darf aber darauf verweisen, daß schon im Jahre 1964 ein Generalplan für die Errichtung von Fürsorgeheimen im Schoße der Rechtsabteilung 9 ausgearbeitet wurde. Im Rahmen dieses Generalplanes war auch für die Obersteiermark ein neues Fürsorgeheim vorgesehen und die Verlegung des Standortes Mautern war von verschiedenen Gesichtspunkten her begründet. Es wurde 1964 — und das können Sie in den Akten nachlesen, also zu der Zeit als noch ein sozialistischer Bürgermeister in Mautern war — festgestellt, daß es nicht möglich ist, das gegenwärtige Landesfürsorgeheim entsprechend zu modernisieren und sich das Heim in einer klimatisch ungünstigen Lage befindet. Außerdem liegt das Gebäude mit Ausnahme der Monate Mai, Juni und Juli ständig im Schatten. Die große Entfernung zum nächsten Ort schneidet die Pfleglinge praktisch von jedem Kontakt mit der Außenwelt ab. Auch die Wirtschaftsführung ist dadurch äußerst erschwert. Handwerker sind mit Rücksicht auf die Entfernung zum nächsten größeren Ort kaum erhältlich. Für das gesamte Personal müssen Wohnräume beigelegt werden. Die Untersuchung der Pfinglingsstruktur in den Heimen hat ergeben, daß zum damaligen Zeitpunkt von den 131 Pfinglingen allein 58 aus Leoben und Umgebung waren. Es ist also nicht so, daß das Fürsorgeheim Ehrnau für Pfinglinge des Liesing-, Palten- und Ennstales dagewesen wäre — das beweist uns jedenfalls die Pfinglingsstruktur —, sondern daß der Schwerpunkt eher in der näheren Umgebung von Leoben gelegen ist. Ich kann Ihnen sagen, daß sich an meiner Auffassung, daß der Standort Mautern ungünstig ist für ein Fürsorgeheim, nichts geändert hat.

Sie können aber mit Recht die Frage aufwerfen, warum dann in der Landesregierung dieser einstimmig beschlossen wurde? Auch mit meiner Stimme. Dazu kann ich Ihnen nur sagen, meine Damen und Herren, mir ist es letzten Endes lieber, es wird ein neues Fürsorgeheim in Mautern gebaut, als keines. Letzten Endes geht es darum, den Menschen zu helfen und für die Menschen, die in einem Fürsorgeheim sein müssen, ein menschenwürdiges Heim zu schaffen und sie der heutigen Zeit entsprechend unterzubringen. Das ändert nichts an meinem grundsätzlichen Standpunkt, daß der Standort denkbar ungeeignet ist. Wir werden sicherlich in der nächsten Zeit — in aller kürzester Zeit — die Marktgemeinde auffordern, uns einen entsprechenden Grund anzubieten, um die Verhandlungen und die Planung, einzuleiten. (Landesrat Bammer: „Zu schenken, so wie

bei der Landesfeuerweherschule!“ — Abg. Maunz: „Der Grund ist sehr schön und sehr sonnig!“)

Herr Abg. Maunz, kürzlich war die Eröffnung eines Teilstückes der Schoberpaß-Bundesstraße. Als ich zu dieser Eröffnung hinauffuhr — und Sie werden das ja auch gesehen haben — war der rechte Teil des Liesingtales mit Schnee und Rauhreif bedeckt. Dazu hat der Herr Landesbaudirektor zu mir gesagt, „wir haben es versäumt, den Bergrücken mit abzugraben, damit wir mehr Sonne und mehr Wärme auf die Straße bringen“. Ich habe das auch dem Herrn Landeshauptmann bei der Gelegenheit gezeigt, aber darüber brauchen wir nicht weiter zu streiten. Die Frage ist entschieden. Die Österreichische Volkspartei wünscht, daß das Fürsorgeheim in Mautern gebaut wird und nirgends anders! Sie hat die Mehrheit dazu, das im Landtag und in der Landesregierung zu beschließen. Ich habe Ihnen ja schon gesagt, daß mein Standpunkt der ist, besser ein neues Heim, selbst auf einem ungünstigen Standort . . . (Landeshauptmann Krainer: „Es ist kein ungünstiger Standort, denn der neue Bauplatz ist schon auf der Sonnenseite gerichtet!“)

Herr Landeshauptmann, das nützt ja nichts, wenn die Sonne nur wenige Monate da ist. Wir werden ja noch unsere Erfahrungen sammeln. (Abg. Heidinger: „Politisch gerichtet!“ — Abg. Pözl: „Auch politisch auf der linken Seite!“ — Glockenzeichen des Präsidenten.)

Zum Schluß meiner Ausführungen, meine Damen und Herren, muß ich noch auf ein generelles Problem zurückkommen. Ich habe Ihnen in den letzten Jahren immer wieder gesagt, daß wir für eine moderne Fürsorgearbeit auch ein entsprechend modernes Fürsorgegrundsatzgesetz brauchen würden. Gerade im Bereiche der Fürsorge arbeiten wir fast ausschließlich noch mit deutscher Rechtsmaterie. Das Innenministerium hat im März 1967 einen Entwurf für ein neues Fürsorgegrundsatzgesetz ausgearbeitet und den Landesregierungen zur Stellungnahme übermittelt. Auch die Steiermärkische Landesregierung hat dazu Stellung genommen und festgestellt, daß dieser Entwurf auf der Basis des Kompetenztatbestandes „Armenwesen“ nicht ausreichend ist, um eine moderne Fürsorgepolitik zu betreiben. In der Zwischenzeit ist aber auch über dieses Gesetz ein Schleier der Dunkelheit gebreitet worden. Man hat nichts mehr gehört. Es sind nun fast zwei Jahre vergangen und man weiß nicht, was letzten Endes geschehen soll.

In einem Begleiterlaß zu diesem damaligen Entwurf des Innenministeriums wurde darauf hingewiesen, daß sich das Gesetz nicht mit dem Leistungsrecht, sondern nur mit der Frage der Fürsorgeträger beschäftigt und es bleibt den Ländern im Rahmen ihrer Gesetzgebungskompetenz nach Artikel 15 des Bundes-Verfassungsgesetzes vorbehalten, das Leistungsrecht den sozialen Erfordernissen von heute anzupassen.

Nachdem dies vom Innenministerium so empfohlen wurde und bisher keine Lösung in Aussicht ist, glaube ich, wird man sich im nächsten Jahr in den Ländern diese Frage

einmal überlegen müssen, ob man nicht wie beim Behindertengesetz entsprechende Landes-Fürsorgegesetze schaffen sollte, um diesem Zustand endlich ein Ende zu bereiten. Das ist zweifelsohne eine große Aufgabe, der ich mich gerne unterziehen würde und bei der ich hoffe, daß ich die Unterstützung aller Damen und Herren des Hohen Hauses finden kann.

Am Ende eines arbeitsreichen Jahres möchte ich die Gelegenheit wahrnehmen, allen zu danken, die in der Fürsorgearbeit, in der öffentlichen und freien Wohlfahrtspflege tätig waren. Ferner in der Rechtsabteilung 9, in den Bezirkshauptmannschaften, in den Gemeinden, in den Heimen, in den Anstalten; sie alle haben ihre schwierige Aufgabe so bewältigt, daß nirgends großer Anlaß zur Klage oder Beschwerde gewesen ist und das soll man nicht als selbstverständlich betrachten. Mein herzlicher Dank gilt aber auch wieder Herrn Hofrat Dr. Lauppert, der als Vorstand der Rechtsabteilung 9 die Hauptlast der ständig zunehmenden Verwaltungsarbeit zu tragen hat. Mein besonderer Dank gilt auch Ihnen, meine Damen und Herren des Hohen Hauses, die sie letzten Endes durch die Beschlußfassung der Ansätze der Gruppe 4 die Voraussetzungen schaffen und das finanzielle Fundament bauen, auf dem die Fürsorgearbeit des Landes im nächsten Jahr vollzogen werden kann. (Allgemeiner Beifall.)

Präsident: Eine weitere Wortmeldung liegt zu dieser Gruppe 4 nicht vor. Ich erteile der Frau Berichterstatterin das Schlußwort.

Abg. Lendl: Ich verzichte auf das Schlußwort und möchte meinen Antrag um Zustimmung zu dieser Gruppe 4 wiederholen.

Präsident: Wer mit den Ansätzen und Posten der Gruppe 4 einverstanden ist, möge ein Handzeichen geben. (Geschicht.)

Die Gruppe 4 ist angenommen.

Wir kommen zur

Gruppe 5 Gesundheitswesen und körperliche Ertüchtigung

Berichterstatter ist Abg. Alois Klobasa. Ich erteile ihm zu seinem Bericht das Wort.

Abg. Klobasa: Hohes Haus! Meine Damen und Herren! Die Gruppe 5, die sehr umfangreich ist und sich in 14 Unterabschnitte gliedert, behandelt das Gesundheitswesen und die körperliche Ertüchtigung. Die Debatten im Finanz-Ausschuß unterstrichen das große allgemeine Interesse für dieses Sachgebiet und ernste, sachliche Verhandlungen gingen der Beschlußfassung für die Ansätze dieser Gruppe voraus.

Die Gesamt-Einnahmen, die für das Jahr 1969 um über 21 Prozent höher präliminiert sind als sie für das laufende Jahr waren, werden 544,221.000 Schilling betragen. Die Gesamt-Ausgaben erfuhren eine Erhöhung im Vergleich zum

Vorjahre um rund 17 Prozent, und machen 830,445.000 Schilling aus.

Allein die Krankenanstalten werden von dieser Summe 630,798.000 Schilling benötigen, also eine Steigerung der Ausgaben um 19 Prozent erfahren, wogegen die Einnahmen wieder um 22 Prozent mehr als im laufenden Jahr erbringen sollen und 423,482.000 Schilling betragen werden.

Eine Zusammenstellung in zahlenmäßiger Hinsicht zeigt uns, daß in den 14 Unterabschnitten bei Gruppe 5 die Ausgaben geringer sein werden als 1968 und die Einnahmen aber nur bei zwei Unterabschnitten eine Verminderung erfahren werden. Beträchtliche Mehrausgaben verlangen auch die Erfordernisse für die Sonder-Krankenhäuser und Heilstätten und sind mit einer Höhe von 68,442.000 Schilling und die Heil- und Pflegeanstalten mit einem Betrag von 95,731.000 Schilling dotiert.

„Aber auch die Kapitel „Körperliche Ertüchtigung“ und „Allgemeine Jugendförderung“ erfahren eine bessere Dotierung als im laufenden Jahr.

Der Finanz-Ausschuß hat sich in seiner Budget-Sitzung mit dieser Gruppe eingehend befaßt und mich beauftragt, den Antrag zu stellen, das Hohe Haus möge die Gruppe 5 mit den genannten Ansätzen zum Beschluß erheben.

Präsident: Als erster Redner ist Herr Landesrat Bammer in seiner Eigenschaft als Landtagsabgeordneter vorgemerkt. Ich erteile ihm das Wort.

Landesrat Bammer: Hohes Haus! Meine Damen und Herren! Der Herr Präsident hat es für richtig gehalten, festzustellen, daß ich als Abgeordneter spreche. Ich spreche eigentlich, hochverehrter Herr Präsident mehr als sportinteressierter Funktionär in der Steiermark und empfinde es als ein sehr glückliches Omen und Vorzeichen, daß für die an sich meist sehr viel diskutierte Gruppe 5 als erster Diskussionsbeitrag ein solcher gebracht werden kann, der sich unmittelbar mit der Vorbeugung von Krankheiten auseinandersetzt, das heißt also mit den Vorteilen und den Vorzügen, aber auch den Problemen des Sportes, der körperlichen Ertüchtigung und der sinnvollen Freizeitgestaltung.

Ich habe mich aber vor allem deshalb gemeldet, weil ich glaube, daß das heurige Jahr und die Budget-Debatte eine Gelegenheit ist, auch eines besonderen Anlasses zu gedenken.

Der Steiermärkische Landtag hat vor rund 15 Jahren das Steiermärkische Landesportgesetz beschlossen. Am Beginn stand das Wollen der im Sport tätigen Funktionäre, eine bessere Zusammenarbeit, eine bessere Koordinierung und eine verstärkte Förderung des Sports und der Volksgesundheit in unserem Land zu erreichen. Wir dürfen heute sagen, daß in keinem anderen österreichischen Bundesland sich die Einführung und Beschlußfassung dieses Landessportgesetzes und die Bildung der Gremien, wie Landessportrat und Landessportpräsidium, so erfolgreich ausgewirkt hat, als in der Steiermark. Es ist so,

daß am letzten Freitag vor den Weihnachtsfeiertagen die österreichischen Staatsmeister aus der grünen Steiermark wieder in der Burg vom Herrn Landeshauptmann empfangen wurden. Wir stellen mit Befriedigung fest, daß die Zahl derer, die Staatsmeistertitel erringen konnten, von Jahr zu Jahr größer geworden ist, also sichtbarer und deutlicher wird. Es ist das nicht zuletzt ein Verdienst des guten Klimas im steirischen Sport, der Zusammenarbeit der so oft gelästerten Dachverbände, die es doch zustandegebracht haben, dieses Klima so zu gestalten, daß daraus gute Leistungen der Sportler selbst erst entstehen konnten.

Das allgemeine Interesse am Sport steigt noch immer. Ich darf Sie an die unvergeßlichen Übertragungen der Winterspiele in Grenoble, an die Tage von Mexiko City erinnern, in denen Millionen von Menschen auch in unserem Land vor den Fernsehapparaten saßen und die phantastischen Leistungssteigerungen der Sportler aus aller Welt sich angesehen haben. Nicht zuletzt darf ich erinnern an das unerhörte Interesse der eineinhalbstündigen Übertragung des Länderspiels Schottland gegen Österreich oder an das letzte große Spiel des österreichischen Meisters Rapid gegen Real Madrid. Das zeigt, wie groß das Interesse auch derer, die selbst nicht Sport betreiben, an diesen sportlichen Höhepunkten und sportlichen Festen ist. Erfolge sind für die Österreicher, international gesehen, immer seltener.

Wir haben es geradezu als phantastische Leistung empfunden, daß es in Mexiko City überhaupt gelungen ist, zwei silberne und zwei Bronzemedailles zu erreichen, gegen eine Konkurrenz, die übermäßig groß war und für die es faktisch keine Grenzen in der Leistungsfähigkeit mehr geben kann. Aber wenn die Erfolge selten sind und die Mißerfolge manchmal überwiegen, dann tritt die Frage auf und sie wird vielfach diskutiert, wo steht der österreichische Sport und für uns als Abgeordnete dieses Hauses, wo steht der steirische Sport und woran fehlt es unserem Sport.

Ich hatte gestern in den Abendstunden wieder einmal Gelegenheit im Rahmen einer Sportdiskussion vor allem mit Teilnehmern der Sommerolympiade von Mexiko City zu diskutieren, von ihren Erfahrungen aus den Gesprächen mit Sportlern aus der ganzen Welt zu hören und eigentlich sehr interessante Wahrnehmungen zu machen. So sagte etwa der als Stabhochspringer bekannte Dr. Peyker, daß er sehr viele Sportanlagen in der ganzen Welt gesehen hat und daß es seiner Meinung nach weder in Amerika noch in den Oststaaten ähnlich viele und gut ausgebaute, den Sportlern zur Verfügung gestellte Sporteinrichtungen gibt wie in Österreich. Eine sehr interessante Feststellung. Auch das sehr oft diskutierte Sportstättenproblem wurde von den Aktiven so gesehen, daß man eigentlich jetzt mit geringen Ausnahmen genug Sportstätten habe, daß es woanders liege, daß man in anderen Bereichen, in der Förderung des Spitzensports den Grund suchen müsse. Wenn ich mich mit dem Spitzensport im besonderen be-

schäftige, dann nicht deshalb, weil mir daran liegt, sondern weil wir alle wissen, daß nur der Sieger oder Spitzensportler Anreiz, Ansporn und Vorbild für die Jugend ist, sich der sportlichen Betätigung zuzuwenden und unermessliche Anstrengungen später auf sich zu nehmen.

Wenn wir das Sportstättenproblem in unserem Land beleuchten, dann müssen wir vor allem feststellen, daß es uns an zwei Einrichtungen fehlt, an Sport- und Spielhallen in der entsprechenden Größe. Wenn wir vergleichen mit Holland, Belgien, Dänemark, so führen sie dort in Gemeinden ab 3.000 bis 4.000 Einwohner die genormten Spielhallen, die bei uns fast fehlen und das Hallenbad, das als Einrichtung für die Schule und für die Erziehung der Kinder im Schwimmunterricht von außerordentlicher Bedeutung ist. Diese beiden Einrichtungen, die auch kostenmäßig die eigene Leistungsfähigkeit übersteigen, fehlen uns in den Bezirksstädten, wo sie sinnvoll in der nächsten Zeit zu errichten wären. Was aber von den Sportlern selbst verlangt wird, ist das Erfordernis, daß unseren Sportlern in Zukunft besser ausgebildete Spitzentrainer, die zu Spitzenleistungen führen können, zur Verfügung gestellt werden.

Wir haben im Landesbudget eine Post mit 270.000 Schilling für die Übernahme von Kosten für Trainer. Das ist aber ein Betrag, der noch nicht ausreicht und bei dem wir glauben, daß er in der nächsten Zeit eine wesentliche Erhöhung erfahren muß, damit wir unsere Spitzensportler auf diese auch für das Ansehen unseres Staates bedeutenden Leistungen bringen können. Das Ansehen des Staates steigt auch bei Olympiaden und Weltmeisterschaften, wenn wir also mehr und bessere Sportler zu diesen Bewerben delegieren können, die mit besseren und größeren Erfolgen zurückkommen. Es ist also das erklärte Ziel der Sportler und Sportfunktionäre in unserem Land, daß über das bisher Geleistete hinaus mehr für die Beistellung von Spitzentrainern und Sportlehrern getan wird, wobei es in unserem Land an der zahlenmäßig ausreichenden Heranbildung von Sportlehrern fehlt. Wir wissen, daß es ein Glück ist, wenn ein junger Lehrer an eine Schule versetzt wird, der auch am Sport interessiert ist und entsprechend mit den Kindern die Gelegenheiten und Gegebenheiten nützt.

Es ist das Anliegen des steirischen Sports, daß in der nächsten Zeit auf dem Sektor der Errichtung von Hallenbädern und von Spielhallen noch mehr getan wird, daß für die Spitzensportler bessere Trainer und bessere Sportlehrer beigestellt werden. Die Glückwünsche für eine errungene Medaille, für einen errungenen Sieg stehen am Ende einer oft jahrelangen, entbehrungsreichen und harten Trainingsarbeit. Diese Medaillen sollen die sinnvolle Verpflichtung für uns sein zu erkennen, daß man in Zukunft rechtzeitig mehr für unseren Sport, für die Volksgesundheit und für unsere Jugend tun soll. Die steirischen Sportler verdienen auf Grund ihrer Leistungen die Anerkennung der Öffentlichkeit und auch die Anerkennung des Landtags. Verstärken Sie diese Anerkennung durch

eine bessere Dotierung der Sportförderung im kommenden Jahr. (Allgemeiner Beifall.)

Präsident: Ich erteile als nächstem Redner Herrn Abg. Dr. Heidinger das Wort.

Abg. Dr. Heidinger: Herr Präsident! Hohes Haus! Meine sehr geehrten Damen und Herren! Ich glaube, es ist die richtige Reihenfolge, wenn man zuerst vom Sport und dann vom Krankenhaus spricht, was ich als leidgeprüfter Vater sportbegeisterter Kinder aus eigener Erfahrung kenne. (Landesrat Bammer: „Kann auch vorkommen!“)

Wenn ich also als Sprecher meiner Fraktion wiederum zu den Krankenhäusern in der Gruppe 5 besonders Stellung beziehen darf, so möchte ich zur Vermeidung von Mißverständnissen an die Spitze doch stellen, daß die Gesundheit ein Gut ist, dessen Wert weder für den Einzelnen, noch für die Gemeinschaft in Zahlen faßbar ist. (Landesrat Sebastian: „Sehr gut!“)

Es ist daher wohl allgemeine Meinung, daß für dieses Gut nicht nur jeder Einzelne, sondern doch auch die Gemeinschaft mit verantwortlich ist.

Die Gemeinschaft, die wir zu repräsentieren die Ehre haben, das Land Steiermark, hat für diese Aufgabe wiederum im Budget bedeutende Summen eingesetzt, die der Herr Berichterstatter genannt hat bzw. die Sie dem vorliegenden Budgetentwurf entnehmen können.

Und all denen, die diese Zahlen in menschliche Handlungen des Helfens umsetzen, Ärzten, Schwestern und Verwaltungsbeamten, aber auch den Bauleuten, die die neuen Stätten der Krankenbetreuung errichten, sei von dieser Stelle aus aufrichtig und herzlich gedankt!

Aber, Herr Landesrat, — diese Überlegungen, die ich bewußt an die Spitze gestellt habe, entheben uns, die wir das Budget zu beschließen haben, doch nicht davon, über Erscheinungen nachzudenken, die zwar nicht auf die Steiermark und auch nicht auf Österreich beschränkt sind, die aber unser herkömmliches System der sozialen Sicherheit ernstlich für die Zukunft in Frage stellen. Und so war auch die Feststellung unseres Generalredners zu verstehen; er hat sich dabei eigentlich auf den Herrn Landesfinanzreferenten beziehen können, der in seiner Budget-Einbegleitungsrede ausdrücklich darauf hingewiesen hat, daß die Pflichtaufgaben des Landes stärker steigen als die Steuereinnahmen und er hat weiter darauf hingewiesen, daß die Rücklagen des Landes schwinden. Schließlich hat er gemeint, daß wir diesen scheinbaren Zwangsläufigkeiten entgegenwirken sollen. Und ich bitte Sie daher, die folgenden Überlegungen als konkrete Fakten anzunehmen und die Vorschläge zur Abhilfe als Dienst an unseren Kranken und Krankenanstalten aufzufassen, weil es doch darum geht, nicht nur heute und morgen, sondern auch übermorgen und in fernerer Zukunft das Optimale für die Gesundheit unserer Mitbürger zu tun.

Wenn wir die Budgetziffern des Landesbudgets ansehen und die Wohnbauförderungsausga-

ben auf der Einnahmen- und Ausgabenseite ausklammern — die Gruppe 62 also —, weil sich in der Zeit, für die ich Ihnen eine Vergleichsziffer nennen möchte, die Rechtslage hier so geändert hat, daß wir durch die Durchlaufsummen der Wohnbauförderung die Budgetvergleiche sonst irreführend machen würden, so kommen wir zu einem bereinigten Budgetrahmen, der 1950 rund 330 Millionen Schilling betrug. Damals waren die Einnahmen des Budgetabschnittes 52 rund 21 Prozent davon, im vorliegenden Budget sind es leider nur mehr 17,8 Prozent. Auf der Ausgabenseite waren es 1950 23,5 Prozent, heute sind es 27,5 Prozent. Das zeigt die Tendenz deutlich auf: Die autonomen Einnahmen sinken, die Ausgaben steigen, und ebenso der Zuschuß aus dem allgemeinen Steuertopf, der 1950 mit sieben Millionen kaum 2,5 Prozent der bereinigten Budgetsumme, 1969 bereits unter Berücksichtigung der Einnahmenansätze in der Gruppe 9 der Nachtragseinnahmen 262 Millionen oder 8,6 Prozent des bereinigten ordentlichen Budgets betrug.

In knapp zwanzig Jahren hat sich also die Schere zwischen Einnahmen und Ausgaben der Krankenanstalten gewaltig zugunsten letzterer geöffnet. Dabei ist der Errichtungsaufwand und damit die theoretisch zu kalkulierenden Abschreibungen nicht berücksichtigt. Denn im außerordentlichen Haushalt des Landes werden heuer von den bedeckten Positionen 72 Millionen für Krankenanstalten präliminiert, das sind rund 23 Prozent des gesamten außerordentlichen Voranschlags.

Diese Entwicklung zeigt sich — das würde schon bei der Gruppe Null und jetzt wieder vom Herrn Landesrat Gruber angezogen — auch im Dienstpostenplan: Von 13.331 Dienstposten sind 6.028 oder knapp 45 Prozent solche des Sanitätsdienstes. Von rund 210 neuen Posten entfallen praktisch alle auf den Krankenhaussektor.

Noch deutlicher kommt das aber in einem Vergleich 1959/1969 des Personalstandes und des Aufwandes zum Ausdruck. Die Dienstposten des Landes haben um 15 Prozent zugenommen, die in den Landes-Sanitätsanstalten um 25 Prozent.

Die Voranschlagssummen — Personalkosten — stiegen um 190 Prozent in dieser Zeit, worin also auch die Erhöhung der Beamtenbezüge ihren Niederschlag findet, in den Landes-Sanitätsanstalten aber um 250 Prozent!

Die weitere Frage, die sich nun ergibt, ist die, ob die Bettendichte bei uns ausreicht oder nicht. Hier ein internationaler Vergleich nach einer Denkschrift des Hauptverbandes der Sozialversicherungsträger: Auf 10.000 Einwohner gibt es in allgemeinen Krankenhäusern — Sonderkrankenhäuser nicht berücksichtigt —

in der Schweiz 47 Betten

in Schweden 56 Betten

in Österreich 62 Betten

und nach einer eigenen Berechnung

in der Steiermark 71 Betten

Wenn dem aber so ist und wir andererseits hören, bzw. wissen, daß die Bettenkapazität der meisten Krankenhäuser zu mehr als 100 Pro-

zent genützt ist — ein besonderes Problem ist das Landeskrankenhaus Leoben — so muß zwangsläufig die Frage der Verweildauer angeschnitten werden.

Wir wissen, daß diese von Krankenhaus zu Krankenhaus verschieden ist, aber ich darf auf den letzten Rechnungshofbericht verweisen, der im Punkt 73 die Verweildauer in den Krankenhäusern Radkersburg und Voitsberg mit fast 20 Prozent über dem vergleichbaren österreichischen Durchschnitt ermittelt. Auch das Gutachten des Hauptverbandes der Sozialversicherungsträger aus dem Jahr 1965 hält hier eine Verkürzung für möglich, ohne medizinisch unvertretbare Entscheidungen zu treffen. Interessant wäre auch eine Untersuchung über die Verweildauer in den verschiedenen Verpflegsklassen.

Ein weiteres ernstes Problem ergibt sich schon daraus, daß, wie unser Generalredner mit Recht erwähnt hat, die moderne Medizin an technischen Einrichtungen, aber auch im Medikamentenaufwand immer teurer wird. Eine weitere Spezialisierung der Abteilungen wird unvermeidlich sein, um zu erreichen, daß die teuren technischen Einrichtungen, wenn sie angeschafft sind, auch wirklich genützt werden. Das soll natürlich nicht heißen, — auch das möchte ich ausdrücklich erklären — daß wir etwa glauben, die Forschungsarbeiten einschränken oder erschweren zu müssen. Denn für die sogenannten klinischen Mehraufwendungen erhalten wir sowohl bei der Errichtung neuer Krankenhäuser als auch laufend Beiträge des Bundes. Heuer immerhin 38,4 Millionen Schilling, was anzumerken mir doch auch wesentlich erscheint.

Die Modernisierung und Rationalisierung der Verwaltung ist ein weiterer Punkt, der nicht aus den Augen verloren werden darf. Wir freuen uns, daß hoffentlich in Kürze, Herr Landesrat, der Rationalisierungs-Ausschuß Landeskrankenhaus Graz zusammentreten wird, der den vorliegenden Bericht des Deutschen Krankenhausinstitutes zu beraten hat. Aber auch hier möchte ich zur Vermeidung von Mißverständnissen sagen, daß wir unter Rationalisierung nicht „Pfleger am Fließband“ verstehen, sondern das Vereinfachen des „Drumherum“.

Daß uns die Pflege, die sachgerechte Pflege der Kranken am Herzen liegt, haben wir etwa mit dem Neubau des Landesinternates für die Krankenpflegeschule, der mit Einrichtung rund 40 Millionen Schilling kostet und der vor wenigen Tagen eröffnet wurde, wohl hinlänglich unter Beweis gestellt.

Ich habe damit Kernprobleme der Krankenanstalten angeschnitten. Um ihre Lösung bemühen sich die Fachleute, wie ja aus der Literatur hervorgeht, ebenso, wie bei uns die dafür zuständige Landesregierung, die Krankenhausverwaltung und die Ärzte.

Ich glaube, daß alle, vor allem die breite Öffentlichkeit aufgerufen sind, die Entlastung von der Aufwandseite her zumindest zu versuchen. Kürzere Verweildauer der Patienten, weil etwa die Behandlung durch den Hausarzt seitens der Sozialversicherung immer attraktiver gemacht wird und dadurch Krankenhauseinweisungen er-

spart werden und auch die Bereitschaft der Familie Kranke zu pflegen und nicht gleich in das Krankenhaus abzuschicken. Darüber wurde schon gesprochen. Schließlich Mithilfe beim Kampf gegen den übermäßigen Medikamentenverbrauch, wobei ich glaube, daß nur breiteste Aufklärung helfen kann, denn auch die Ärzte stehen den Patientenanforderungen vielfach schon resignierend gegenüber. Hierher gehört selbstverständlich auch das, was Frau Abg. Prof. Hartwig in der vorigen Gruppe über den Alkoholmißbrauch gesagt hat. Man wird überhaupt zu allen Mißbrauchssituationen, die schließlich dann im Krankenhaus oder am Friedhof enden, Stellung nehmen müssen. Das sind wieder nur einige Anmerkungen, die fortsetzbar wären.

Wir müssen uns darüber im klaren sein, daß das ganze System unserer Krankenversicherung und Krankenpflege miteinander verwoben ist und nur Lösungen unter Bedachtnahme auf diese Zusammenhänge mehr sind als kurzfristige Teillösungen. Lassen Sie uns alle nach diesen Lösungen suchen, damit das ausgebaute System unserer Gesundheitsfürsorge, insbesondere unserer Krankenanstalten, nicht eines Tages an der weit aufklaffenden Schere zwischen Einnahmen und Ausgaben zerbricht. Wenn auch die Budgetzahlen diese Bemühungen noch nicht deutlich erkennen lassen, das Schließen der Schere nämlich, so sind es vielleicht die besonderen Umstände der Personalkostenerhöhung, die in den nächsten Jahren wieder abflachen wird, die dies verhindern. Wir glauben, daß das Land wieder viel mehr für das Gesundheitswesen tut, als wozu es gesetzlich verhalten wäre. Wir sind stolz, daß unser Land dies tun kann und noch tut, weshalb die Österreichische Volkspartei dieser Budgetgruppe die Zustimmung geben wird. (Allgemeiner Beifall.)

Präsident: Ich erteile Herrn Abg. Buchberger das Wort.

Abg. Buchberger: Meine sehr verehrten Damen und Herren! Hoher Landtag! Der Herr Berichterstatter hat einleitend angedeutet und ausgeführt, daß die Gruppe 5 ein sehr weitgehendes Kapitel ist und das gesamte Gesundheitswesen und die körperliche Ertüchtigung umfaßt. Ich möchte aus dieser Gesamtgruppe einen Unterabschnitt herausgreifen und zwar den Unterabschnitt 561 „Allgemeine Jugendförderung“. Wir können, wenn wir diese Sparte näher betrachten, die Feststellung machen, daß diese Post heuer wiederum um 270.000 Schilling höher dotiert ist als für das ablaufende Jahr, also mit insgesamt 3.500.000 Schilling für 1969. Ich möchte aber auch aus der Post „Allgemeine Jugendförderung“ einen Unterabschnitt herausgreifen und der betrifft den Steiermärkischen Landesjugendbeirat.

In der Steiermark ist es so, wie in verschiedenen Bundesländern, daß wir zahlreiche Jugendorganisationen haben, sei es eine politische, eine konfessionelle, eine fachliche oder eine sportliche Jugendorganisation, die auf ihre Art und Weise bemüht sind, sich in ihren Jugend-

organisationen für eine spätere Zeit entsprechend vorzubereiten. Es ist nicht in jedem Bundesland so wie bei uns in der Steiermark, daß diese demokratischen Jugendorganisationen unseres Landes sich in einer Dachorganisation, im sogenannten Steiermärkischen Landesjugendbeirat zusammengeschlossen haben. Wir können in der Steiermark diese erfreuliche Feststellung machen, daß hier eine solche Dachorganisation vorhanden ist. Wenn wir auf die Bundesebene blicken ist es so, daß es wohl auch dort den Bundesjugendring gibt, der aber nicht alle demokratischen Jugendorganisationen in sich vereinigt, wohl aber hier bei uns in der Steiermark.

Diese Dachorganisation hat vor allem die eine sehr wichtige und bedeutende Aufgabe, daß sie diese verschieden organisierten Jugendorganisationen zusammenfaßt, ihnen Diskussionen unter sich ermöglicht, um eben, wie gesagt, nach demokratischen Gesichtspunkten unsere Jugendorganisationen aufzubauen. In diesem Landesjugendbeirat bestehen für die Jugendorganisationen verschiedener Coleurs Diskussionsmöglichkeiten und auch gleichzeitig die Möglichkeit, sich gegenseitig schätzen und kennenzulernen, auch Toleranz zu üben und vor allem das Zusammengehörigkeitsgefühl aller Steirer zu wecken.

Es ist natürlich in jeder Demokratie so, daß jedem das Recht zusteht, nach seiner politischen Meinung seinen Standpunkt zu vertreten. Aber im Endeffekt wird es vor allem in der Jugendorganisation so sein, daß man sich kennenlernen muß, daß man sich verstehen muß, weil wir der Meinung sind, daß die künftigen Vertreter im öffentlichen Leben sich aus diesen Jugendorganisationen heraus rekrutieren. Ich meine daher, daß gerade dieser Jugendbeirat die beste Vorschule für die Demokratie ist. Ich freue mich, daß hier vor allem der Steiermärkische Landesjugendbeirat mit dem Landesjugendreferat in bestem Einvernehmen steht und eine sehr gute Zusammenarbeit in dieser Frage immer wieder festzustellen ist.

Ich möchte aber in diesem Zusammenhang auf eines verweisen. Es ist bedauerlich, daß nicht die Masse der Jugend in diesen demokratischen Jugendorganisationen organisiert ist. Man schätzt, daß ca. 15 bis 20 Prozent aller Jugendlichen sich in einer Jugendorganisation organisiert haben. Es wäre daher zweckmäßig, immer wieder bei den verschiedensten Veranstaltungen, ob man sich in Jugendveranstaltungen oder sonst wo befindet, darauf aufmerksam zu machen, daß es notwendig ist, sich einer solchen Jugendorganisation anzuschließen. Es wäre nicht verfehlt, bei den verschiedenen Veranstaltungen vor allem auch den Eltern immer wieder zu sagen, daß sie der Jugend die Möglichkeit geben, sich einer solchen Jugendorganisation unterzuordnen. Es ist eben tatsächlich so, daß sich die Jugend in einem gewissen Schutz befindet, wenn sie in einer solchen Jugendorganisation steht und für sie die Möglichkeit gegeben ist, sich in Fragen der Demokratie entsprechend zu schulen.

Ich bin der Meinung, wenn in diesem Landes-

jugendbeirat in der Steiermark weiterhin in der bisherigen Form gearbeitet wird, wenn Toleranz geübt wird, wenn das Zusammengehörigkeitsgefühl der steirischen Jugend gepflegt wird, daß einmal künftighin die Geschicke unseres Landes in guten Händen sein werden. (Allgemeiner Beifall.)

Präsident: Ich erteile Herrn Abg. Scheer das Wort.

Abg. Scheer: Hohes Haus! Meine Damen und Herren! Zum Kapitel der Landeskrankenanstalten wird jedes Jahr hier in breiter Form diskutiert und meistens hört man von einer Seite heraus, als wäre der sogenannte Zuschußbetrag, den wir zu unseren Krankenanstalten leisten, irgendwie nicht ganz berechtigt. Wenn es auch einmal so und einmal so bei meinem Vorredner Abg. Dr. Heidinger geklungen hat, habe ich doch einen Vorwurf herausgehört, den ich nicht in diesem Umfang mit ihm teilen kann, wie dies vielleicht zum Ausdruck gekommen ist.

Ich bin der Meinung, daß die Erhaltung der Gesundheit unseres steirischen Volkes wirklich ein Punkt Nr. 1 für uns sein muß und aus mehreren Gründen sein muß. Erstens ist die Wiederherstellung der Gesundheit und die Erhaltung der Gesundheit ein Faktor, der in einer erhöhten Arbeitsleistung und einer entsprechend guten Arbeitsleistung wiederum ihren Niederschlag findet und diese Aktivposten, der diesen Zuschußbetrag zu den Landeskrankenanstalten geringer macht, ist in Zahlen hier überhaupt nicht auszudrücken. Ich meine daher, daß wir von einem Defizit oder Zuschußbeitrag in diesem Zusammenhang bei diesem Kapitel überhaupt nicht sprechen dürften und die Gesundheit und die Pflege der Gesundheit und die Wiederherstellung der Gesundheit in keinem Fall ein Geschäft oder etwas ähnliches sein dürfte.

Noch etwas dürfen wir auch nicht vergessen: Dieser Zuschußbetrag ist zweifellos ein Umweg der Subventionen für die Gemeinden. An sich sind ja nach dem Gesetz, nach dem Verfassungsgesetz des Bundes die Gemeinden für die Führung der Krankenanstalten zuständig. Das Land Steiermark hat das für sich übernommen, aber wir sehen in anderen Bundesländern, wo die Länder nicht die Träger der Krankenanstalten sind, daß die Gemeinden sehr weit bezuschußt werden mußten, weil sie einfach nicht die Möglichkeit haben, die erforderlichen Mittel selbst aufzubringen.

Und nun die Frage, wie kann man diese Summe der Zuschüsse decken? Sicherlich, man könnte die Verpflegungskostensätze um so viel erhöhen usw. Die Problematik, die dahinter liegt, kennen wir alle. Aber sollten wir etwa beim Patienten einsparen?

Meine Frauen und Herren, wir sind die ersten und alle anderen sind es auch, die wenn es um unsere eigenen Angehörigen geht, ob Mutter, Vater oder Kinder, sagen, das Beste ist gerade gut genug, um zur Wiederherstellung der Gesundheit oder zur Rettung eines Lebens zu dienen. Wir wären ja bei einer Exkursion im

Landeskrankenhaus unter Führung des Herrn Landesrates Sebastian und haben gehört, daß die Sanierung einer Tetanusinfektion, also einer Wundinfektion allein pro Person etwa 100.000 Schilling kostet und daß jedes Jahr 20 bis 30 derartiger Fälle eintreten, so kostet die Rettung vor dem Tod für diese 20 bis 30 Steirer eben zwei bis drei Millionen Schilling. Die stürmische Fortentwicklung der medizinischen Wissenschaft hat natürlich auch immer wieder neue Erfordernisse für Instrumente und Apparate nach sich gezogen, die so weit gehen, daß Apparate, die vor drei Jahren höchst modern waren, heute gar nicht mehr die entsprechende Verwendung haben.

Also die Lösung ist nicht darin zu suchen, daß wir beim Patienten hier irgendetwas abzwacken, sondern die Lösung ist darin zu suchen, daß wir diese Ausgabe als eine Selbstverständlichkeit hinnehmen müssen.

Daß nichts vollkommen ist und daß auch da oder dort in den Krankenanstalten ein Auge zgedrückt wird und der eine oder andere länger ein Bett belegt als vielleicht unbedingt notwendig ist, das wird sich nicht verhindern lassen. Aber Einsparungen können, wenn sie beim Patienten nicht gefunden werden, also nur in der Verwaltung gefunden werden. Und da habe ich gleich eine konkrete Frage an den Herrn Landesrat Sebastian: Mir wurde zugeführt, daß im Landeskrankenhaus Graz fünf neue A-Posten (es ist ein Hofrat-Posten dabei und ein Direktions-Assistent) geschaffen wurden. Ich meine, in der Verwaltung könnte man einsparen. Es riecht da nach irgendeinem Proporzpostenschacher, der da vor sich ging. Da könnte ich mir vorstellen, daß man einspart und ich verstehe nicht, daß der Herr Landesrat Sebastian bei der Verwaltung nicht sich entsprechend hineinhängt und daß da gleich fünf neue A-Posten gemacht wurden. Das ist ein Faktum, bei dem ich mit Herrn Dr. Heidinger eines Sinnes bin, daß das Dinge sind, bei denen man Einsparungen vornehmen könnte.

Und nun zu einem Problem, das den Landtag ja schon länger beschäftigt und das ist eine Untersuchung des Deutschen Krankenhausinstitutes in Düsseldorf als Fach-Institut im Auftrage der Landesregierung. Dem Hohen Haus liegt ja ein Bericht von 20 Seiten vor, in dem die Zustände im Landeskrankenhaus Leoben als — ich möchte geradezu sagen — mittelalterlich bezeichnet werden und daher einer Sanierung unbedingt bedürfen. Ich brauche nicht diese Fakten, die hier aufgezeigt worden sind, den einzelnen Damen und Herren des Hohen Hauses vortragen; sie sind hinlänglich bekannt. Es wäre nur die Frage an Herrn Landesrat Sebastian zu richten, was in diesem Zusammenhang jetzt wirklich konkret geändert wird und wie weit der Plan gediehen ist, diese unhaltbaren Zustände des Krankenhauses Leoben, das ja nicht nur den Bezirk Leoben sondern die ganze Obersteiermark betrifft, zu sanieren.

Und noch eine weitere Frage bewegt uns auch irgendwie. Es hat nämlich eine Grazer Tageszeitung eine große Untersuchung eingeleitet und

die Möglichkeit aufgezeigt, in Graz Herz-Transplantationen durchzuführen. Auch von unserem Besuch im Landeskrankenhaus, an dem ja mehr als das halbe Haus teilgenommen hat, wissen wir, daß an sich die Apparaturen vorhanden zu sein scheinen, um solche Herz-Transplantationen durchzuführen, aber inwieweit man dieser weltweiten Problemstellung nachgehen kann oder nachgehen muß, ob es überhaupt opportun ist, eine solche Transplantation schon durchzuführen, ob man die Abweisung des fremden Gewebes überwunden hat oder die Frage, die noch weit entscheidender ist, schon gelöst ist, inwieweit der Spender eines solchen Organes überhaupt schon tot war, als man ihm das Herz entnahm. Denn wie man aus dem Ausland gehört hat, sei es möglich gewesen, daß unter Umständen ein solcher Mensch gar nicht ganz tot war, der das Herz gespendet hat, das ist eine zweite Frage und es fragt sich, will Graz diese weltweiten Probleme lösen oder wollen wir wirklich diese Verantwortung übernehmen? Vielleicht kann uns da auch Herr Landesrat Sebastian etwas darüber berichten.

Zum Schluß möchte ich noch etwas sagen: Wir sehen uns einer Tatsache gegenübergestellt und das ist ein gewisser Landärztemangel. Wie bei den Lehrern, die gerne alle am liebsten in Graz unterrichten möchten, ist die Tendenz auch bei den Ärzten sichtbar, nicht auf das Land gehen zu wollen oder aber nicht gehen zu können, weil die Einrichtung einer modernen Ordination und eventuell auch einer Wohnung heute derartige Summen verschlingt, die ein junger Arzt gar nicht aufbringen kann und auch da müßte man irgendwelche Voraussetzungen schaffen, daß man das Land-Dasein etwas attraktiver gestaltet, um dem Arzt einen Anreiz zu geben, überhaupt hinaus aufs Land zu gehen. Derzeit besteht die Tendenz, die Spitäler als Spitalsarzt zu belegen und nicht aufs Land zu gehen und es werden da und dort schon Besetzungsschwierigkeiten am Lande bemerkbar.

Das sind Probleme, die wir auf alle Fälle auch beachten sollten und es sollte früh genug auch in der Hinsicht vorgesorgt werden, bevor es vielleicht zu spät ist. Denn wie wir beim Lehrermangel in der Provinz sehen, so soll es bei der Ärzteschaft nicht werden. So weit mein Beitrag zum Gesundheitswesen. (Allgemeiner Beifall.)

Präsident: Zu Wort gemeldet ist Herr Abg. Groß. Ich erteile ihm das Wort.

Abg. Groß: Hohes Haus! Meine Damen und Herren! Ich könnte jetzt eigentlich dort fortsetzen, wo der Abg. Buchberger aufgehört hat, nämlich beim Abschnitt Allgemeine Jugendförderung. Ich möchte dazu nur betonen, weil ich da schon einmal einen Zwischenruf bekommen habe, daß mir selbstverständlich klar ist, daß dieser Aufgabenbereich in die Kompetenz des Herrn Landeshauptmannstellvertreters Univ.-Prof. Dr. Koren fällt.

Wir haben kürzlich im Landtag ein steirisches Jugendschutzgesetz beschlossen, und dabei wurde übereinstimmend von allen Rednern, die zu diesem Gesetz sprachen, festgestellt, daß unsere Ge-

sellschaftsordnung eine starke Gefährdung des jungen Menschen sowohl in seelischer als auch sittlicher Hinsicht beinhalte, weil sie in viel zu geringem Ausmaß die negativen Auswirkungen einer sogenannten Vergnügungsindustrie auf die Jugend verhindere, wobei das Profitstreben stark im Vordergrund stehe. Wenn ich es mir leicht machen wollte, könnte ich einen Ausspruch zitieren, der für das Verhalten der jungen Menschen in unserer Zeit als Ergebnis festhält, jede Jugend sei nur das Spiegelbild der älteren Generation. Das will ich aber nicht tun, denn damit würde man nämlich auch alle positiven Bemühungen abwerten, die in unserem Bundesland darauf ausgerichtet sind, den jungen Menschen sowohl in seiner Einstellung zur Familie, dem Beruf und damit auch den Einrichtungen des öffentlichen Lebens positiv zu beeinflussen.

Das geschieht z. B. in einem besonders hohen Maß in den demokratischen Jugendorganisationen, die vom Land Steiermark auch durch Subventionen gefördert werden. Wenn man in diesem Zusammenhang wiederholt feststellt, daß es sich bei den in den Jugendorganisationen erfaßten jungen Menschen nur um 10 bis 12 Prozent der österreichischen Jugend handelt, dann ist das absolut kein Prozentsatz, der einen vielleicht zur Feststellung verleiten könnte, der Aufwand für die Jugendorganisationen stehe in keiner Relation zum Erfolg. Man muß nämlich dabei berücksichtigen, daß es sich bei diesen Jugendlichen um jene Menschen handelt, die bereit sind, sich frühzeitig in eine Gemeinschaft einzuordnen und die früher oder später wahrscheinlich auch wesentlich das Bild dieser Gemeinschaft prägen werden. Wenn man daher die Förderungsmaßnahmen von diesem Gesichtspunkt aus betrachtet, muß man noch eher zur Überzeugung kommen, daß wir leider trotz besten Willens noch immer nicht genug für unsere Jugendorganisationen tun können.

Vielleicht ist es auch ganz zweckmäßig, sich hier einmal ein wenig mit der Gedankenwelt dieser jungen Menschen auseinanderzusetzen, denn wir wissen, daß sie das, was für die älteren noch neu und überraschend ist, oft als etwas selbstverständliches betrachten. Auch das würde im Rahmen der Budgetdebatte schon einige Male betont. Diese jungen Menschen sind heute Zeugen heftiger Kritik an vielem was noch gilt. Sie erleben aber auch wie alle, also auch die, denen das Neue unheimlich oder verächtlich erscheint, die materiellen Vorteile genießen und glauben ihnen nicht, wenn diese Menschen von anderen Werten sprechen, für die es sich lohnt zu leben. Sie sind skeptisch diesen Werten gegenüber, von denen man so viel hört und manchmal so wenige in die Tat umgesetzt werden. Viele Begriffe, die jahrzehntelang, fast möchte ich sagen, jahrhundertlang galten, werden für diese Jugend teilweise durch andere Leitbilder ersetzt. An Stelle von Ehrgefühl wird Aufrichtigkeit, an Stelle von Güte wird Gerechtigkeit im Sinne von Fairneß, an Stelle von Traditionsbewußtsein und Nationalismus werden Großzügigkeit und Toleranz geschätzt. Das haben Tests ergeben, in denen man versucht hat, das Ver-

halten der Jugend in unserer Zeit zu analysieren.

Sicherlich können solche Testergebnisse keinen Anspruch darauf erheben, keine Fehlerquellen zu beinhalten. Doch sollte man, wenn man über die Jugend spricht und sie dabei manchenmal auch in ihrem Verhalten verurteilt, sich ein wenig bemühen, auch ihre Gedankenwelt zu verstehen. Wenn wir das tun, dann wird und muß es uns auch gelingen, die Jugend an die demokratische Gesellschaft heranzuführen und sie umfassend auf ihre staatsbürgerliche und politische Verantwortung vorzubereiten. Ich bin ja persönlich der Meinung, daß hier schon die Schule viel mehr Aktivität im Hinblick auf die staatsbürgerliche Formung der jungen Menschen entwickeln müßte.

Wir leben in einer unruhigen Welt und wir finden um uns eine Jugend, die in Bewegung geraten ist. Doch welchen Weg diese Jugend gehen wird, liegt an jedem einzelnen von uns, das sollten wir bei allem bedenken, was wir für diese Jugend tun.

Ich habe kürzlich ein Sprichwort gehört (ich hoffe, daß ich es richtig wiedergebe), und will es an den Schluß meiner Ausführungen stellen:

Wenn Du für ein Jahr planst, dann pflanze Reis,
wenn Du für zehn Jahre planst
dann pflanze Bäume,
wenn Du für die Zukunft planen willst,
dann fördere die Jugend.

(Allgemeiner Beifall.)

Präsident: Ich erteile das Wort Herrn Abg. Schrammel. Ich übergebe den Vorsitz Herrn Präsidenten Koller.

Abg. Schrammel: Hohes Haus! Meine Damen und Herren! Über die Jugendförderung wurde hier schon sehr viel gesprochen in der Meinung, daß man gerade über diese Förderung nicht genug sagen, beraten und auch an Taten setzen kann. Wenn ich zur Jugendförderung vielleicht auch die Förderung der Jugendherbergen herausstreichen darf, so kann ich vorweg festhalten, daß wir in Österreich 143 Jugendherbergen mit 8.100 Betten aufzuweisen haben. Im Jahre 1967 gab es nicht weniger als 863.000 Nächtigungen und erfreulich dabei ist, daß die Hälfte Ausländernächtigungen waren. Österreich rangiert unter den 41 Herbergländern an 5. Stelle.

Das ist eine sehr erfreuliche Bilanz. Es führt die deutsche Bundesrepublik, dann Japan, England und Polen. Die Jugendherbergsbewegung wird immer mehr auch in der Steiermark zu einer Bewegung der Völkerverständigung und trägt dabei auch einen großen Anteil zur Erhaltung des Friedens bei. Ich glaube dabei nicht zu übertreiben, wenn ich hier erwähne, daß das Jugendherbergswesen in letzter Zeit so ausgeprägt wurde, daß man es mit dem Roten Kreuz und mit den Leistungen des Roten Kreuzes irgendwie auf dem Gebiete der Völkerverständigung vergleichen könnte. Es ist daher erfreulich, daß im heurigen Landesbudget ein Betrag von 1.7 Millionen Schilling wieder ausgewiesen ist und damit kann es ermöglicht werden, daß wei-

tere Jugendherbergen in der Steiermark geschaffen und die bestehenden noch weiter ausgebaut werden können. Die Steiermark hat eine verhältnismäßig günstige Entwicklung auf dem Sektor Jugendherbergen aufzuweisen und zwar eine Zunahme bei den Nächtigungen gegenüber dem vergangenen Jahr um mehr als 20 Prozent.

Ich will behaupten, daß die Jugendherbergen sogar sehr wesentlich auch dem Fremdenverkehr und den Bestrebungen des Fremdenverkehrs unterstützend zur Seite stehen, denn wenn die ausländische Jugend in Österreich Tage und Wochen verbringen kann, so wird sie sicher in ihrem späteren Leben wieder gerne einmal ihren Urlaub in Österreich verbringen. Es wäre daher notwendig, daß wir von seiten des Steiermärkischen Landtages, aber auch bei allen Möglichkeiten bemüht sein sollten darauf hinzuwirken, daß an allen Schulen und über alle Schulbehörden auf die Notwendigkeit der Förderung des Jugendherbergswesen hingewiesen wird. Durch die Motorisierung und Technisierung haben die jungen Menschen fast überhaupt nicht mehr die Möglichkeit, die Natur kennenzulernen.

Und gerade über die Schulbehörden und über die Schulen könnte man mit der Einführung einer Pflichteinrichtung so weit kommen, daß unseren jungen Menschen die Natur und das Erlebnis der Natur wieder nahegebracht werden könnte.

Vielleicht könnte man die schon obligatorisch gewordenen Ski-Kurse einschränken und dadurch die Möglichkeit schaffen, daß wenigstens einmal während der langen Schuljahre jeder Schüler die Möglichkeit erhält, Schullandwochen als Pflichtveranstaltung mitzumachen.

Ich will aber auch bei dieser Budgetpost eines herausstreichen, das sicherlich sehr wesentlich wäre und zwar hatte ich die Gelegenheit, mit einem Freund aus Deutschland, der einige Wochen seine Zeit in Graz verbringen konnte, kurz zu sprechen und der es sehr bemängelt hat, daß in dieser so kulturgeprägten Stadt kein Hallenbad zu finden war. Es ist sicher nicht Aufgabe des Landes. Aber wir wollen hier von dieser Stelle der Gemeinde Graz eben nahelegen, diesen Wunsch nicht ungehört verhallen zu lassen. (Abg. Loidl: „Da warten sie schon darauf, es wäre ihnen sonst nicht eingefallen!“)

Und nun will ich ein lokales Problem herausstreichen. Als Mandatar des Bezirkes Fürstenfeld freue ich mich, daß das Lehrlingsheim Fürstenfeld der Landesberufsschule für Tischler mit einem Betrag von vier Millionen Schilling im heurigen Jahr im außerordentlichen Voranschlag dotiert ist. Die Gesamtfinanzierung sieht 18 Millionen Schilling vor und ich betone noch einmal, ich freue mich und möchte auch dem Lande Steiermark danken, daß im nächsten Jahr aus der Investitionsrücklage 1968 vier Millionen Schilling und im darauffolgenden Jahr noch sechs Millionen Schilling für das Lehrlingsheim Fürstenfeld zur Verfügung gestellt werden können.

Die Jugendherberge Fürstenfeld, die vor der Vollendung steht, konnte auch durch das Land Steiermark im heurigen Jahr gefördert werden und wird — wie mir berichtet wurde. — auch

im nächsten Jahr eine sehr wesentliche Förderung erhalten.

Als Pfadfinder der Pfadfindergruppe Fürstenfeld möchte ich der Steiermärkischen Landesregierung herzlichen Dank sagen für die finanzielle Unterstützung beim Bau des Pfadfinderheimes, wobei der Bund über das Land Steiermark — über Intervention des Landeshauptmannes Krainer — einen Betrag von 50.000 Schilling, das Landesjugendreferat einen Betrag von 10.000 Schilling und der Bezirksfürsorgeverband ebenfalls einen Betrag von 10.000 Schilling zur Verfügung stellten. Alles in allem möchte ich zusammenfassend sagen, daß gerade für die Jugend auch in finanziellen Leistungen nie genug getan werden kann. Trotzdem wollen wir als junge Menschen sagen, der Idealismus soll vor allen diesen finanziellen Leistungen stehen. (Beifall.)

3. Präsident Koller: Als nächster Redner hat sich der Herr Abg. Ritzinger gemeldet. Ich erteile ihm das Wort.

Abg. Ritzinger: Hohes Haus! Sehr geehrte Damen und Herren! Ich habe nun schon das dritte Mal die Ehre, als Ko-Referent für Herrn Landesrat Bammer in Sportsachen zu sprechen. (Landesrat Bammer: „Dazu hat er sich selbst ernannt!“)

Deshalb als Ko-Referent, weil sich unsere Ansichten im Hinblick auf den Sport weitgehend decken und weil es glücklicherweise weder eine rote, blaue noch schwarze Medaille im Sport gibt. Trotzdem muß ich auch feststellen . . . (Abg. Leitner: „Auch über das Landesbudget, deckt sich auch mit der Meinung der SPÖ!“)

Dazu komme ich noch, Herr Kollege Leitner. Schauen Sie, Herr Abg. Leitner, es ist ja schon am Beginn der Budget-Debatte in der Generaldebatte gesagt worden, daß die ÖVP die absolute Mehrheit in diesem Hause hat und wir mit unserer Mehrheit haben sozusagen die Richtlinien für den Voranschlag 1969 gelegt und gegeben. (Abg. Fellinger: „Na, na, na!“)

Ja, wer denn sonst? (Abg. Brandl: „Nicht so überheblich!“ — Abg. Zinkanell: „Bleiben Sie beim Sport!“)

Meine lieben Freunde, ich muß folgendes sagen: Ich wollte eigentlich über Sport reden, aber ich bin gerne bereit, mit Ihnen auch über diese Frage zu debattieren. (Abg. Vinzenz Lackner: „Der Landesvoranschlag wird vom Landesfinanzreferenten vorgelegt!“)

Herr Kollege Lackner, wenn Sie mit mir über diese Frage reden wollen, dann sehr gerne. Sie wissen ja selbst, was der Landesfinanzreferent ist? Der Landesfinanzreferent ist der Buchhalter dieses Landes! Er hat das niederschreiben und niederzulegen, was unser Wille ist, nämlich der Wille der Mehrheit. (Zwischenruf von der SPÖ: „Da hört sich doch alles auf!“)

Na, ganz klar.

Ich habe volles Verständnis dafür, daß Sie sich darüber ärgern. (Abg. Fellinger: „Das ist echte Demagogie!“)

Ich weiß, daß es der Sozialistischen Partei wehtut, Sie tun sich eben gerne, wie in manchen Dingen, mit fremden Federn schmücken! (Abg. Loidl: „Du hast versprochen, heute einmal objektiv zu bleiben!“ — Abg. Brandl: „Das sind Formulierungen!“ — Abg. Fellinger: „Das ist die heranwachsende Jugend!“ — Zahlreiche weitere unverständliche Zwischenrufe. — Glockenzeichen des Präsidenten.)

Präsident: Ich bitte den Redner, fortzusetzen und nicht immer zu unterbrechen!

Abg. Ritzinger: Ich danke vielmals. Darf ich also jetzt, nachdem wir hier die Linien klargelegt haben, vielleicht in der Frage Sport fortfahren? Ist es gestattet? Ich bin also gerne bereit, mit Ihnen noch über diese Frage eingehend zu diskutieren. Ich muß Ihnen aber jetzt schon sagen, Sie werden in dieser Frage den Kürzeren ziehen. (Abg. Vinzenz Lackner: „Wenn Du nicht so jung wärst, müßten wir hinausgehen!“ — Zahlreiche unverständliche Zwischenrufe. — Glockenzeichen des Präsidenten.)

Präsident: Ich bitte, den Redner nicht immer zu unterbrechen.

Abg. Ritzinger: Was hat das mit der Jugend zu tun?

Aber, Hohes Haus, darf ich Sie bitten, befassen wir uns doch mit Sport, wir haben auch im Sport sehr viel zu bieten und wir können auch auf unsere Dotierungen im Abschnitt 54, lieber Freund Lackner, stolz sein.

Aber nun, Hohes Haus, wenn wir uns nun über Sport unterhalten wollen, so glaube ich, können wir feststellen, daß für das Land Steiermark ein Jahr zu Ende gegangen ist oder zu Ende geht, in dem wir darauf hinweisen können, daß in diesem Jahr unsere Sportler vor allem größte und höchste Erfolge erzielt haben. Unser Land war Austragungsort größter internationaler Veranstaltungen. Ich nenne hier stellvertretend für alle anderen nur die Weltmeisterschaft im Fallschirmspringen in Graz-Thalerhof, die bestens organisiert war und auch bestens durchgeführt wurde.

Durch diese internationalen Veranstaltungen hat sich unser Land einen Ruf als Sportzentrum in der Welt gemacht, kurz und gut, einen Ruf, der über die Grenzen unseres Landes hinausgeht.

Ich glaube aber, daß wir gerade mit dem Jahr 1968 deshalb sehr glücklich sein können, weil erstmals nach 1945 eine Goldmedaille durch Manfred Schmied in die Steiermark gebracht wurde. Bei dieser Gelegenheit wollen wir natürlich auch nicht vergessen auf die Silbermedaille von Reinhold Bachler, die Bronzene von Manfred Schmied und nicht zuletzt aber ganz besonders auf den Weltmeistertitel im Segelfliegen von Harro Wödl. Darüber hinaus haben unsere Spitzensportler Meistertitel in unser Land gebracht, sie haben Rekorde gebrochen, sie haben vorder-

ste Plätze erzielt, kurz und gut, große sportliche Leistungen erzielt.

Auch die steirischen Fußballanhänger können zufrieden sein mit den Tabellenplätzen und Leistungen ihrer Vereine, ob sie nun in der Nationalliga, in der Regionalliga-Mitte, in der Landesliga oder in anderen Klassen diese Punkte und Tabellenplätze erzielt haben.

Ich glaube, daß es gut und recht und billig ist, den steirischen Sportlern hier im Steirischen Landtag für ihre Leistungen, die sie im Jahre 1968 erbracht haben, den aufrichtigen und herzlichsten Dank auszusprechen und diesen Dank weiterzuleiten auch an die Trainer und die Betreuer. (Beifall. — Abg. Pölzl: „Die Sozialisten haben nicht Beifall geklatscht!“ — Unverständliche Zwischenrufe von der SPÖ. — Glockenzeichen des Präsidenten.)

Hohes Haus! Wenn wir gute Leistungen im steirischen Sport haben, so sind dafür nicht verantwortlich der ARBÖ, der ASKÖ, auch nicht die Union, sondern verantwortlich dafür ist der Wille, der steirischen Jugend zum Sport, zum Kampf, zur Leistung. Es ist hier die steirische Jugend und nicht die steirischen Verbände, die die Siege davontragen. (Beifall.)

Wir haben nichts dagegen. Es wird sicher auch der eine oder andere einem Verband angehören. Ich denke an den Weltmeister im Segelfliegen, der kommt von der Union. Ist auch nichts dabei. Wir sprechen nicht darüber. (Abg. Loidl: „Du sprichst nicht davon, Du sagst es nur!“ — Abg. Scheer: „Man sagt es nicht, man spricht nur davon!“)

Wir wollen stolz sein, daß es Steirer sind. Das muß die Stimmung in diesem Haus sein. (Beifall.)

Ich habe schon einige Male darauf hingewiesen, daß das Land Steiermark durch die Landesverfassung die Aufgabe zugewiesen bekommen hat, den Sport in materieller und ideeller Hinsicht zu fördern. Ich glaube sagen zu können und die Leistungen des Jahres 1968 bestätigen es, daß das Land Steiermark sowohl in materieller als auch in ideeller Sportförderung seine Aufgabe bisher bestens und gut gemacht hat. Auch wenn wir die Sportförderung 1969 betrachten, wenn wir die Dotierungen etwas genauer unter die Lupe nehmen, können wir feststellen, daß auch für 1969, was die finanziellen Mittel betrifft, wieder ordentlich Vorsorge getroffen wurde; vor allem sind wieder höhere Ansätze enthalten. Wenn wir aber von Sportförderung sprechen, so wollen wir nicht nur den Abschnitt 54 unter die Lupe nehmen, sondern ich glaube, daß hier auch der Abschnitt 779 dazugehört, nämlich Allgemeine Fremdenverkehrsförderung. Wir haben dort acht Millionen Schilling enthalten für den Bau von Schwimmbädern und Badeseen. Wir haben dort 100.000 Schilling enthalten für die Ausbildung von Schilchlehrern, für den Bau von Schiliften, für den Bau von Sprungschancen, für die Errichtung von Schipisten, Minigolfanlagen usw. Alle diese Posten zusammen glaube ich, ergeben die gesamte steirische Sportförderung.

Ich glaube, daß im Abschnitt 54 mehr der Spitzensport gefördert wird und in der Allgemeinen Fremdenverkehrsförderung mehr der Breitensport. Wir dürfen Fremdenverkehr aber auch . . . (Abg. Dipl.-Ing. DDR. Götz: „Wie Sie wollen, haben Sie früher gesagt!“)

In manchen Dingen wie ich will. In manchen Dingen wie Sie glauben.

Wenn wir über die Sportförderung sprechen, glaube ich, vor allem wenn wir rückblicken ein wenig auf das Jahr 1968, so müssen wir eine große Tat der Steiermärkischen Landesregierung und des Landtages herausstellen. Wir haben im vergangenen Jahr für den Motorsport durch die Unterstützung, die wir dem Projekt „Österreichring“ in Knittelfeld und Zeltweg angedeihen ließen, durch die Übernahme von Bürgschaften und durch die Zurverfügungstellung von Förderungs-mitteln eine große Hilfestellung geleistet, die auch noch ganz kurz wiederholt werden muß. Aber bei allen Dingen, wo viel Sonne ist, ist viel Schatten. (Abg. Heidinger: „In Murau!“)

In Neudau, Herr Kollege, ist ein roter Schatten. (Abg. Heidinger: „Nein, Murau!“)

Herr Kollege Heidinger, es kann nur Neudau sein, weil Murau ist eine Sonnenheilstätte.

Ich glaube, man muß auf eines noch hinweisen: wir hinken im Sportstättenbau noch etwas nach. Es gibt hier einen Bericht des Instituts für Schul- und Sportstättenbau, das nachweist, daß die Steiermark, vor allem was die Freisportanlagen betrifft, noch einen Fehlbestand von 3.410.000 m² aufweist; an Hallenbädern 75.000 m², an Hallensportanlagen 136.000 m². (Abg. Scheer: „Und das alles bei Eurer Mehrheit!“)

Herr Kollege, darf ich Ihnen sagen, ich komme noch darauf zu sprechen. Wir haben im Jahre 1965 für diese unsere Landeshauptstadt ein Sportstättenprogramm Graz beschlossen. (Abg. Dipl.-Ing. DDR. Götz: „Eine Parteienvereinbarung, kein Landtagsbeschluß!“)

Lieber Herr Kollege, sind Sie mir nicht böse. Damals habe ich noch nicht das Vergnügen gehabt, in diesem Hohen Haus zu sein. Nichtsdestoweniger haben wir für den Sportstättenbau sehr viel ausgegeben. (Abg. Scheer: „Zu wenig!“)

Aber die Situation ist, daß die ländlichen Bezirke bei dem Sportstättenbauprogramm etwas zu kurz kommen. Ich darf hier in aller Form die Forderung erheben, daß das Land Steiermark ein gesamtsteirisches Sportstättenprogramm beschließt, das eingehalten wird. Ich weiß, daß das nicht auf einmal gehen wird, wo ländliche Bezirke berücksichtigt werden. Aber gerade dort sind auch große Talente vorhanden. (Beifall. — Abg. Dipl.-Ing. DDR. Götz: „Es ist nicht einmal das alte noch erfüllt!“)

Wir haben uns in der Redezeit eine Kürzung auferlegt. Aber, wenn Sie wollen, bin ich gerne bereit, darüber zu sprechen.

Wir haben für ein Sportstättenprogramm im außerordentlichen Voranschlag sechs Millionen Schilling präliminiert, die mit 1,5 Millionen Schilling gedeckt erscheinen. Meine lieben

Kolleginnen und Kollegen, ich halte eines für sehr wesentlich: Alle steirischen Schulen müssen eine Turnhalle erhalten. Wir haben einen hoffnungsvollen Beginn gesetzt und zwar mit den Fertigteilhallen. Diese Methode hat sich sowohl was das Bauen betrifft, als auch in sportlicher Hinsicht bestens bewährt. Wir müssen aber weiter trachten, daß hier vieles noch geschieht. Wir müssen uns im klaren sein, wenn wir in den nächsten Jahren im internationalen Sport halbwegs mitreden wollen, so muß mit der Nachwuchsförderung bereits in der Schule begonnen werden. Ich darf Ihnen ein Beispiel dazu nennen. Der steirische Schiverband hat diese Tatsache bereits erkannt und in Schladming das Experiment, gemeinsam mit dem Landesschulrat, Rennsportförderung in der Schule, sozusagen in die Tat umgesetzt. Ich freue mich darüber. Ich bin überzeugt, daß dieses Experiment gelingen wird. Ich bin aber auch überzeugt davon, daß damit noch nicht das Auslangen gefunden werden kann. Was wir brauchen in der Steiermark, wäre eine steirische Sportschule, ungefähr ähnlich wie das Sportgymnasium in Stams in Tirol. (Zwischenruf von der SPÖ: „Schielleiten!“)

Schielleiten ist eine Bundessportschule. Leider Gottes! Deshalb brauchen wir eine steirische Sportschule. Schielleiten ist bereits ein Jahr im voraus ausgebucht. (Abg. Heidinger: „Aber geh, hör auf, die halbe Zeit ist es leer!“)

Ich glaube, daß hier die ÖVP-Gemeinderatsfraktion von Schladming bereits eine gute Vorarbeit geleistet hat. Sie hat nämlich die Initiative in dieser Richtung ergriffen und auch mit einer Delegation beim Unterrichtsministerium vorgesprochen und dort eine Förderungszusage erhalten, wenn das Land in dieser Frage die Initiative ergreift. Ich möchte daher die Landesregierung bitten, das Projekt einer steirischen Sportschule nicht aus den Augen zu verlieren und wenn irgendwie möglich, sofort in Angriff zu nehmen.

In diesem Zusammenhang noch eines: Als sehr gut und positiv haben sich auch die Schikurse erwiesen, die alljährlich von den steirischen Schulen durchgeführt werden. Ich möchte aber darauf hinweisen, daß die steirischen Schulleitungen angewiesen werden, diese Schikurse nach Möglichkeit in der Steiermark abzuhalten. Unsere Wintersportorte sind in der Zwischenzeit gut ausgebaut worden. Wir können ohne weiters auch die Konkurrenz mit anderen Bundesländern aufnehmen. Ich habe festgestellt, daß die Schulleitungen manchenmal die Bundesländer Kärnten, Salzburg, Tirol und Vorarlberg bevorzugen. (Abg. Dipl.-Ing. DDR. Götz: „Weil die Lehrer lieber dort hinfahren!“)

Ich möchte also bitten, daß hier von Seite des Landesschulrates darauf gedrungen wird, daß diese Schikurse in der Steiermark abgehalten werden.

Nun, meine Damen und Herren, Hohes Haus! Ich habe schon eingangs erwähnt, daß wir auf ein sehr schönes und erfolgreiches Sportjahr zurückblicken können. Die Ansätze des kommenden Jahres 1969 versprechen, daß auch das Jahr 1969 ein nicht zu übersehender Meilenstein in

der Geschichte des steirischen Sportes werden wird. (Lebhafter Beifall bei der ÖVP.)

Präsident: Der nächste Redner ist der Herr Abg. Ileschitz. Ich erteile ihm das Wort.

Abg. Ileschitz: Hohes Haus! Meine Damen und Herren! Nach dieser heiteren Viertelstunde erlauben Sie mir, daß ich doch in irgendeiner Form wieder die Situation auf den Ernst der Lage zurückführe.

Ich habe im Rahmen dieser Gruppe 5 schon mehrmals die Möglichkeit gehabt, und das ist praktisch schon zur Tradition geworden, daß ich auch die soziale Krankenversicherung in der Steiermark einer Würdigung aber auch einer kritischen Stellungnahme unterziehe. Die finanzielle Lage am Ende des vergangenen Jahres war für die steirischen Krankenversicherungsträger katastrophal. So hatte z. B. die Steiermärkische Gebietskrankenkasse, die fast die Hälfte aller Steirer zu betreuen hat, einen Abgang von 18,5 Millionen Schilling. Durch die inzwischen eingetretene Erhöhung der Höchstbeitragsgrundlage von 3.000 Schilling auf 3.600 Schilling erhöhten sich zwar die Einnahmen, gleichzeitig wurden den Kassen aber neue Lasten aufgebürdet.

Die 21. Novelle zum Allgemeinen Sozialversicherungsgesetz, die an sich eine Sanierungs-Novelle für die Sozialversicherungsträger hätte sein sollen, hat den Krankenkassen wieder neuerliche Belastungen auferlegt.

So ist festzustellen, daß für Familienangehörige nicht wie bisher 80 Prozent zu bezahlen sind, wobei 10 Prozent der Fürsorgeträger bezahlt hat und 10 Prozent sogenannter Rabatt durch die Landesregierung gewährt wurde, sondern nunmehr ab dem ersten Verpflegstag in den Landesspitälern 90 Prozent und ab dem 29. Tag 100 Prozent zu bezahlen sind.

Also für Verpflegskosten, für die das Land bzw. der Fürsorgeträger aufzukommen hatte, müssen nun die Krankenversicherungsträger aufkommen.

Die Verlängerung des Krankengeldanspruches von bisher höchstens 52 wurde nunmehr auf 78 Wochen festgelegt.

Das Familiengeld betrug vor der 21. Novelle die Hälfte des Krankengeldes, nunmehr müssen zwei Drittel des Krankengeldes bezahlt werden.

Das Taggeld für jene, die sich in Spitälern befinden, das bisher höchstens 10 Schilling als Leistung betrug, wurde nun als gesetzliche Mindestleistung mit der Hälfte des Krankengeldes festgelegt.

Auch wurden einige Leistungen im Falle der Mutterschaft beträchtlich erhöht, wobei mit Beginn des kommenden Jahres eine neuerliche Erhöhung in Kraft tritt.

Für die Heil- und Pflegeanstalten wurden bisher 50 Prozent der amtlichen Verpflegskosten bezahlt, nun verlangt das Land eine Erhöhung auf 75 Prozent.

Die täglichen Verpflegskosten für die Landeskrankenanstalten sind von 1966 von 89 Schil-

ling bis 1968 auf 114 Schilling gestiegen, das sind in Prozenten ausgedrückt 28 Prozent. Meine Damen und Herren, eine Erhöhung der Verpflegskosten um 28 Prozent innerhalb von zwei Jahren! Dabei ist zu berücksichtigen, daß auf Grund der hohen Bettenanzahl, die wir in der Steiermark zum Glück zur Verfügung haben, die Krankenversicherungsträger natürlich enorm belastet sind.

Die Steiermark verfügt ohne Tbc-Betten auf Grund des Bettenberichtes der Krankenanstalten Österreichs für das Jahr 1966, herausgegeben im Jahre 1967 vom Sozialministerium, über 12.167 Betten. Im Vergleich dazu hat Oberösterreich mit 9.889 und Vorarlberg mit 1.727 Betten eine wesentlich niedrigere Bettenanzahl. Somit verfügt die Steiermark im Verhältnis zu den anderen Bundesländern, wie schon betont, über die größte Bettenanzahl auf den Kopf der Bevölkerung gerechnet. Die Zahl der normierten Betten auf 100.000 Einwohner — und ich möchte Sie ersuchen, jetzt ein bißchen aufzupassen — beträgt in der Steiermark 1.082, in Niederösterreich 951, in Oberösterreich 809 und in Wien 1.063.

Mit anderen Worten gesagt, auf den Kopf der steirischen Bevölkerung gibt es viel mehr Krankenbetten in den Spitälern als in allen anderen Bundesländern Österreichs.

Die budgetmäßige Belastung der einzelnen Gebietskrankenkassen für die Anstaltspflege beträgt in Prozenten ausgedrückt für ganz Österreich im Durchschnitt 18 Prozent, in Wien rund 19 Prozent, in Ober- und Niederösterreich zwischen 18 und 19 Prozent, in Vorarlberg 16 Prozent und in der Steiermark 21,06 Prozent. Dies trotz der in Schilling ausgedrückten Verpflegsgeldgebühr von derzeit 114 Schilling. (Abg. Pözl: „Landesrat Sebastian wird Auskunft geben können, warum das so ist!“)

Ich habe schon gesagt, wenn Sie aufgepaßt hätten, Herr Kollege Pözl, dann hätten Sie gehört, daß wir die meisten Betten haben.

Für Leistungen, für die der Bund zuständig ist — Mutterschaftsleistung, Kriegshinterbliebene und Kriegsoffer — werden die Beiträge nur teilweise refundiert, so daß aus den Beiträgen der Arbeiter und Angestellten im Jahr 1967 29 Millionen Schilling von der Steiermärkischen Gebietskrankenkasse aufgewendet werden mußten, um diese Leistungen zu tätigen.

Auch für die Lehrlings-Reihenuntersuchung, die pro Person einen Kostenaufwand von 120 Schilling verursacht, werden nur 32 Schilling refundiert.

So muß die Steiermärkische Gebietskrankenkasse Leistungen für die Allgemeinheit übernehmen und es ist nur recht und billig, wenn, wie bei den Verpflegskosten, auch Leistungen durch die öffentliche Hand getragen werden.

Was beispielsweise bei der Justizverwaltung, der Unterrichtsverwaltung, um nur einige zu nennen, selbstverständlich ist, darf nicht bei der Volksgesundheit verwehrt werden. Die Aufrechterhaltung der Volksgesundheit muß ebenso für die Wirtschaft, wie auch für den gesamten Staat ein Anliegen aller sein.

Eine sehr beträchtliche zusätzliche Ausgabe für die Krankenkassen ergibt sich durch die Tatsache, daß infolge eines Urteils des Verfassungsgerichtshofes die gesetzlichen Bestimmungen, betreffend die Kostenübernahme im Landeskrankenhaus für Psychiatrie und Neurologie geändert wurden.

Die Krankenkassen wurden verpflichtet, hier weit höhere Kosten zu übernehmen als bisher. Während beispielsweise 1967 noch 45 Schilling pro Tag bezahlt wurden, und heuer im Jahre 1968 52,50 Schilling, so werden diese Aufwendungen nach der entsprechenden Tarifkorrektur auf rund 75 Schilling ansteigen.

Für die Jahre 1967 und 1968 ergibt sich überdies eine Nachzahlung in der Höhe von rund 2,6 Millionen Schilling. In diesem Zusammenhang ersuche ich die Steiermärkische Landesregierung, bei der Tarifregelung für 1969 darauf Rücksicht zu nehmen, daß die finanzielle Lage der Kasse gerade infolge der zusätzlichen Leistungen gegenüber den Versicherten und den Vertragspartnern weiterhin sehr angespannt ist.

Erlauben Sie mir, Hohes Haus, einige Ausführungen betreffend die Spitalsverpflegskosten. Gerade derzeit finden wiederum Verhandlungen zwischen den Kassen und der Steiermärkischen Landesregierung als Rechtsträgerin der steiermärkischen Landeskrankenanstalten statt.

Die Forderungen der Landesregierung an die Kassen sind erheblich. Eine Erhöhung von 114 Schilling auf 130 Schilling, wie es die Landesregierung fordert, ist für die Kassen nicht tragbar. (Abg. Pözl: „Da stellt sich der Abg. Ileschitz gegen den Landesrat Sebastian! Landesrat Sebastian hat in der Landesregierung als zuständiger Referent für die Krankenanstalten mitgestimmt!“)

Bei einer Erhöhung von derzeit 114 Schilling auf nur 120 Schilling präliminiert die Steiermärkische Gebietskrankenkasse einen Abgang für das Jahr 1969 von 13 Millionen Schilling. Bei einer Erhöhung auf 130 Schilling würde dies einen weiteren Abgang von 15 Millionen Schilling, somit 28 Millionen Schilling bewirken.

Eine Erhöhung um nur einen Schilling pro Verpflegstag bedeutet für die Kasse einen Mehraufwand von jährlich 1,5 Millionen Schilling, da sie im Jahresdurchschnitt für 72.000 Personen rund 1,5 Millionen Spitalsverpflegstage zu zahlen hat. Hier möchte ich sehr ernst darauf hinweisen, daß die Kasse auch vom Land nicht überfordert werden darf, (Abg. Pözl: „Das Land darf aber auch von den Kassen nicht überfordert werden!“) wenn die Kasse andererseits alle Verpflichtungen gegenüber den Versicherten erfüllen soll. Das Land ist ja nur einer von vielen Vertragspartnern der Kasse.

Ich darf hier, meine Damen und Herren, in diesem Zusammenhang mitteilen, daß gerade heute wieder auf den Tisch der Krankenkasse eine neuerliche Forderung eines Vertragspartners geknallt wurde, die bei Erfüllung derselben eine weitere Belastung von rund 20 Millionen Schilling ergeben würde und zwar eine neuerliche Forderung der steirischen Ärztekammer um Erhöhung von Honoraren. Die bisher-

gen Erfahrungen lassen mich aber hoffen, daß auch hier ein für beide Seiten tragbarer Kompromiß ausgehandelt werden kann, denn man darf dem Land Steiermark, insbesondere den für die Krankenanstalten und für das Landesfinanzwesen zuständigen Regierungsmitgliedern, letztlich aber auch der gesamten Landesregierung, bescheinigen, daß sie die finanzielle Lage der Krankenversicherungsträger, die weitestgehend abhängig ist vom Lohn- und Gehaltsniveau der Beschäftigten in diesem Land, immer real und nüchtern eingeschätzt haben.

Die durchschnittliche Beitragsgrundlage aller ASVG-Kassen Österreichs betrug Ende 1967 bei den Gebietskrankenkassen 2.487 Schilling, bei den Betriebskrankenkassen 2.887 Schilling, bei den Landwirtschaftskrankenkassen 2.265 Schilling. Die Steiermärkische Gebietskrankenkasse steht mit 2.387 Schilling an 22. Stelle aller Krankenversicherungsträger (während es 30 in Österreich gibt) und bei den Gebietskrankenkassen vor allen Dingen an vorletzter Stelle. Hinter Steiermark liegt nur die Gebietskrankenkasse Burgenlands mit einer durchschnittlichen Beitragsgrundlage von 2.303 Schilling.

Die Krankenversicherungsträger verstehen die Schwierigkeiten, die das Land im Zusammenhang mit dem Krankenanstaltenwesen hat. Es ist sehr naheliegend, mit dieser Problematik auf den Bundesvoranschlag 1969 hinzuweisen, in dem z. B. Einnahmen von rund fünf Milliarden Schilling allein aus der Alkohol- und Tabaksteuer präliminiert sind. Im Verhältnis zu dieser Summe sind die Aufwendungen des Bundes für die Krankenanstalten als sehr gering zu bezeichnen. Gerade hier scheint ein echter Ansatzpunkt zur Lösung dieser schwierigen Materie zu liegen. (Abg. Pözl: „Wer soll es also zahlen, nach Ihrem Vorschlag?“)

Wir haben durch Alkohol- und Tabaksteuer gigantische Einnahmen. Wir haben gerade auf Grund des Alkoholismus oder auch durch Erkrankung durch Nikotin usw. gewaltige Leistungen zu übernehmen. Wäre es denn nicht angebracht, gerade hier aus dieser unrealen Summe Geldes, die durch die Erhöhung der Alkohol- oder Tabaksteuer hereinkommt, den Kassen entsprechende Zuschüsse für die ihr aufgelasteten Mehrleistungen zu gewähren? (Abg. Pözl: „Müssen die Krankenkassen nichts bezahlen, Land und Bund aber schon?“)

Schauen Sie, Herr Kollege Pözl, die Krankenkasse wird ja gemolken. Ich möchte Sie sehen, wenn Sie ein Bauernvertreter wären, wenn Sie die Kuh nicht füttern und nur melken. (Abg. Pözl: „Landesrat Sebastian wird genau zuhören, er ist der Ober-Melker!“)

Es ist die Steiermärkische Landesregierung, an die sich unser Appell richtet.

Diese Ausführungen wären als unvollständig zu betrachten, wenn ich nicht aus gegebenem Anlaß — ich meine damit die Budget-Beratung im Finanz-Ausschuß, in dem einige Abgeordnete wahrscheinlich deshalb, weil sie die Materie nicht kennen, Äußerungen machten, die einer Diskriminierung der sozialen Krankenversicherung gleichkommen — gezwungen wäre, entspre-

chende Aufschlüsse zu geben. Vom Sozialversicherungsbeitrag, den der Versicherte leistet, erhält die Krankenversicherung nur 20,18 Prozent, während in den übrigen fast 80 Prozent die Pensionsversicherungsanstalt für Angestellte, die Pensionsversicherungsanstalt für Arbeiter, die Pensionsversicherungsanstalt der gewerblichen Wirtschaft (für bildende Künstler und Tierärzte), die Unfallversicherungsanstalt, die Arbeitslosenversicherung, die Arbeiterkammerumlage, der Wohnungsbeihilfenbeitrag und der Wohnbauförderungsbeitrag enthalten sind. Das alles wird unter dem Begriff Sozialversicherung oder landläufig in der Öffentlichkeit als Krankenkassenabzug bezeichnet. Die soziale Krankenversicherung erhält also nur vom Versicherten einen Beitrag, nicht jedoch von den Familienangehörigen.

Dem Versichertenstand gehören an: die Erwerbstätigen, die Pensionisten, die freiwillig Versicherten, die Arbeitslosen, sowie die Kriegshinterbliebenen, diese jedoch ohne Familienangehörige. Das sind 352.549 Versicherte. Dazu kommen noch anspruchsberechtigte Familienangehörige, für die keinerlei Beiträge bezahlt werden, in der Zahl von 200.000. Somit hat allein die Steiermärkische Gebietskrankenkasse für 552.549 Einwohner, das sind 47 Prozent der steirischen Bevölkerung aufzukommen. Damit ist aber auch klar und eindeutig zum Ausdruck gebracht, daß nicht das Land die Krankenversicherungsinstitute erhält, sondern die soziale Krankenversicherung weit über ihren Rahmen hinaus Leistungen erbringt, die im Dienste der Erhaltung der Volksgesundheit, die ja im Interesse der Öffentlichkeit gelegen ist, Aufgaben erfüllt, die ansonsten das Land oder der Bund zu erfüllen hätten. (Abg. Pözl: „Warum verlangen Sie nicht eine Gebühr für die Krankenscheine?“)

Der Gesetzgeber, das ist die Bundesregierung, hat die Möglichkeit, diesen Vorschlag zu erstatten! (Abg. Brandl: „Da habt Ihr ohnehin die Mehrheit!“)

Sie könnten also von Ihrer Seite die Initiative ergreifen. (Abg. Stöffler: „Wir haben im Sozialversicherungs-Hauptverband diese Frage behandelt, ich war selbst Mitglied. Der verstorbene NR. Böhm war ein großer Anhänger dieses Vorschlages!“ — Abg. Nigl: „Dann soll der Hillegeist das durchsetzen!“ — Zahlreiche weitere Zwischenrufe.)

Meine Damen und Herren! Erlauben Sie mir, daß ich in meinen Äußerungen fortfahre, es haben sich ja noch eine Reihe anderer Redner gemeldet.

Zur Frage des Spitalsbelages erlauben Sie mir noch die Bemerkung, daß 30 Prozent aller steirischen Spitalsbetten nicht von aktiven Versicherten, oder deren Familienangehörigen, sondern von Alterspflegefällen belegt sind, für die auch die Krankenkassen aufzukommen haben.

Viel wurde schon über das Problem der Altenbetreuung in Österreich diskutiert; wie z. B. über die Errichtung von Alterskrankenhäusern. Über die Diskussion ist man jedoch noch nicht hinausgekommen. Jeder weiß, daß hierfür gewaltige Geldmittel neuerlich erforderlich wären, man

nimmt es aber als selbstverständlich hin, daß die so sehr geschmähte soziale Krankenversicherung hierfür voll und ganz aufzukommen hat.

Diese wenigen Hinweise müßten jene, die sich bisher noch keine Gedanken über die Leistungen der sozialen Krankenversicherung gemacht haben, aufhorchen lassen. Es wäre zu empfehlen, sich mit der Problematik und mit der Materie näher zu beschäftigen, bevor man Kritik nur um der Kritik willen übt. (Abg. Pözl: „Ich glaube, der Herr Landesrat Sebastian hat sich genau beschäftigt mit der Materie!“)

Die Selbstverwaltungsorgane in der Krankenversicherung bzw. in der gesamten Sozialversicherung Österreichs arbeiten ehrenamtlich. Arbeitgeber- und Arbeitnehmervertreter und zur Ehre der entsandten Arbeitgebervertreter muß gesagt werden, sie verwalten die Beitragseinnahmen mustergültig. Gerade diese Organe in den steirischen ASVG-Kassen faßten bisher fast lauter einstimmige Beschlüsse.

Sowohl im Vorstand als auch im Überwachungsausschuß der Steierm. Gebietskrankenkasse sind von Arbeitgeberseite maßgebliche Vertreter der steirischen Wirtschaft als Funktionäre tätig. (Zahlreiche unverständliche Zwischenrufe.)

Es käme einer Diskriminierung dieser ehrenamtlichen Funktionäre gleich — und hier schließe ich selbstverständlich auch die Arbeitnehmervertreter mit ein —, wenn weiterhin Kritik in unqualifizierter Form, wie man sie hörte, geübt werden würde. Kritik ist gut und soll gerade in der Demokratie geübt werden, nicht jedoch, wie schon vorhin betont, Kritik nur um der Kritik willen. (Beifall.)

Und nun, Hohes Haus, meine Damen und Herren, zu einem anderen Kapitel. Milliardenbeträge hat das Land Steiermark aus seinen Budgetmitteln bisher zum Auf- und Ausbau der Landeskrankenanstalten ausgegeben und damit eine Leistung vollbracht, die wohl einzigartig dastehend ist.

Im Endstadium des Baues befinden sich die modernste Kinderklinik Mitteleuropas sowie auch die chirurgische Klinik im Bereich des Landeskrankenhauses Graz und trotzdem sind weitere Wünsche, die einer dringenden Erfüllung bedürfen, offen.

Das Landeskrankenhaus für Psychiatrie und Neurologie in Graz ist überfüllt. Man war gezwungen, gegen diese Überfüllung etwas zu tun. Man schuf eine vorübergehende, provisorische Ausweichstation für dieses Sonderkrankenhaus in einem ehemaligen Jagdschloß, das im 15. Jahrhundert errichtet wurde und sich in Messendorf befindet. Über 80 Pfleglinge befinden sich in dieser alten Hütte, die in keiner Form einem Sonderkrankenhaus entspricht.

Diese Pfleglinge, die weniger einer intensiven ärztlichen Behandlung bedürfen und als Arbeitspfleglinge zum Zwecke der Arbeitstherapie bei der Bearbeitung der mit der Anstalt Messendorf verbundenen landwirtschaftlichen Flächen eingesetzt sind, bedürfen dringend einer anderen Heimstätte. Eine Renovierung dieses ehemaligen Jagdschlusses würde mehr an Geldmit-

teln erfordern als der schon so dringend notwendige Erweiterungsbau im Areal des Landes-sonderkrankenhauses Am Feldhof.

Ein Projekt zu diesem Erweiterungsbau, dessen Kosten mit 14 Millionen Schilling beziffert werden, liegt vor und scheint bereits seit dem Jahre 1965 im außerordentlichen Landesvoranschlag auf. Leider konnte dieses Projekt mangels vorhandener Kreditmittel bisher keine Bedekung finden. Erst bei einer Realisierung dieses Erweiterungsbaues könnte die Zweiganstalt Messendorf aufgelassen und sämtliche Pflinglinge in die Hauptanstalt verlegt werden.

Dieser Erweiterungsbau ist ein dringendes Gebot der Stunde. Leider haben aber scheinbar Provisorien den Charakter des Dauerhaften.

Ich ersuche daher das Hohe Haus und die Steiermärkische Landesregierung, im Interesse der in Messendorf untergebrachten Menschen um eine rasche Realisierung des Erweiterungsbaues des Landessonderkrankenhauses für Psychiatrie und Neurologie in Graz. (Beifall.)

Präsident: Frau Prof. Hartwig hat sich als nächste Rednerin zu Wort gemeldet. Ich erteile es ihr.

Abg. Prof. Hartwig: Meine Damen und Herren! Ich habe hier schon sehr viel über die hohen Abgänge der Krankenanstalten reden gehört. Nicht nur hier, auch im Finanz-Ausschuß, nicht nur heuer, auch schon im Vorjahr und im Jahr davor. Ich habe nun einmal versucht festzustellen, was alles auf diesem Gebiet geschaffen worden ist. Ich werde es jetzt ziemlich wahllos nennen. Ich wüßte nicht nach welchem Gesichtspunkt ich es einteilen sollte.

Rottenmann wird ausgebaut, die Gesamtsumme beträgt 40 Millionen Schilling. Es wird dort der modernste Operationssaal der Obersteiermark entstehen. Aussee hat einen Neu- und Erweiterungsbau. Modernste Einrichtungen zur medizinischen Behandlung werden geschaffen. Eisenerz Erweiterungsbau, auch Unterkünfte für die Bediensteten. Wagner — der 4. Bauabschnitt wird in Angriff genommen. Rädkersburg erhält einen Zubau, ca. 6 Millionen Schilling. In Knittelfeld werden Baulücken geschlossen; neue Schwesterndienstzimmer werden geschaffen. Die Stolzalpe hat eine Operationsraumgruppe mit erheblichen Mitteln neu erhalten. Hörgas-Enzenbach, Bruck, Leoben. Ich will nicht mehr die einzelnen Zahlen nennen. In Hartberg ist ein Grund von 6 ha gekauft worden und es wird dort zunächst das Personalwohnhaus für 34 Bedienstete errichtet.

Jetzt zum Schluß möchte ich noch ein paar Worte über das Grazer Landeskrankenhaus sagen. Es ist hier wirklich, fast muß man sagen, eine einzige Baustelle entstanden. Die Kinderklinik, die im Jänner eröffnet werden wird, hat eine Bettenkapazität von 235. 60 Personalwohnungen wird es dort geben. 117 Millionen Schilling wird es kosten. Das Küchengebäude wird umgebaut und erweitert. Die Augenklinik wird einen Erweiterungsbau erhalten. Der ist bewil-

ligt. Die Frauen- und Gebärklinik hat eine Laborgruppe bekommen. Der Bau ist fertig.

Nicht zuletzt ist nun das Internatsgebäude für die Krankenpflegeschülerinnen gebaut und eröffnet worden. Nie seit dem Bau des Landeskrankenhauses im Jahre 1905 (bis 1912) ist so viel auf diesem Gebiet geschehen und gebaut worden wie jetzt.

Wenn man nun auf dem Standpunkt steht, der Referent ist verantwortlich für alle Nachteile, die aufgezeigt werden, dann glaube ich, ist es eine Forderung der Gerechtigkeit zu sagen, es ist auch der Referent verantwortlich für alles das, was Positives auf diesem Gebiet geschehen ist. (Beifall.)

Nun möchte ich noch einige Worte zum Internatsbau zunächst sagen. Die Frau Abg. Egger hat gestern einige sehr heftige Worte der Kritik gefunden. Sie hat z. B. gesagt, nicht der Bau ist das Entscheidende, sondern der Geist, der darin herrscht. Ich bin völlig einverstanden. Ich bin aber auch ebenso überzeugt, daß die Frau Abg. Egger, wenn es keinen Bau gäbe, wohl doch sagen müßte, ein Bau muß her, sonst kann kein Geist darin walten. (Abg. Egger: „Ich habe auch als erste diesen Bau beantragt!“)

Natürlich ist es richtig, daß dieser Bau seit langem beantragt war und daß es heftige Kämpfe darum gegeben hat. Aber der Herr Landesrat weiß das besser und wird sich dazu sicherlich äußern können. Sie haben auch gemeint, die Räume für die Unterbringung der Krankenpflegeschülerinnen seien phantasielos eingerichtet. Ich muß sagen, es gibt hier nur zwei Möglichkeiten. Entweder man richtet phantasielos ein oder unterschiedlich und nicht einheitlich, aber dann kostet das sehr viel mehr und das hätten Sie dann auch beanstandet. (Abg. Egger: „Lauter gleiche Vorhänge und Möbelbezüge, es hätte nicht mehr gekostet, wenn man da etwas variiert hätte, damit man erkennt, das ist mein Zimmer und das ist ein anderes. Das kostet nicht viel, so viel können Sie mir zutrauen, daß ich mich da auskenne!“)

Ich bin überzeugt Frau Abg. Egger. Ich meine nur, wenn die Zimmer phantasielos eingerichtet sind und natürlich ist jede uniformierte Einrichtung phantasielos, aber es hat auch einen Vorteil. Es ist nämlich dann der Phantasie der Bewohnerinnen mehr Spielraum gegeben. Sie können selbst gestalten. Man kann das auch in der Schule in den Klassenzimmern sehen, die sind alle gleich eingerichtet. In gut geführten Schulen sind sie dann phantasievoll von den Kindern ausgestattet. Das gibt es natürlich. Man kann natürlich Kritik üben. Man kann und soll das sogar. Aber ich glaube, wenn wir in dieser Form Kritik üben, dann sagen Sie das ist Miesmacherei, Schlechtmacherei usw. (Zwischenruf von der SPÖ: „Genau!“ — Abg. Egger: „Nein!“)

Doch Frau Abgeordnete. Natürlich. (Abg. Egger: „Ich habe schon Internate eingerichtet!“ — Abg. Fellingner: „Das sagt aber noch nichts über die Güte, Frau Kollegin!“)

Ich bezweifle gar nicht Ihre Kompetenz. Es ist nur ein Anlaß, den ich genommen habe. Es ist ja ein Prinzip. Sie selbst sind ungemein empfind-

lich gegen jede geäußerte Kritik und sagen, das ist Miesmacherei usw. Aber wenn Sie Kritik üben, ist es natürlich sachliche Kritik? Ja, das ist menschlich begreiflich, daß Sie es so empfinden. (Abg. Dr. Kaan: „Dann begreifen Sie es halt!“)

Ich begreife es absolut.

Ein Wort möchte ich noch sagen zur Verweildauer, die auch immer kritisiert wird. Jetzt sage ich etwas aus meiner persönlichen kleinen Erfahrung. Ich habe, zum Glück muß ich sagen, nur zweimal in meinem Leben das Landeskrankenhaus für mich persönlich gebraucht. Ich muß Ihnen sagen, es ist mir in beiden Fällen nicht gelungen, meine eigene Verweildauer trotz heftiger Versuche herabzusetzen, weil der Arzt erklärt hat: Nein, Sie bleiben noch. Die Verweildauer wird von den Ärzten festgesetzt und nicht von den Referenten. Ich habe damals, als ich im Spital war, mich nicht im geringsten um die Verwaltung des Krankenhauses in dieser Beziehung gekümmert. Ich kann nur sagen, der Arzt hat erklärt: Nein, Sie gehen nicht! (Abg. Scheer: „Obwohl Sie gesund waren, Frau Kollegin? Was waren das dann für Gründe? Weil Sie eine so herzige Patientin waren?“ — Abg. Dr. Heidinger: „Sie waren eine angenehme Patientin!“)

Ich habe das Gefühl gehabt, ich könnte gehen. Aber es war einfach nicht so.

Es gibt also doch eines, was man sagen muß. Es ist so viel Neues geschaffen worden, aber das hat eine unausweichliche Folge. Natürlich werden die Ausgaben weiter steigen. Ich wüßte nicht, wie man das verhindern könnte. Wir werden entweder sagen müssen, wir wollen moderne Einrichtungen in unseren Krankenhäusern, wir wollen den Ausbau der Krankenhäuser weiter fördern und wir nehmen einen verhältnismäßig großen Abgang damit in Kauf, weil uns die Gesundheit unserer Bevölkerung einfach eine Verpflichtung ist, oder wir müssen sagen, wir wollen das nicht, wir bauen nichts mehr, es ist uns die Gesundheit das nicht wert. Wir Sozialisten werden diese letzte Schlußfolgerung nicht ziehen. (Abg. Pözl: „Die Wahrheit liegt in der Mitte!“ — Beifall bei der SPÖ.)

Präsident: Der Herr Abg. Prof. Dr. Moser hat das Wort.

Abg. Prof. Dr. Moser: Meine Damen und Herren! Ich glaube, das Referat meiner Vorsprecherin hat gezeigt, daß auch die Sozialversicherung ein unterhaltendes Thema sein kann (Abg. Scheer: „Ein abendfüllendes!“), nicht nur der Sport. Aber ich meine, die Bemerkung „heitere Viertelstunde“ war nicht als Abwertung gedacht. (Abg. Ileschitz: „Eine Aufwertung!“ — Abg. Zinkanell: „Eine Abwertung des Sportes nicht, Herr Abg. Dr. Moser, das ist eine Unterstellung!“)

Sie müssen sich nicht immer gleich so aufregen. Es war eine gutmütige Feststellung. Ich will weder über die Sozialversicherung, noch über den Sport sprechen. Ich wollte ein paar Worte zu dem Kapitel Jugendförderung sagen und zwar zur internationalen Jugendbewegung. Hier han-

delt es sich nicht um vergnügliche Bildungsreisen oder um die motorisierte Variante der alten Wanderjahre. Unter dem internationalen Jugendkontakt begreift man heute die Bemühungen um eine echte Verständigung mit anderen Völkern.

Als einer der Träger dieser Bemühungen im Land Steiermark hat das Jugendreferat der Landesregierung sich z. B. schon seit zehn Jahren bemüht, planmäßig und nicht nur gelegentlich den Jugendaustausch mit Slowenien auf- und auszubauen, mit dem Ziel einer echten Begegnung, mit dem Ziel, den alten, unheilvollen Gegensatz zwischen beiden Grenzvölkern abzubauen. Diese Kontakte waren getragen von Jugendchören, von Volkstanzgruppen, vom Jugendsport, von Jugendclubs der Unesco und von internationalen Jugendarbeitslagern. Für nächstes Jahr wird ein großes Programm ausgehandelt, nach dem Gruppen aus der Steiermark nach Pettau, Cilli, Marburg, nach Laibach und ans Meer fahren werden und slowenische Gruppen bei uns in Steiermark bei verschiedenen Veranstaltungen aus ihrem Volks- und Brauchtum Proben geben werden.

Wir sind immer mehr dazu übergegangen, die Nüchtigungen in den Heimen aufzugeben und die reiferen Jugendlichen bei Familien unterzubringen. Dies hat zu vielen persönlichen Freundschaften geführt. Wir sind in diesen Jahren auch dahin gekommen, daß sich viele Familien besuchen, daß ein enger Briefverkehr besteht und ich glaube sagen zu können, daß die Jugend hier einen namhaften Beitrag zum Frieden an der Grenze, zur Sicherheit unseres Landes und der beiden Völker leistet.

Wesentlich schwieriger, meine Damen und Herren, sind die Kontakte mit Ungarn. Es haben hier Gespräche stattgefunden in einer sehr aufgeschlossenen Atmosphäre; es liegen auch konkrete Ergebnisse vor. Im Frühjahr werden steirische Jugendgruppen einen großen steirischen Abend in Steinamanger geben, es werden ungarische Gruppen zu uns kommen, aber das große Hindernis ist der Eiserne Vorhang, den wir sehr wohl im Theater zu schätzen wissen, von dem wir aber glauben, daß er an einer Grenze ein Rückfall in die Barbarei ist. Im Jahr der Menschenrechte noch unsere Grenze mit Stacheldraht, Minenfeldern und Schießtürmen auszustatten, ist eine Kulturschande. Ich könnte mir vorstellen, daß die Jugend aus eigener Initiative heraus — nicht mit Gewalt — aber mit der Kraft des Herzens ein echtes Loch in diesen Vorhang reißen könnte.

Es wird Sie vielleicht interessieren, daß die Kontakte mit der Tschechoslowakei seit Jahren mit vielen Gruppen erfolgt sind, leider aber im nächsten Jahr wahrscheinlich nicht mehr durchgeführt werden können. Wir haben vor wenigen Tagen vom maßgebenden Mann in der Tschechoslowakei, der diese Kontakte vermittelt hat, einen Brief erhalten, worin er bedauert, uns mitteilen zu müssen, daß im nächsten Jahr diese Kontakte wahrscheinlich nicht möglich sein werden. Es ist bezeichnend, daß er als Schlußsatz geschrieben hat, es wäre sein besonderer

Wunsch, das Weihnachtsfest mit uns und bei uns verbringen zu können.

Natürlich bestehen die Jugendkontakte mit den westlichen Demokratien seit vielen Jahren. Es ist uns gelungen, mit Frankreich im Vorjahr ein großes Austauschprogramm zu verwirklichen. Ich möchte nur erwähnen, daß wir Gelegenheit hatten, das berühmte Sprachlabor in Antibes zu benützen, wo man in sechs Wochen französisch sprechen und lesen lernen kann.

Das ist ein sehr interessantes Experiment, das zu vollem Erfolg geführt hat. So führen die Kontakte der steirischen Jugendgruppen in alle Länder. Wir waren in diesem Jahr in der Türkei, wir waren auch in Finnland. Es gibt kaum ein Land, in dem nicht steirische Gruppen der Jugendverbände, unterstützt vom Land mit finanziellen Mitteln, heuer gewesen sind. Ich glaube, diese Tätigkeit trägt sehr bei zum gegenseitigen Verständnis für die Anliegen und Probleme der anderen Völker und zum Aufbau eines gemeinsamen Europa.

Ich möchte abschließend noch eine Aktion hier erwähnen: „Berliner Ferienkinder zu Gast in der Steiermark.“ Mit über 800 Kindern wurde in diesem Jahr eine neue Spitze erreicht. Man muß vor allem der bäuerlichen Bevölkerung wirklich dankbar sein, daß sie um Gottes Lohn und aus Idealismus ein Kind aus Berlin einen Monat zu sich nimmt. Das sind Kinder, die, wenn sie sich in Berlin aufs Rad setzen, in wenigen Minuten an Stacheldraht, Maschinengewehren und Minenfeldern landen.

Ich glaubé, daß damit eine Aktion seit Jahren verwirklicht wird, die über die Herzen der Kinder eine Brücke baut vom steirischen Grenzland zu der durch eine grausame Mauer schwer geprüften Stadt Berlin. (Allgemeiner Beifall.)

Präsident: Als nächster Redner hat sich der Herr Abg. Laurich gemeldet. Ich erteile ihm das Wort.

Abg. Laurich: Hohes Haus! Meine Damen und Herren! Ich möchte die Ausführungen des Koll. Schrammel unterstreichen und die Bedeutung der Jugendherbergen in unserem Lande ebenfalls hervorheben. In einem Punkte bin ich nicht seiner Meinung, nämlich in dem Punkt, daß man die Schulschikurse zugunsten von Schullandwochen streichen oder einschränken soll. Die Schulschikurse bieten für viele Schüler unseres Landes die einzige Möglichkeit, kursmäßig schifahren zu lernen und das in einem Lande, dessen Name nicht zuletzt durch die Weltmeister und Olympiasieger im weißen Sport in der ganzen Welt bekannt wurde.

Die Begegnungen in den Jugendherbergen sind nicht nur völkerverbindend, sondern die jungen Leute, die Jugendwanderer, die aus der ganzen Welt zu uns kommen, sind ja die Gäste von morgen und daher die besten Propagandisten für den Fremdenverkehr. Sie machen das besser als dies je die besten Prospekte tun könnten. Dies darf ich deswegen sagen, weil ja Schladming lange Zeit die modernste und schönste Jugendherberge Österreichs hatte und weil

wir stolz darauf verweisen können, daß wir seit ihrem zehnjährigen Bestand über 150.000 Nächtigungen zu verzeichnen haben.

Ich erlaube mir nun ganz kurz auf die Ausführungen des Kollegen Ritzinger einzugehen. Kollege Ritzinger erwähnte zum zweiten Mal im Rahmen dieser Budget-Debatte die Sportmittelschule in Schladming. (Abg. Ritzinger: „Ein echtes Anliegen!“)

Es scheint, daß dieses Problem nicht nur den Schladmingern, sondern besonders der ÖVP-Fraktion im Steiermärkischen Landtag auf dem Herzen liegt. Ich möchte das wiederholen, was ich zu diesem Vorhaben als Bürgermeister in meinem Gemeinderat gesagt habe. Wir werden — und das „Wir“ ist die sozialistische Gemeinderatsfraktion in Schladming — jedes Vorhaben nach besten Kräften unterstützen und fördern. Ich möchte dazu sagen, daß der Plan, in Schladming eine zentrale Schule einzurichten, schon vor längerer Zeit mit dem Präsidenten des steirischen Schiverbandes, Derkogner, besprochen wurde. Wir freuen uns darauf, daß dieser Plan nun so weit gediehen ist und so groß gestaltet werden soll, daß aus diesem Sportheim eine Sport-Mittelschule entstehen soll.

Ich darf also wiederholen: Die Stadtgemeinde wird dieses Vorhaben nach besten Kräften unterstützen und wir warten nur darauf, bis das Bundesministerium für Unterricht an die Stadtgemeinde mit dem entsprechenden Ersuchen herantritt. Daß wir die Bereitschaft, dem Bund Aufgaben abzunehmen, schon unter Beweis gestellt haben, geht daraus hervor, daß wir jahrelang, so wie alle Gemeinden des Bezirkes Liezen, die nicht unbeträchtlichen Zinsen für das Darlehen zum Mittelschulneubau in Stainach bezahlt haben.

Es wurde auch erwähnt, daß zum dritten Mal in Schladming heuer der Versuch „Rennsportförderung der Schule“ durchgeführt wird. Wir freuen uns darüber und ich kann mit Freude berichten, daß am 4. November dieses Jahres ein Spatenstich für ein Sportheim getätigt wurde. Dieses Heim wird an die Jugendherberge angebaut und wird 60 Schülern Platz bieten. Es werden neben Vierbettzimmern, modern ausgestatteten Lehrerzimmern auch die entsprechenden Studierräume vorhanden sein und wir wollen also hoffen, daß der Versuch, „Rennsportförderung der Schule“, der so gut eingeschlagen hat, weiter fortgeführt werden kann.

Die Errichtung dieses Sportheimes ist deshalb notwendig, weil die beiden ersten Male die Schüler bei Privatpersonen untergebracht waren und weil die Aufrechterhaltung der Disziplin doch auf gewisse Schwierigkeiten gestoßen ist. In diesem Jahr wurde eine Pension gemietet und 15 Schüler — 14 Haupt- und 1 Volksschüler — sind dort unter Aufsicht einer Hauptschullehrerin in Schladming untergebracht. Dies wollte ich dazu festgestellt haben. Wir freuen uns, wenn der Plan, eine Sportmittelschule in Schladming zu errichten, recht bald Wirklichkeit wird und ich möchte von dieser Stelle aus meine Unterstützung im Namen der Stadtgemeinde ausdrücklich kundtun.

Wir haben aber noch ein anderes Problem auf dem Herzen. Die Bevölkerung und die Fremden des oberen Ennstales sind in allen ärztlichen stationären Versorgungsfällen auf das Diakonissenkrankenhaus in Schladming angewiesen. Die nächsten Landeskrankenhäuser befinden sich in Rottenmann bzw. Bad Aussee oder im Bundesland Salzburg in St. Johann im Pongau. Durch große Opfer hat die evang. innere Mission mit Hilfe des Landes Steiermark, aber auch durch private Sammlungen und Spenden, ein Krankenhaus mit 70 Betten errichtet, das im Jahre 1960 der Bestimmung übergeben werden konnte. Dieses weist einen über 120prozentigen Belag auf. Viele Kranke müssen dort auf den Gängen untergebracht werden. Es ist also viel zu klein und wir haben die Absicht, dieses Krankenhaus zu vergrößern. Den Grund für dieses Krankenhaus hat die Stadtgemeinde Schladming praktisch kostenlos zur Verfügung gestellt. Es ist ausschließlich dem aufopfernden Dienst der Ärzteschaft und der Schwestern zu verdanken, daß trotz dieses Überbelags und der damit verbundenen Schwierigkeiten der Betrieb aufrechterhalten werden kann. Die Schwestern arbeiten um Gottes Lohn und nur durch sparsamste Verwaltung kann der Fortbestand des Diakonissenkrankenhauses gesichert werden. Ich möchte daher wiederholen, daß die Vergrößerung des Krankenhauses, besonders aber der Entbindungsabteilung, im Interesse der gesamten Bevölkerung liegt und auch im Interesse der Fremden ist, die besonders im Winter nach Schiunfällen zum Eingipsen in großer Zahl in unser Krankenhaus kommen.

Ich möchte daher dem Referenten, Herrn Landesrat Sebastian und dem Land Steiermark für die bisherige Hilfe herzlichen Dank sagen und bitten, daß auch der Zubau durch Zuschüsse zu den Baukosten und Beihilfen zum Zinsendienst für die Darlehen, die die innere Mission aufnehmen muß, unterstützt wird und dadurch erst möglich gemacht werden kann. (Allgemeiner Beifall.)

Präsident: Als nächster Redner hat der Herr Abg. Nigl das Wort.

Abg. Nigl: Hoher Landtag! Sehr geehrte Damen und Herren! Ich habe eigentlich ursprünglich nicht die Absicht gehabt zum Thema Krankenkasse und Krankenanstalten oder wenn Sie wollen Gesundheitsdienst Stellung zu nehmen und mich an der Debatte zu beteiligen. Es sind aber dennoch nicht nur Debattenbeiträge geliefert worden, sondern insbesondere auch Zwischenrufe von der Linken gemacht worden (Abg. Zinkanell: „Unerlaubte!“), die es notwendig erscheinen lassen, doch auch ein paar sachliche Beiträge zusätzlich noch zu liefern und gleichzeitig einige Richtigstellungen anzubringen bzw. durch meinen Beitrag auch die Situation in diesem gesamten Thema abzugrenzen. (Abg. Vinzenz Lackner: „Also jetzt nicht mehr provozieren!“)

Ich glaube, daß das deswegen notwendig ist, um nicht den Eindruck in der Öffentlichkeit entstehen zu lassen, als sei der Landtag dafür verantwortlich zu machen, ob die finanzielle Sicher-

stellung der Einnahmen bei den Krankenversicherungsträgern gegeben ist und nicht der Selbstverwaltungskörper der Krankenanstalten selbst. Um es noch deutlicher zu sagen, es ist nicht Aufgabe des Steiermärkischen Landtages dafür zu sorgen, daß sich die finanzielle Seite der Krankenversicherungsträger so gestaltet, wie das dort wünschenswert ist. (Landesrat Gruber: „Was halten Sie davon, wenn die Frau Sozialminister das gesetzlich regelt?“)

Herr Landesrat Gruber, warten Sie ein bißchen. Ich komme gleich auf dieses Thema zu sprechen. Man kann in einem Satz nicht alles sagen.

Aber nun zu einem Zwischenruf, der gekommen ist in der Frage, ob wir eine Krankenscheingebühr haben wollen oder nicht. Schauen Sie meine Herrschaften von der linken Seite, man kann es sich doch nicht so leicht machen, daß man einfach sagt, beschließt ihr die Krankenscheingebühr oder beschließt ihr die Beitrags erhöhungen oder beschließt ihr die Einnahmenseite, weil ihr habt ohnedies im Parlament die Mehrheit (Abg. Pözl: „Und wir kassieren!“), damit mehr Beiträge hereinkommen und die anderen tun verteilen. So einfach kann man sich das nicht machen. Ich kenne genug auch ernst zu nehmende Funktionäre und Abgeordnete der sozialistischen Fraktion nicht nur im Land, sondern auch im Bund, die dennoch diese Sache so ernst behandeln, daß sie auch auf die Einnahmenseite ihrer Gebarung in den Sozialversicherungsträgern ein Auge werfen. Ich denke z. B. an Ihren Kollegen Horr im Parlament, der etwa darauf hingewiesen hat, daß die Beiträge in der Krankenversicherung in der Bundesrepublik Deutschland, so habe ich seine Rede im Fernsehen gehört, 11 Prozent ausmachen, während sie bei uns für die Arbeiter laut ASVG 7,3 Prozent betragen, für die Angestellten 4,8 Prozent, geteilt auf Dienstnehmer und Dienstgeberbeiträge. Ich muß eigentlich annehmen, er will damit sagen, die Versicherungsbeiträge seien in Österreich zu niedrig. (Landesrat Gruber: „Das weiß ich nicht, ob er das sagen wollte, da muß ich ihn erst fragen, was er meint!“)

Das war mein Eindruck, den ich gewonnen habe durch diesen Beitrag, den der Abg. Horr im Parlament in diesem Zusammenhang gesagt hat.

Nun möchte ich auch noch auf ein paar andere Dinge eingehen. Ich verstehe, wenn ein Funktionär einer Krankenkasse echte Sorgen hat um die finanzielle Leistungsfähigkeit der Krankenversicherung und wenn alle Jahre wieder — so könnte man auch in diesem Zusammenhang sagen — hier eine Krankenkassendebatte entsteht. Aber ich glaube dennoch, daß wir in erster Linie als Abgeordnete des Hauses die Aufgabe haben müssen und sollen, daß wir trachten, daß das von uns zu beschließende Budget des vor uns liegenden Jahres in Ordnung ist und nicht darauf zu schauen haben, wie es in den Budgets anderer Institute beschaffen ist. Das ist Angelegenheit derer, die dort sitzen und das müssen sie sich schon selber richten, wenn sie es in Ordnung haben wollen.

Aber trotzdem: diese Debatte um diese Krankenversicherung auch hier im Haus — und ich habe Gelegenheit, nicht nur da immer wieder dabei zu sein — läßt bei mir den Eindruck aufkommen, daß ist eine Katze, die sich schon so sehr in ihren eigenen Schwanz verbissen hat, daß offensichtlich dieser Biß nicht mehr zu lösen ist, weil alle Vorschläge, und seien sie noch so konstruktiv, immer sozusagen an einer Gummwand abprallen und bis heute eigentlich nicht den Erfolg gezeitigt haben, den man daraus erwarten könnte.

Ich habe versucht, in wiederholten Diskussionsbeiträgen auch darauf hinzuweisen, ich habe das auch hier schon im Hause getan, daß man die gesamte Belastung der Krankenanstalten ja doch nicht nur danach zu beurteilen hat, ob jetzt die Einnahmen nur von den Krankenkassen her bestritten werden sollten, sondern doch auch die Lastenverteilung für die Bezahlung dieser Aufwendungen noch nach anderen Gesichtspunkten zu prüfen hätte. Denken Sie, meine Damen und Herren, allein an die Zahl der jährlich sich ergebenden Verkehrsunfälle und der daraus sich ergebenden Belastungen.

Mit einem Beispiel allein möchte ich hier ein Problem aufzeigen, das meiner Meinung nach einer Überprüfung bedarf. Es kann halt auf die Dauer nach meiner Meinung nicht richtig sein und gut gehen, wenn in einem Teilungsabkommen zwischen Krankenversicherungsträgern auf der einen Seite, also Krankenkassen, und den Privatversicherungen auf der anderen Seite, die ihre Beiträge aus einer gesetzlichen Haftpflichtversicherung plus Kasko-Versicherung plus Großschadenversicherung beziehen, so gestalten, daß die Lasten, die aus einem Verkehrsunfall bzw. der Pflege eines Verletzten aus einem Verkehrsunfall mit 60 zu 40 Prozent geteilt werden, das heißt 60 Prozent zahlt die Privatversicherung, ungeschaut, wer also schuld ist bei dem Verkehrsunfall, und 40 Prozent zahlt von Haus aus die Krankenversicherung, obwohl sie vielleicht hier den hundertprozentigen Ersatz dieser Kosten begehren könnte. Hier eine Überprüfung des Teilungsabkommens sich einmal anzusehen oder vorzunehmen zugunsten der Krankenversicherungsträger ist ein wesentlicher Beitrag, den man schon einmal in Erwägung ziehen könnte.

Aber ich will schon Schluß machen, weil ich ja mit der Fülle der Beispiele, die ich auch schon hier — und auch andere von uns — aufgezeigt habe, ohnedies wahrscheinlich heute keine Dauerlösung empfehlen kann, sondern ich möchte vielleicht nur eines noch am Schlusse sagen: Die Frau Abg. Prof. Hartwig hat in der ihr eigenen charmanten Art dem Herrn Landesrat Sebastian sozusagen den Dank präsentiert für die guten Seiten, die wir also alle gemeinsam oder der Steuerzahler sozusagen auf dem Sektor der Krankenbetreuung in der Steiermark leisten. Wenn man also schon diesen Dank für die guten Seiten präsentiert, dann bin ich der Auffassung, müßte man auch noch die Verantwortung für den anderen Teil dazugeben und nicht nur sagen „das Gute ins Töpfchen, das Schlechte ins

Kröpfchen“, das können dann wir fressen. (Landesrat Gruber: „Das besorgen Sie ja reichlich!“)

Also so geht das nicht, sondern da muß man auch — Herr Landesrat Gruber, Sie haben ja mitgestimmt — dazusagen, daß selbstverständlich dieses Ressort — ich nehme an im Bewußtsein der Verantwortung, die es übernimmt — (Landesrat Gruber: „Da nehmen Sie richtig an!“) auch die Krankenhauskosten, den Verpflegungssatz für 1969 mit 130 Schilling täglich eingesetzt hat, dann sagen, wir haben die Pflicht, die Einnahmen so zu setzen, daß wir auch entsprechend über das Jahr 1969 . . . (Landesrat Gruber: „Die Einnahmen werden ja einstimmig immer von der Landesregierung beschlossen!“)

Ja, das wissen wir ja! Weil eben diese Beschlüsse einstimmig gefaßt worden sind, muß man auch dazu stehen, auch vor der Öffentlichkeit und auch dann, wenn es unangenehm ist.

Weil ich glaube, daß wir als Abgeordnete die Pflicht haben, nicht nur Forderungen zu erheben, die ein Verteilen von diversen Dingen leichter möglich machen, sondern weil wir als Abgeordnete dieses Hauses und als frei gewählte Abgeordnete auch die Pflicht haben, die Bevölkerung rechtzeitig auf die Entwicklung verschiedener Dinge auch im Bereich der Spitäler und auch im Bereich der Krankenkassen aufmerksam zu machen. (Beifall bei der ÖVP.)

Präsident Dr. Kaan: Ich erteile Herrn Landesrat Sebastian das Wort.

Landesrat Sebastian: Herr Präsident! Sehr verehrte Damen und Herren! Hohes Haus! In Einmütigkeit ist heute über das Gesundheitswesen hier gesprochen worden und es haben alle Parteien, soweit sie dazu das Wort ergriffen haben, ein Bekenntnis dazu abgelegt, daß das Gesundheitswesen natürlich ein Interesse aller gelegen ist, daß es auch ein Anliegen der Gemeinschaft ist und das ist erfreulich. Es ist ja nicht das erste Mal, sondern wir haben uns immer wieder, trotz mancher Meinungsverschiedenheiten auf diesem Sektor, gefunden.

Ich habe vor vielen Jahren schon darauf hingewiesen, daß nach meinem Dafürhalten die Freiheit und die Gesundheit die höchsten Güter überhaupt sind, die der Mensch für sich in Anspruch nehmen kann und ich bin natürlich auch der Auffassung, daß sowohl für das eine als auch für das andere gewisse Leistungen zu erbringen sind. Ich glaube, darüber gibt es auch keine Meinungsverschiedenheit.

Es ist also nach dem, was hier gesagt wurde und was ich seit Jahren vertrete, das Gesundheitswesen nicht nur ein Anliegen des Einzelnen, sondern es ist ein Anliegen der gesamten Gemeinschaft. Es ist das Gesundheitswesen auch nicht nur ein Anliegen einer Partei in diesem Hohen Hause und es ist das Gesundheitswesen schon gar nicht ein Hobby des damit befaßten Referenten.

Und wenn gesagt wird, wie jetzt vom Herrn Abg. Nigl, das geschieht in Verantwortlichkeit dessen, der es zu führen hat, dann muß ich sagen, „jawohl, meine Damen und Herren“, ich

erwarte von Ihnen nichts anderes als daß sie in der Verantwortlichkeit, die ich mit diesem Referat übernommen habe, aber auch in der Erkenntnis der Notwendigkeit, mir die Dinge in dem Maße zubilligen, als Sie bereit sind, es bei Ihren Regierungsmitgliedern selbstverständlich zu tun. Nicht mehr und nicht weniger dazu.

Wenn der Herr Abg. Heidinger als — wie er sich selbst hier bezeichnet hat — „Sprecher der ÖVP“ zu diesem Kapitel seine Ausführungen damit eingeleitet hat, daß die Gesundheit das wertvollste Gut des Einzelnen sei und auch der Gemeinschaft und daß sich dieses Gut nicht in Zahlen ausdrücken lasse, so stimme ich auch mit ihm überein und Sie könnten im Protokoll nachlesen, daß ich das vor etlichen Jahren hier schon gesagt habe.

Nur im Finanz-Ausschuß, meine Damen und Herren, klang es anders und es wurden an mich sehr wohl die Fragen gerichtet, wie lange können wir uns das noch leisten und wird nicht endlich einmal die Rentabilität des Gesundwerdens von mir diesem Hohen Hause vorgelegt. (Abg. Egger: „Nein, nein!“ — Abg. Brandl: „Genau!“)

Ich nenne keine Namen, meine Damen und Herren. (Abg. Pölzl: „Warum nicht?“)

Das waren die zwei konkreten Fragen an mich! „Wie lange können wir es uns noch leisten“ und „die Rentabilität der Krankenanstalten müsse überprüft werden!“ (3. Präsident Koller: „Wir wollen auch morgen noch die Gesundheit gesichert wissen!“)

Ich habe mich voriges Jahr bemüht, meine Damen und Herren, an Hand von umfangreichem Zahlenmaterial darzulegen, wie schwierig es ist, wie komplex dieses Problem ist und daß es ja damit nicht getan ist, wenn man irgendwo versucht, auf einer Seite einen Zipfel herauszuziehen, sondern das ist ein Problem der gesamten Gesellschaft und des gesellschaftlichen Aufbaues. Man kann nicht nur auf einer Seite irgendetwas tun und glaubt damit, das Gesamtproblem regeln zu können.

Ich möchte zuerst einmal zur Frage „Wie lange können wir uns das noch leisten?“ Stellung nehmen: Meine Damen und Herren! Ich bin weit davon entfernt, sagen zu wollen, daß man nicht ständig das Problem neu überdenken sollte, daß man nicht ständig nach neuen Formen und Ordnungen suchen sollte, weil ja die gesamte Gesellschaft natürlich ständig einem Prozeß der Wandlung unterzogen ist und man sollte natürlich das Maximum dessen dabei herausholen, um auch dem Einzelnen verständlich zu machen, daß dieses hohe Gut „Gesundheit“ etwas kostet. Da treffen wir uns vollinhaltlich.

Es scheiden sich unsere Auffassungen nur dort und dann, wenn ich die Überzeugung habe und vertrete, daß wir uns die Pflege der Gesundheit unserer Menschen sehr wohl auch dann noch leisten werden müssen, wenn wir einmal — ich wünsche es nicht, daß es dazu kommt, gezwungen wären, andere Förderungsmaßnahmen zu kürzen oder einzustellen. Denn wenn ich mich zum höchsten Gut bekenne, nämlich zur Gesundheit, dann muß ich auch die daraus resultierenden Konsequenzen ziehen. Ich hoffe nicht,

daß es dazu kommt, daß wir kürzen müssen. Aber wenn wir einmal dazu gezwungen sein sollten, würden wir als Sozialisten bei der Frage nach der Förderung der Gesundheit den Vorrang geben. (Beifall bei der SPÖ.)

Nun zur zweiten Frage — Rentabilität. Es läßt sich ein Krankenhaus und die Gesundheit, ich darf Sie zitieren, nicht in Zahlen ausdrücken. Wenn für so viele Dinge die Umwegsrentabilität herangezogen wird, dann lassen Sie diese mindestens dort gelten, wo sie am ehesten zutrifft, nämlich bei der Wiederherstellung der Gesundheit des Staatsbürgers, bei dessen Rehabilitation und Wiederzurückführung in die menschliche Gesellschaft als vollwertiges Glied in der Gemeinschaft, indem er fähig ist seine Arbeitskraft wiederum dieser Gemeinschaft zur Förderung des Sozialproduktes zur Verfügung zu stellen. Wir haben weiters durch den Fortschritt in der Medizin erreicht — ich habe voriges Jahr ein Beispiel aus der Vielzahl der Schlaganfälle gebracht —, daß die modernen Medikamente es ermöglichen, daß solche Menschen, die früher dem Siechtum und der Fürsorge anheimgefallen sind, auch wiederum rehabilitiert werden können, daher sich selbst versorgen können und nicht der Fürsorge zur Last fallen. Auch wieder die Umwegsrentabilität indem wir uns Geld bei der Fürsorge ersparen. Ich muß dazu noch sagen, meine Damen und Herren. (Abg. Dr. Eichinger: „Wir verlangen ja keine Rentabilität, aber man muß neue Wege suchen, um das aufrechtzuerhalten!“)

Ich habe Sie ja nicht gefragt, was Sie vertreten haben. Das ist Ihre Auffassung.

Ich bin weiters der Auffassung, daß hier in unmittelbarem Zusammenhang mit der Frage der Rentabilität die Frage steht, was darf ein Menschenleben, was darf seine Gesundheit kosten. Ich darf sagen, wenn wir stolz darauf sind im Zeitalter des Humanismus zu leben — zumindest sagen wir es gelegentlich, es fehlt ja noch einiges — und ich bin dankbar, wenn der Herr Landeshauptmannstellvertreter Dr. Koren heute bei dem Kapitel Kultur gesagt hat, daß die Kultur im weitesten Sinne natürlich auch einschließt die Pflege des Kranken, die Errichtung von Krankenhäusern und er nur ein ganz spezielles Kapitel der Kultur behandelt, dann muß ich es Ihnen sagen, daß natürlich die Kultur und die Wertigkeit eines Volkes nicht nur davon abhängt, wie es seine Museentempel und Denkmäler in Ordnung hält, sondern im weitesten Maße davon mitbestimmt wird, wie es seine Krankenhäuser gestaltet und wie seine sozialen Einrichtungen gestaltet sind. (Beifall.)

Ich kann es Ihnen nicht ersparen, nachdem heute dieses Kapitel nicht ohne Zahlen behandelt werden kann, gerade im Hinblick auf den Abg. Dr. Heidinger, auch mich einiger Zahlen zu bedienen. Ich werde mich bemühen, das nur im geringen Ausmaß zu tun. Sie wissen ja in der Statistik ist es schwierig. Es kommt immer darauf an, von welcher Seite wir die Dinge betrachten. Für das Jahr 1969 haben wir eine Steigerung der Ausgaben um 122 Millionen Schilling gegenüber den Ausgaben des Vorjah-

res. Von dieser Steigerung von 122 Millionen Schilling entfallen 88 Millionen Schilling wiederum allein auf den Personalaufwand. Es bleiben rund 34 Millionen Schilling für den Sachaufwand. Ich muß das sagen, weil von dem Rationalisieren und Einsparen gesprochen wird. Das heißt also, daß die Steigerungen am Personalsektor 62 Prozent ausmachen und nur 36,2 Prozent beim Sachaufwand.

Ich nehme diese 34 Millionen Schilling, die für den Sachaufwand zur Verfügung stehen, her. Davon entfallen, meine Damen und Herren, rund 11 Millionen Schilling auf den höheren Medikamentenverbrauch. Wenn Sie wollen können Sie noch hineinnehmen, daß nicht nur mehr verschrieben wird, sondern daß die Ausgleichsteuer, die von der Regierung, die ja Ihrer Seite angehört, beschlossen wurde, hier uns auch belastet. Weitere 5 Millionen Schilling entfallen allein auf die Verpflegung. 10 Prozent sind Baukostensteigerungen eingetreten, so daß Sie sehen, daß 17 Millionen Schilling rund gerechnet von den 34 Millionen Schilling auf Kostensteigerungen entfallen und daher auch nicht für vermehrte Sachleistungen zur Verfügung stehen. 17 Millionen Schilling sind effektive Vermehrung bei den eingetretenen Preissteigerungen auf allen Gebieten, so daß für den Sachaufwand im kommenden Jahr, wiederum, prozentmäßig gesehen, weniger zur Verfügung steht als im Jahr vorher.

Ich darf zu den Zahlen noch etwas sagen. Ich rede nur approximativ. Unter Außerachtlassung des außerordentlichen Voranschlags kommt auf einen steirischen Bewohner, natürlich ob groß, ob klein, ob alt, ob jung, die Summe von 250 Schilling, die er zur Erhaltung und Führung der steirischen Krankenanstalten ausgibt. Ich glaube, das ist auch noch eine recht vertretbare Summe. Ich muß aber darauf hinweisen, daß bei dieser Steigerung um 122 Millionen Schilling 109 Millionen Schilling als Mehreinnahmen vorgeschrieben sind. (Abg. Pözl: „Wenn die Krankenkassen die 130 Schilling bezahlen!“)

Ich komme noch darauf. Ich werde auf alles antworten. Sie brauchen keine Sorge haben. Das heißt also, daß für das kommende Jahr, nach meinem Dafürhalten, die Einnahmen exorbitant hoch eingesetzt sind, wie immer wir mit den Kassen abschließen werden. Ich glaube nicht, daß wir dieses Mehr erreichen werden, aber ich sage hier das gleiche was ich in der Regierung und im Ausschuß gesagt habe. Ich werde mich mit niemandem mehr streiten, denn der Patient, der kommt und krankenhausbedürftig ist — und diese Bedürftigkeit bestimme nicht ich, sondern der Arzt in seiner Verantwortung — wird aufgenommen, wird gepflegt und behandelt werden müssen. Ich habe also keine Ursache, mich zu streiten in dieser Frage. (Abg. Dr. Eichinger: „Da brauchen Sie doch nicht streiten mit uns, das ist doch selbstverständlich!“)

Ich muß zur Frage der Personalvermehrung einiges sagen. Es hat der Herr Abg. Heidinger versucht in Zahlen darzulegen, wie sehr die Entwicklung auseinandergeht hinsichtlich des raschen Anstiegs der Bediensteten. Das haben

Sie doch getan, Herr Abgeordneter. (Abg. Dr. Heidinger: „Der Aufwendungen!“)

Die hängen ja unmittelbar damit zusammen. Personalvermehrungen ohne Mehraufwendungen haben wir noch nicht erfunden.

Ich darf einmal zum Budget, meine Damen und Herren, folgendes sagen. Die Entwicklung vom Jahre 1960 bis 1969, also die acht Jahre in denen ich die Ehre hatte, dieses Referat zu führen, sind die Ertragsanteile — und ich komme deshalb auf die Ertragsanteile, Herr Kollege Heidinger, weil Sie einmal gesagt haben, na ja, schauen Sie das Budget ist ja nicht die richtige Grundlage. Ich stimme also im grundsätzlichen überein, es gibt Durchlaufer und es gibt in den Ländern verschiedene Dinge. Aber ich habe das überprüft und Sie haben es ja auch angesehen, es variiert halt um einige Prozent, man liegt ein, zwei Prozent daneben. Aber ich habe mich jetzt der Mühe unterzogen, nur die gemeinschaftlichen Ertragsanteile zu untersuchen, die sind also unbestritten, sind ein Kriterium, das in allen Ländern gleich ist, unter Außerachtlassung der eigenen Einnahmen, die landesgesetzlich geregelt sind, Sie wissen ja, das ist ein ganz geringer Prozentsatz bei uns. Die Feuerschutzsteuer nimmt außerdem ohnedies der Herr Kollege Peltzmann allein für sich in Anspruch. (Landesrat Peltzmann: „Ja, Ihnen werde ich sie geben, ha, ha!“)

Ich sage nur, ich könnte sie brauchen, Herr Kollege. Aber darf ich, Herr Kollege Heidinger, um auf Ihre Zahlen zurückzukommen, folgendes sagen. Die Ertragsanteile sind also gestiegen von 1960 bis 1969 — ich erspare Ihnen die absoluten Ziffern — um 246 Prozent. Die Entwicklung der Einnahmen in den Sanitätsanstalten ist in der gleichen Zeitspanne um 256 Prozent gestiegen, also um 10 Prozent höher als die Entwicklung der Ertragsanteile. Das Personal oder die Personalkosten, die ja im ursächlichen Zusammenhang — darüber sind wir uns ja einig — mit der Personalvermehrung stehen, sind in der selben Zeitspanne um 311 Prozent gestiegen und für den Sachaufwand — das ist ja das Kapitel für das ich verantwortlich zeichne — nur 211 Prozent trotz einer Einnahmensteigerung von 256 Prozent. Und der Gesamtaufwand ist um 266 Prozent gestiegen. Ich möchte Ihnen in diesem Zusammenhang nur noch eine Zahl sagen, meine Damen und Herren, daß vor acht Jahren, als ich dieses Referat übernommen habe, 59 Prozent für den Sachaufwand und 41 Prozent für den Personalaufwand notwendig waren und wir halten für den Sachaufwand im nächsten Voranschlag bei 36,2 Prozent. Das heißt also, diese Tatsache der Absenkung des Anteiles des Sachaufwandes bei einer Kostensteigerung von 31,4 Prozent nach dem statistischen Amt der Landesregierung impliziert eine Rationalisierung im höchstmöglichen Ausmaß bei den vorhandenen Krankenhäusern, wo ich jeweils auf die örtliche Situation Rücksicht nehmen muß.

Aber, meine Damen und Herren, ich muß folgendes sagen. Der Faktor Mensch, der zum Ausdruck kommt in der Steigerung der Personalkosten, der Faktor Menschen wird im Kranken-

haus — und hier sind wir auch einer Meinung, Sie haben es ja auch gesagt — immer die dominierende Rolle spielen müssen. Ich habe einmal vor vielen Jahren gesagt, das Fließband kann im Krankenhaus nicht Einzug halten. Ich möchte in der Prophetie nicht mehr so weit gehen, aber ich denke auch nicht daran, daß es einmal dazu kommen wird, daß ein Patient in ein Zimmer kommt und dann sagt eine forschende Stimme durch den Lautsprecher: „Ziehen Sie sich aus, stellen Sie sich auf die Waage, lassen Sie sich messen, urinieren Sie dort und dann schlucken Sie das Jod und dann legen Sie sich unter den Geigerzähler, wenn das durch ist, das Resultat, dann legen Sie sich auf Fließband 3 Operationsaal und geben Sie vorher Ihre Sterbepolizze bekannt.“

Soweit glaube ich nicht, daß es kommt, meine Damen und Herren. Aber ich war heuer in Oakland bei der Kaiser-Foundation und ich würde gerne wissen, was unsere Bevölkerung dazu sagt. Die Kaiser-Foundation macht für 125.000 Bedienstete Präventivuntersuchungen. Ich habe die Unterlagen hierüber mitgenommen und sie auch der hiesigen Krankenkasse zur Verfügung gestellt. Der Patient kommt hinein, bekommt einen Bogen in dem er Fragen auszufüllen hat und zwar 46 Fragen an der Zahl mit einem Kreuz zu kennzeichnen, dann kommt das in einen Computer, dieser Computer schränkt die Krankheitsherde auf bestimmte Zentren ein. Nach der Beantwortung dieser Fragen werden die Untersuchungen nicht von Ärzten, sondern vom medizinisch-technischen Personal vorgenommen, weil man sagt, die haben eine viel höhere Perfektion, weil sie immer das Gleiche machen, als ein anderer. Dann erst kommt das Ergebnis wieder in einen Computer und dann wird es zwei Fachärzten vorgelegt, die schauen die Computerergebnisse an und bestellen sich dann denjenigen, von dem sie glauben, daß er tatsächlich einer ärztlichen Untersuchung würdig ist und einer solchen bedarf. Ich weiß nicht, was unsere Bevölkerung dazu sagen würde, wir sind noch nicht so weit, habe ich das Gefühl.

Aber, meine Damen und Herren, zur Kostensteigerung schlechthin. Ich habe voriges Jahr versucht, in einer sehr banalen Aufzählung darzulegen, welche Maschinerie in Gang kommt, wenn sich irgendwo ein Verkehrsunfall ereignet. Von der Rettung bis ins Krankenhaus, den Operationssaal und die Küche, über Gendarmerie, Rotes Kreuz bis zur Gerichtsverhandlung und den Versicherungen. Welch ein Apparat da hier in Bewegung kommt. Der Herr Kollege Wegart war es, der darauf hingewiesen hat, wie sehr sich der Prozentsatz von den Produktivkräften zu den Kräften der übrigen Leistungen verschiebt, hier sehen Sie also diese Maschinerie. Und ich darf heute auf zwei andere Kapitel hinweisen. Ich habe eine Statistik bekommen, meine Damen und Herren, natürlich wie jede Statistik, nicht vollständig. In dieser Statistik wird errechnet, daß es in Österreich ungefähr 1 Million bis ungefähr 1.2 Millionen Schifahrer gibt. Man nimmt an, daß diese Schifahrer mindestens 10 Tage während eines Winters Schilau-

fen. Dabei ereignen sich 88.000 Unfälle verschiedenster Natur und davon sind wiederum 25 Prozent schwere Unterschenkelbrüche. Ja, die Tatsache, daß heute der Mensch nicht mehr den Berg hinaufgeht und dabei seine Muskeln erwärmt, sondern mit dem Lift hinauffährt und oben ausgefroren ankommt und Schuh und Schi und Fuß eine Einheit bilden, führt zu einer größeren Zahl komplizierter Beinbrüche — gerade jetzt haben sie überall die Reklame, daß man die Sicherheitsbindung überprüfen lassen sollte — es wird nämlich von den Ärzten festgestellt, daß ein solcher komplizierter Unterschenkelbruch 18 Wochen für die Heilung erfordert, davon mindestens vier Wochen Krankenhausaufenthalt. Jetzt multiplizieren Sie das mit den Krankenhauskosten, dann können Sie errechnen, was die Behandlung und Nachbehandlung kostet, was an Familiengeld und Krankengeld auszubehalten ist und Sie kommen unter Berücksichtigung dessen, was der Wirtschaft an Lohnentgang entgeht, auf die runde Summe von 280 Millionen Schilling, meine Damen und Herren.

Etwas, was für unsere Hausfrauen von Interesse sein wird, und zwar untersuchen wir, wie hoch und wie schwer die Anzahl der Unfälle im Haushalt ist, weil wir feststellen, daß die Unfälle im Haushalt fast an die Höhe der Betriebsunfälle herankommen. Wenn es früher schlechthin überwiegend war, daß sich die Hausfrau verbrannt, verbrüht oder geschnitten hat, ist heute die Küche der Maschinenraum einer modernen Wohnung. (Abg. Egger: „Das stimmt!“)

Ich bin glücklich, einmal mit Ihnen übereinzustimmen, gnädige Frau. Angefangen von den Kunstböden und den hochpolierten Böden über die diversen Elektromaschinen und Einrichtungen die es gibt, meine Damen und Herren, die zu einer Unfallsziffer und zu einer Schwere von Unfällen führen, die man im Haushalt gar nicht vermuten würde.

Ich möchte, meine Damen und Herren, nun noch ein paar Fragen, die an mich gerichtet wurden, oder Kritik, die berechtigterweise oder nicht berechtigterweise geübt wurde, beantworten, oder den Versuch unternehmen, aufklärend zu wirken. (Abg. Pölzl: „Nur berechnete Kritik!“)

Wenn ich vorhin sagte oder Sie replizierte, Herr Abgeordneter Dr. Heidinger, wegen des Anstiegs des Personals gerade in den letzten Jahren, so müßten Sie mindestens miteinbeziehen die Tatsache, daß die geistlichen Schwestern — und ich habe das wiederholt in diesem Hohen Haus gesagt — selbstlos und nur für das Danke schön freiwillig fünf und sechs Jahrzehnte am Krankenbett gestanden sind und auch nicht eine bestimmte Arbeitszeit vorgeschrieben hatten. Weil diese Schwestern keine Einzelentlohnung hatten, hat das Land an das Mutterhaus einen bestimmten Betrag bezahlt und dieser Betrag war, nachdem Sie das Schema der öffentlichen Entlohnung kennen, vor sechs Jahren, als wir das das erste Mal geregelt haben, 80 v. H. der Verwendungsgruppe E. Dann haben wir das auf 90 Prozent erhöht und dann auf 100 Prozent. Diese geistlichen Schwestern werden immer weniger. Sie wissen, daß wir mit weltlichem Per-

sonal, welcher Schwesternschaft sie immer angehören, Einzelverträge abschließen und sie in C entlohnen müssen.

Alein daraus sehen Sie das notwendige, gezwungenermaßen erhöhte Anwachsen des Personalbedarfes. Der Herr Kollege Wegart war so freundlich und hat darauf hingewiesen, wieviel oder wie wenig vom jetzigen Standpunkt her gesehen Bedienstete im Jahre 1929 im Krankenhaus Graz gewesen sind. Meine Damen und Herren, es waren, glaube ich 676, wie der Herr Kollege Wegart angegeben hat. 40 Jahre — überlegen Sie, welche Verfachlichung, welche Spezialisierung in den letzten 40 Jahren auf dem Sektor der Medizin Platz gegriffen hat, und ich kann trotz allem, daß es uns teuer erscheinen mag, was wir für das Personal ausgeben, sagen, daß wir noch immer billig arbeiten im Vergleich zu internationalen Erfahrungswerten, weil es nämlich Spezialabteilungen gibt, wo auf 0,7 Patienten — so etwas gibt es halt in der Statistik — schon ein Pfleger kommt und daß bei Intensivstationen auf 0,5 Patienten schon zwei Bedienstete kommen. Wir haben noch immer eine hervorragende und aner kennenswerte Dienstleistung unseres Personals.

Zur Verweildauer: Man ist der Auffassung, die Verweildauer in der Steiermark ist zu lange. Ich bin Laie. Ich werde mich mit keinem der Herren, die hier davon gesprochen haben, auf einen Streit einlassen. Ich bin der Auffassung, daß das, nachdem wir mit den Ärzten und mit den Primarii Verträge abgeschlossen haben, in die ausschließliche Verantwortung des Arztes fällt und ich muß annehmen, daß der Arzt in Ausübung seiner Dienstverpflichtung dem Land gegenüber und seiner Kenntnisse als Arzt wissen muß, ob und wann er einen Patienten entlassen kann. Ich werde keinen Erlaß herausgeben, es sei denn, der Hohe Landtag beschließt, daß die Verweildauer gekürzt werden muß.

Die Auffassung ist natürlich auch hinsichtlich der Verweildauer verschieden. Wenn Sie das Gutachten des deutschen Krankenhausinstitutes durchlesen, werden Sie sehen, daß das Institut absolut zur Auffassung kommt, daß bei uns die Verweildauer kurz ist. Mir erscheint sie auch relativ lang und ich stehe nicht an zu sagen, meine Damen und Herren, daß natürlich ein Mißbrauch sicherlich da und dort getrieben wird, ja, daß wir sogar in manchen Fällen auf die Dinge draufkommen. Es ist halt so, daß es am Menschen liegt, ob er soziale Einrichtungen mißbraucht oder nicht. Wieder darf ich nur ein paar Worte von meinem Besuch in Amerika sagen, ich habe viele Kliniken und Spitäler besucht. Dort ist das andere Extrem zu beobachten, nämlich, daß die Leute nicht krank werden dürfen, weil das Krankwerden den Ruin einer ganzen Familie bedeuten kann und die sind stolz darauf, daß sie jetzt teilweise die Sozialversicherung für den alten Menschen eingeführt haben. Nun sagten Sie, man würde, wenn man die Verweildauer kürzt, dazu kommen, daß man mit dem Hausarzt (mit dem Bart), der einen kennt vom Kleinkind bis zum Urenkel, das Problem lösen könnte.

Ich glaube, meine Damen und Herren, das

Problem des Hausarztes, des praktischen Arztes, der Behandlung zu Hause, ist nicht nur ein soziales Problem, weil es eben den Familienverband nicht mehr gibt und weil es die Großfamilie nicht mehr gibt und das Pflegen des einen durch den anderen. In viel höherem Maße gibt es den Hausarzt nicht mehr, weil es heute auch den Arzt nicht mehr gibt, der schlechthin wie früher den ganzen Menschen umfaßt. Durch die Verfachlichung, durch die Spezialisierung der Medizin, durch die medizinisch-technischen Geräte und Einrichtungen ist der praktische Arzt einfach gezwungen, daß er entweder in einer Bezirksstadt, wo es eine Reihe von Fachärzten gibt, wie das üblich ist, den Patienten zu einigen Fachärzten schickt, um dann die Untersuchungsergebnisse zu bekommen und die Diagnose zu stellen oder, wie es in zunehmendem Maße häufig wird — und das sehen wir bei den Ambulanzgebühren und beim Ansteigen der Ambulanzziffern — daß er einfach den Patienten ins Krankenhaus schickt, weil dort die Einrichtungen vorhanden sind, die er sich selbst nicht leisten kann in ihrer Vielfalt und in der Art der Kosten, die dabei entstehen würden. Da liegt das Problem, daß es den Hausarzt nicht mehr gibt, und daneben natürlich auch, daß niemand mehr da ist, wenn beide Teile arbeiten, der bereit ist, jemand anderen zu pflegen.

Ich hoffe, Herr Abgeordneter Dr. Heidinger, daß ich zumindest versucht habe, von meiner Warte her die Dinge, soweit wir in Widerspruch sind, aufzuklären. Es gibt eine Reihe von Dingen, wo wir absolut übereinstimmen.

Der Herr Abgeordnete Scheer hat an mich die Frage gerichtet, ob ich mir die Rationalisierung — und das steht auch mit dem, was Sie gesagt haben im Zusammenhang — die wir uns im Krankenhaus Graz vornehmen, so vorstelle, daß mit fünf A-Posten begonnen werden soll, die im Dienstpostenplan neu sind und ob das Proporzposten sind. Ich weise das in aller Schärfe zurück, Herr Abgeordneter Scheer. (Abg. Scheer: „Aber drinnen sind sie!“)

Nicht über Wunsch und Antrag der Rechtsabteilung 12, ich möchte das eindeutig klargestellt haben. Wir haben als Rechtsabteilung 12 auf Grund des Untersuchungsergebnisses des deutschen Krankenhausinstitutes einen Antrag der Regierung zur Beschlußfassung vorgelegt, daß die Rechtsabteilung 1 mit der Rechtsabteilung 12 gemeinsam einen Mann ausfindig machen soll — es liegt hier ein eindeutiger Regierungsauftrag und Beschluß vor — der der Rechtsabteilung 12 direkt unterstellt wird und der die Arbeiten für diese so notwendigen Rationalisierungen vornehmen soll. Dies im Einvernehmen mit einem Ausschuß, der eingesetzt worden ist. Ich möchte, mir ersparen, näher auf die Dinge einzugehen. (Abg. Scheer: „Warum?“)

Aber es scheint das sehr schwer zu sein. Ich werde jedenfalls, wenn es notwendig ist, auch hier im Hause berichten, weil ich mich dagegen wehre, daß man auf der einen Seite sagt, beim Personal steigen die Kosten und daß man andererseits — diese fünf Posten (Hofratsposten) machen 700.000 Schilling im Jahr aus — solche

Posten, ohne daß sie von uns angefordert werden, schafft und den Kleinen unten allenfalls beim Rationalisieren unter die Räder kommen läßt. Die Rationalisierungskommission soll sich nach meinem Dafürhalten mit den Möglichkeiten, mit dem System, das eingeführt werden soll, mit den Maschinen und mit der Buchungsart befassen, und wenn wir uns dann zu einem System geeinigt haben, dann werden wir auch die entsprechenden Dienstposten beantragen. (Abg. Vinzenz Lackner: „Waren das Gefälligkeitsposten?“)

Ich habe für dieses Gutachten, das wir vom deutschen Krankenhausinstitut eingeholt haben, die gleiche Auffassung wie für die Gutachten, die es beim Stahl gibt. Zuerst muß man wissen, was man will und dann macht man es. Damit Sie nur wissen, wie es einem als Referent gehen kann. (Abg. Pözl: „Arm!“)

Ein Beispiel: Da kommt sich plötzlich einer vorstellen und sagt, ich komme von der Rechtsabteilung 1, ich bin der neue Direktionsassistent.

Ich habe keinen angefordert, aber ein Direktionsassistent steht nämlich auch im Dienstpostenplan drinnen. So sehen die Dinge aus, man muß das auch aussprechen. Jedenfalls verwahre ich mich dagegen, daß ein Proporzposten von mir gefordert wurde.

Das Zweite, meine Damen und Herren, das Krankenhaus Leoben. Sie haben, meine Damen und Herren, das Gutachten des deutschen Krankenhausinstitutes vor sich liegen. Ich habe damals, als wir den Beschluß gefaßt haben, wesentlich auch den Hohen Landtag davon in Kenntnis gesetzt und, damit man nicht gerade im Hinblick auf die Situation in diesem Krankenhaus sagt, ja, ja, natürlich Leoben, das deutsche Krankenhausinstitut eingeschaltet, obwohl zur Zeit, als ich dieses Ressort übernommen habe, von der Fachabteilung für das Gesundheitswesen im Jahre 1960 Berichte vorlagen, die darin gipfelten, daß sie gewisse Verantwortungen auf Grund der Situation in der Kinderabteilung ablehnen.

Nun die Frage, was geschehen soll, ist in der Presse veröffentlicht worden, die Landesregierung hat den grundsätzlichen Beschluß gefaßt in Leoben ein Bettenhaus zu bauen, für die Kinderabteilung, für die Chirurgie, für die interne Abteilung. In diesem Bettenhaus soll unterhalb, also in den Tiefgeschossen die Küche untergebracht werden, die derzeit zu klein ist, es soll die Pathologie untergebracht werden, es soll die Verwaltung entsprechend untergebracht, Sozialräume geschaffen werden und alle diese Dinge, weil das Krankenhaus nach dem Krankenanstaltengesetz ja bei 500 Betten schon eine eigene Prosektur haben müßte, wir haben über 600 Betten und haben keine Prosektur, um nur eines der Dinge herauszugreifen. Soweit ist der Stand und ich hoffe, daß die Landesregierung, wenn das Budget beschlossen ist, den Beschluß faßt, die Detailplanung und -projektierung zu vergeben und daß dann dieses Krankenhaus in Angriff genommen werden kann.

Der Herr Abg. Scheer hat weiters gefragt, was also zu tun ist mit dem Landärztemangel. Das

liegt nicht in meinem Kompetenzbereich. Es wird in zunehmendem Maße schwieriger, wir haben an sich nach der Ärzteezahl — ich habe das auch schon gesagt — nach Israel die beste Ärzteversorgung (Abg. Scheer: „Noch!“), nur ist die Situation sehr ungerecht und ich weiß also nicht, wie das Problem zu lösen sein wird, wenn im zunehmenden Maße niemand mehr bereit ist, irgendwo draußen am Land Dienst zu tun.

Und nun zur Frage der Transplantationen, der Organtransplantation, namentlich also der Verpflanzung des Herzens, Herr Abg. Scheer. Es ist richtig, die Kleine Zeitung hat darüber geschrieben, ich habe Sie, meine Damen und Herren, eingeladen gehabt, ein Teil von Ihnen hat ja dieser Einladung Folge geleistet, sich im Krankenhaus einen Film über eine Operation mit der Herz-Lungen-Maschine, wo ein Herzventil operiert wird, anzusehen. Wir haben 1962 mit den Operationen mit der Herz-Lungen-Maschine begonnen. Ich bin im Finanz-Ausschuß gefragt worden, na ja ist es notwendig, daß man so eine Herz-Lungen-Maschine z. B. in Graz hat. Es wurden immerhin seit der Installation dieser Herz-Lungen-Maschine über 600 Operationen durchgeführt, davon 300 mit Einsatz der Herz-Lungen-Maschine bei einer Mortalitätsrate, die weit unter dem internationalen Schnitt liegt, nämlich bei sechs Prozent.

Und nun zur Frage, können Transplantationen, also Herzübertragungen vorgenommen werden? Hiezu muß ich folgendes sagen. Nach meinem Dafürhalten und nach Aussprache mit Herrn Prof. Spath als Chef der 1. Chirurgischen Abteilung, kann ich sagen, daß einrichtungsmäßig, gerätetmässig, instrumentenmässig, aber auch von der Operationstechnik und vom ärztlichen, vom fachlichen Können her diese Herzübertragungen auch bei uns gemacht werden könnten. Es spricht nach meinem Dafürhalten, meine Damen und Herren, für das hohe ärztliche Ethos, für das Verantwortungsbewußtsein des Ärzteteams mit Prof. Spath an der Spitze und seinen Ärzten, daß sie nicht nach spektakulären Operationen und Erfolgen streben, sondern, daß sie im Bewußtsein dessen, daß die postoperative Behandlung, von der heute schon gesprochen wurde, die Überwindung der biologischen Schranken, die Verhinderung des Abstoßens von fremden Geweben, das noch nicht befriedigend gelöst ist, vorerst von solchen Operationen absehen. Es zeigt sich ja, daß die Mortalität sehr groß ist. Es gibt seit dem 3. Dezember des vorigen Jahres, als Waschkanski, der erste Patient vom Prof. Barnard, operiert wurde, 100 Herzübertragungen, wovon 50 tödlich geendet haben. Das heißt also, daß der Einsatz noch ein viel zu hoher ist und ich glücklich bin, wenn ich weiß, daß die 1. Chirurgie und das Ärzteteam sich zuerst noch im Ausland schult, im Ausland an Operationen teilnimmt und vorerst über Tierversuche nicht hinausgeht. Ich bin überzeugt, daß eines Tages auch bei uns solche Organverpflanzungen erfolgen werden. Aber, meine Damen und Herren, bleiben wird für uns die transzendente, die psychologische und die rechtliche Frage dieses Problems. Die wird uns und die

wird die Öffentlichkeit auch weiterhin noch befassen.

Der Herr Abg. Ileschitz hat zu dem Problem „Pflegegebühren“ gesprochen, ich habe schon gesagt, das ist ein sehr komplexes Problem, man kann es nicht von einer Seite sehen. Und Sie Herr Abg. Pözl waren ja so nett und haben Zwischenrufe gemacht. (Abg. Pözl: „Das war die andere Seite!“)

Ich möchte in aller Bescheidenheit für mich in Anspruch nehmen, ich bin bereit, Verantwortung zu tragen und ich sitze 20 Jahre in diesem Hohen Hause und ich bin auch Abgeordneter, nicht nur Regierungsmitglied, ich trage also meinen Teil der Verantwortung, wie es hier Ihr Generalredner gesagt hat, auch. Ich bin auch bereit, die Verantwortung zu übernehmen, wenn wir sagen, die Krankenkasse hat 130 Schilling zu bezahlen. Aber so einfach geht es nicht, daß man bei dem, was positiv ist, was geschaffen wurde, sagt, wir, wir haben ja die Mehrheit, aber bei dem was unpopulär ist, sagt, ja das ist ja der Referent. Ich bin bereit, meine Verantwortung zu tragen, darauf können Sie sich verlassen.

Nun zu dem Problem, der Frage der Alterskrankenhäuser. Ich muß zum wiederholten Male sagen und ich bitte Sie darum, nicht von Alterskrankenhäusern zu sprechen, weil wir ein Krankenhaus nicht a priori stigmatisieren sollen, das gibt den Geruch eines Präkrematoriums. Der alte Mensch will das Bewußtsein haben, daß er mindestens in ein ebensogut ausgestattetes Krankenhaus kommt, wie jeder andere Bürger. Und er kommt ja auch in ein solches, es darf dort nichts an Einrichtungen fehlen. Daher sollte man auch . . . (Unverständlicher Zwischenruf.)

Nein, das ist ein Irrtum, ich habe nie solche beantragt, lesen Sie die Protokolle, ich habe mich gewehrt auch gegen die Ärzte und ich habe die Zustimmung des Herrn Prof. Fellingner früher gefunden, wie die Zustimmung unseres Herrn Zentraldirektors, daß man nicht von Alterskrankenhäusern sprechen soll. Es gibt im Gesetz die geriatrischen Krankenhäuser, das sind ganz bestimmte Krankenhäuser, denn eine geriatrische Erkrankung kann auch ein 27jähriger Mensch kriegen. Das ist ein Problem, und ich sage noch einmal, meine Damen und Herren, das ist nicht nur ein soziales Problem, das ist ein soziologisches Problem und hängt mit dem zusammen, das so oft besprochen wird und zwar mit der Situation der alten Menschen, um die sich niemand kümmert, die verlassen sind, die pflegebedürftig sind und die, wenn sie eben akut erkranken, in ein Krankenhaus kommen müssen.

Messendorf, Herr Abgeordneter Ileschitz, ist mir eine Herzenssache. Der Rechnungshof war wieder hier. Vor vier Jahren hat Herr Primarius Dr. Stepantschitz darauf hingewiesen. Es ist immerhin so, daß das Landesnervenkrankenhaus im Jahre 1973 sein 100jähriges Bestehen feiern wird, und ich hoffe — und ich habe ja schon festgestellt — daß es möglich sein wird mit Ihrer Unterstützung und durch Ihre Beschlußfassung, meine Damen und Herren, die Mittel für die Errichtung eines Bettenhauses zur Verfügung zu stellen.

Zu Schladming, Herr Abgeordneter Laurich: Im Rahmen des Möglichen unterstützen wir das Diakonissenkrankenhaus, wir haben es ja direkt gefördert mit der Hingabe von Geld, wir finanzieren ja zumindest den Zinsendienst für ein aufgenommenes Darlehen und es wird sicherlich, wenn die Möglichkeit besteht, auch zu einem Zubau kommen. Die Herren waren vor einiger Zeit schon bei mir. Ich habe ihnen schon gesagt, daß für die Privatkrankenanstalten nur zwei Millionen an Subventionsmitteln insgesamt zur Verfügung stehen.

Der Herr Abgeordnete Nigl hat wiederum von den Verpflegungsgebühren gesprochen. Ich verschließe mich nicht, ich sage das noch einmal, meine Damen und Herren. Ich bin der festen Überzeugung, daß nur in einer sinnvollen Ordnung des einzelnen, der Sozialversicherungsträger und Versicherungsinstitute eine Lösung liegt. Ich habe Ihnen ja gesagt, Herr Abgeordneter Nigl, daß z. B. das Problem der Refundierung von Versicherungen eine bundesgesetzliche Frage ist, die studiert wird und ich kann jedem der Damen und Herren hier sagen, nicht nur bei uns in der Steiermark, nicht nur in Österreich, sondern fast in der ganzen Welt fragt man sich, wie kann man die Probleme, die mit der modernen Auffassung der Medizin auf uns zukommen, lösen. Sie brauchen nur den Mann, den Sie an die Spitze gestellt haben bei Ihrer Aktion 20, Herrn Prof. Fellingner, eine Kapazität mit einer Strahlungskraft weit über unsere Grenzen, fragen, und er sagt Ihnen auf den Kopf zu, meine Damen und Herren: In den nächsten Jahren bis zum Jahre 2.000 werden sich die Abgänge mindestens um das Vierfache erhöhen. Es wird also nicht nur meine Sorge, sondern die Sorge aller Damen und Herren, die hier in diesem Hohen Hause sitzen, sein, wie man die Probleme lösen kann.

Ich darf nur zum Schlusse, meine Damen und Herren, noch eines sagen: Ich war gestern leider nicht hier, als die Frage der Errichtung dieses Internates, das jetzt vollendet wurde, behandelt wurde. Frau Abgeordnete Egger, ich habe nur im Zwischenruf schon einiges gehört und ich habe draußen, weil ich nicht hineingehen konnte, gehört, was Sie darüber gesagt haben. Sie haben, Frau Abgeordnete, gemeint, es sei zu groß. (Abg. Egger: „Es ist nicht zu groß für den Bedarf, sondern nach pädagogischen Grundsätzen zu groß!“)

Ja, ja, zu groß ist es. (Abg. Egger: „Nach pädagogischen Grundsätzen!“)

Zu groß ist es, das ist gar keine Frage. Wenn Sie ein bisserl gewartet hätten, hätten Sie sich den Zwischenruf erspart. Aber weil ich Sie ja mit so viel Interesse immer verfolge und Sie mir so zugetan sind in all den Fragen, fühle ich mich einfach verpflichtet, Ihnen eine Antwort zu geben. Ich habe ein kleineres beantragt, Frau Kollegin, und habe gemeint, man sollte die Kinderkrankenpflege und Säuglingspflege von der Großkrankenpflege trennen, und man hat geglaubt, das ist ein Politikum und hat gesagt, da muß noch eine Scheibe dazu, damit alle Platz haben; damit Sie hinsichtlich der Größe im Bilde sind.

Das Zweite: Es haben schon Damen darüber

gesprachen, ob das phantasievoll ist oder nicht. Billigen Sie mir als Mann zu, daß ich wenig davon verstehe und erwarten Sie von mir als Referent nicht, daß ich hinausgehe und schaue, in welchem Zimmer welcher Vorhang hängt. Was kann ein Referent in dem Falle tun? Er holt sich den Schulleiter, die Schuloberin beider Schulen, die Internatsleiterin, die Lehrschwwestern, die Hausschwester, Architekten, Bauleute — es sitzen sogar welche hier — und dann haben wir vier Zimmer eingerichtet und sind durchgegangen, damit man sagen kann, was paßt und was nicht. Gepaßt hat nichts. Da waren einige Damen dabei, die Mehrzahl, und da ist es ein bisserl schwierig — das ist gar nicht negativ, sondern sie sind halt ein bisserl kritisch. (Abg. Scheer: „Wie die Juristen!“)

Dann habe ich gesagt: Nun sagt uns, was man von wo nimmt. Stellen wir es neu zusammen. Und das haben wir dann getan in voller Übereinstimmung. Ich habe gesagt, ich lasse euch noch Zeit bis nächste Woche, dann sagt, was ihr wollt. Das Resultat ist draußen, und ich kann nicht annehmen, daß alle die Damen, die Hausfrauen sind, die Pädagogen sind, die auch etwas verstehen, akkurat etwas zum Trotz getan haben, Frau Abgeordnete Egger. Ich bin überzeugt, daß sie nach bestem Wissen und Gewissen gehandelt haben. (Abg. Karl Lackner: „Das ist auch was!“)

Die Frage der Heimordnung. Sie dürfen nicht glauben, daß ich mich hingesetzt habe und eine Heimordnung gemacht habe. Ich habe wahrlich anderes zu tun. Wer kann die Heimordnung machen? Der Schulleiter, die Oberin, die Heimleiterin und die Lehrschwester (Abg. Egger: „Und die Abteilung!“), natürlich auch die Abteilung und dann habe ich die Heimordnung bekommen und ich habe gehört, daß sie sich nicht geeinigt haben. Ich habe sie daher zurückgeschickt und habe gesagt, wenn ihr euch geeinigt habt, dann kommt wieder. Vielleicht ist die Demokratisierung, daß die Zöglinge in Turnussen mitbestimmen, was geschieht, nicht in Ordnung. Ich habe noch nichts gehört, daß diese Heimordnung nicht in Ordnung sei.

Und das letzte zu dieser Frage. Wir waren vor nicht allzu langer Zeit mit den Presseleuten zusammen und man hat uns gesagt, es müßte der Abgeordnete natürlich ein Übermensch sein, denn er muß Qualitäten aufweisen, damit er vor der Öffentlichkeit bestehen kann. Wir haben unsere Auffassung über die Journalisten gesagt, und wir sind auseinandergegangen in der Auffassung, daß wir uns ernstlich mit Respekt und Anstand begegnen sollen. Daß die Tagespost nicht schreibt, daß ich der Referent bin, wenn ein solches Heim eröffnet wird, das immerhin 34 Millionen Schilling kostet und ein einmaliges Werk ist; in zwei Zeilen stand sogar dabei, daß ich geredet habe, und dann stand — weil die Frau Abgeordnete Egger gesagt hat, „Ich habe das schon lange beantragt“, jawohl, Frau Abgeordnete, wenn Sie wollen, lese ich Ihren Antrag aus der Sitzung vom 19. Dezember 1958 vor, wo Sie für die Krankenpflegeschule ein Heim beantragt haben. (Abg. Egger: „Nein! Der Resolutionsantrag ist für beides!“)

Lesen Sie Ihren Antrag. Ich habe Ihren Antrag da. (Abg. Pözl: „Lesen Sie die Neue Zeit!“)

Ich mache Ihnen auch deshalb keinen Vorwurf. Ich möchte nur zur Steuerung der Wahrheit folgendes sagen: daß man mich der Lüge bezichtigt hat — nicht Sie, nein — als ich gesagt habe, das Vordringlichste, um Schwesternnachwuchs zu haben, sei die Errichtung eines Internates und nicht einer Schule, nur damit Sie wissen, wer wirklich um dieses Internat gekämpft hat. Und daher habe ich auch bei der Eröffnung und bei der Gleichfeier gesagt, ich möchte diesen festlichen Anlaß nicht dazu benützen, um auf die Schwierigkeiten hinzuweisen, die mir in dieser Sache gemacht worden sind. Aber Sie übernehmen die Mutterschaft und ich die Vaterschaft für dieses Internat, und wir werden uns wieder treffen. (Beifall. — Abg. Pözl: „Und der Nachwuchs ist gesichert!“ — Landesrat Bammer: „Wie schaut das dann mit den jungen Internaten aus?“)

Und nun, meine Damen und Herren, bin ich auch schon am Schlusse. Aber ich kann nicht schließen, ohne daß ich, meine Damen und Herren, all jenen Menschen, die diesem schweren Beruf nachgehen und die uns wiederum verlassen, nachdem sie mehrere Jahrzehnte an Krankenbetten ihren Dienst versehen haben, danke.

An der Spitze all derer, die aus dem Landesdienst, soweit sie in den Krankenanstalten tätig waren, ausscheiden, danke ich hier stellvertretend für tausende von Patienten dem Herrn Hofrat Prof. Dr. Krainer, der als Direktor des Krankenhauses Leoben von uns geht. Ich habe seine Leistungen, seine Verdienste um das Land im Vorjahr gebührend gewürdigt, er geht nun endgültig und scheidet endgültig aus dem Landesdienst. Dieser Dank gilt aber gleichermaßen, meine Damen und Herren, jedem einzelnen Bediensteten in den Anstalten, denn nur durch sein Wirken, wo immer er steht, ob als Heizer oder in der Küche oder als Schwester am Krankenbett, kann dieses komplizierte Werk überhaupt erst funktionieren und dem hilfe- und heilungssuchenden Menschen zugute kommen.

Aber, meine Damen und Herren, ganz besonderen Dank fühle ich mich verpflichtet, jenem Manne zu zollen, der nunmehr als Vorstand der Rechtsabteilung 12, fünf Jahre gewirkt hat und mit Ende dieses Jahres in den dauernden Ruhestand tritt. Es ist dies der Wirkl. Hofrat Dr. Fritz Eisner, der 39 Jahre hindurch dem Lande auf den verschiedensten Posten und Stellen gedient hat, der das sehr schwierige Referat nach 1945 in der Personalabteilung mit aufgebaut hat und der seit fünf Jahren nun Vorstand der Rechtsabteilung 12 ist, in einer Abteilung, meine Damen und Herren, wo ohne Personalvermehrung eine Arbeit bewältigt wird, die Sie hier in Zahlen sehen und deren Kritik Sie manchesmal sehr erregt, aber eine Arbeit, die sichtbar zum Ausdruck kommt in einer Fülle von Neu-, Zu- und Umbauten unserer Anstalten, wie sie sonst zu keiner Zeit mit Ausnahme der Erbauung des Krankenhauses Graz geleistet wurde. Ich danke Ihnen, sehr verehrter Herr Hofrat, für die Un-

terstützung, die Sie mir gewährt haben, bei all diesen Problemen. (Allgemeiner Beifall.)

Mit ihm scheidet aus der Rechtsabteilung 12 der Herr Oberregierungsrat Dr. Prantl aus, der 31 Jahre hindurch dem Lande gedient hat, der seit 1952 in der Rechtsabteilung 12 tätig ist und der die schwere Aufgabe hatte, das Krankenhaus Graz zu führen und zugleich die Stolzalpe. Mit der Fülle der Arbeit, die sich in Graz allein ergeben hat, mußten wir ihn entlasten von der Stolzalpe und da hatte er zuletzt nur das Krankenhaus Graz mit Ausnahme der Neubauten bzw. ao. Vorhaben zu bearbeiten gehabt. Auch ihm danke ich herzlichst für die allzeitige Bereitschaft, mich bei allen schwierigen Problemen zu unterstützen. (Allgemeiner Beifall.)

Ich wünsche sowohl dem Herrn Hofrat Dr. Eisner, wie dem Herrn Oberregierungsrat Dr. Prantl, dessen beider Verabschiedung ja noch einem besonderen Anlaß vorbehalten wird, aber auch hier vor diesem Hohen Hause die gebührende Erholung und den Genuß der Ruhe, den sie wahrlich nach der Fülle der Arbeit in der Rechtsabteilung 12 sich verdient haben.

Und damit, meine Damen und Herren, bin ich am Ende dessen, was ich Ihnen diesmal sagen wollte aus Anlaß der Budgetberatungen für das Jahr 1969. Ich hoffe, daß es uns gelingt, das, was wir in Zahlen gegossen haben in diesem Budget ob auf der Einnahmen- oder Ausgabenseite, so wie wir es uns vorstellen, zu erfüllen, damit wir wiederum ein Stück weiter in jener Frage kommen, in der wir gemeinsam einen Weg gehen wollen, nämlich, unseren Kranken zu dienen. (Allgemeiner Beifall.)

Präsident Dr. Kaan: Das Schlußwort hat der Herr Berichterstatter.

Abg. Klobasa: Meine Damen und Herren! Nachdem sich 12 Debattenredner zum Kapitel „Gesundheitswesen und körperliche Ertüchtigung“ positiv ausgesprochen haben, verzichte ich auf das Schlußwort und wiederhole meinen eingangs gestellten Antrag auf Annahme der Ansätze zur Gruppe 5.

Präsident: Sie haben den Antrag gehört. Ich bitte um ein Händezwischen, falls Sie zustimmen. (Geschieht.)

Die Gruppe 5 ist somit angenommen.

Ich schalte nun eine Lüftungspause ein bis 19 Uhr und bitte sodann, Herrn zweiten Präsidenten Afritsch den Vorsitz um 19 Uhr zu übernehmen.

Unterbrechung der Sitzung: 18.40 Uhr.

Fortsetzung der Sitzung: 19 Uhr.

2. Präsident Afritsch: Ich eröffne die unterbrochene Sitzung. Wir kommen zur

Gruppe 6

„Bau-, Wohnungs- und Siedlungswesen“

Berichterstatter ist Abg. Karl Lackner. Ich erteile ihm das Wort.

Abg. Karl Lackner: Hoher Landtag, meine Damen und Herren! Die Gruppe 6 beinhaltet das Bau-, Wohnungs- und Siedlungswesen, welches in acht Abschnitte aufgegliedert ist und stellt Gesamteinnahmen von 593 Millionen Schilling und Gesamtausgaben von 1 Milliarde 130 Millionen Schilling dar. Und somit ist die Gruppe 6 die größte Gruppe des Landesvoranschlags. In der Gegenüberstellung zu den veranschlagten Ziffern des Vorjahres ergeben sich Mehreinnahmen von rund 120 Millionen und Mehrausgaben von rund 141 Millionen Schilling. Das bedeutet Mehreinnahmen von 26 Prozent und Mehrausgaben von 14 Prozent, wodurch den Belangen des Wohnungsbaues und dem Ausbau unserer Landesstraßen besonders Rechnung getragen wird. Die Straßen allein benötigen im Jahre 1969 26 Millionen Schilling mehr und für den Wohnbau kommen 116 Millionen Schilling mehr zur Ausgabe, wodurch besonders das Interesse des Landes Steiermark zum Ausdruck kommt.

Der Finanz-Ausschuß hat sich jedenfalls mit der Gruppe 6 eingehend beschäftigt und es wurde sehr ausgiebig diskutiert und eine Reihe von Fragen beantwortet. Und schließlich hat auch der Finanz-Ausschuß einstimmig der Gruppe 6 die Zustimmung gegeben. Ich ersuche nun den Hohen Landtag, ebenfalls um seine Zustimmung.

Präsident: Einer Anregung des Vorjahres entsprechend, wurde mit den Obmännern der im Hause vertretenen Parteien vereinbart, die Debatte zur Gruppe 6 zu teilen. Im ersten Teil soll vor allem zum Bauwesen, einschließlich des Straßen- und Wasserbaues gesprochen werden. Der zweite Teil der Debatte dieser Gruppe soll das Wohnungs- und Siedlungswesen möglichst geschlossen behandeln.

Wird dagegen ein Einwand erhoben?

Das ist nicht der Fall. Wir beginnen daher zuerst die Debatte über das Bauwesen, einschließlich des Straßen- und Wasserbaues. Als erstem Redner erteile ich Herrn Dipl.-Ing. Fuchs das Wort.

Abg. Dipl.-Ing. Fuchs: Hoher Landtag, meine sehr geehrten Damen und Herren! Die Aufeinanderfolge der Gruppen 5 und 6 zeigt eigentlich sehr klar die verschiedenen Aufgaben und Probleme, die dieses Steiermärkische Landesbudget, das wir in den letzten zwei Tagen besprochen haben, umfaßt. War es in der Gruppe fünf in erster Linie das direkteste leibliche Wohl des Menschen und die Pflege der Kranken, also des kranken Leibes, so haben wir es hier mit einem wesentlich profaneren Kapitel zu tun, einem Kapitel, das aber nichts desto trotz, das geht schon aus der Budgetziffer, die doch fast ein Drittel aller Ausgaben umfaßt, hervor, wesentlich ist. Der Ausgabenrahmen der Budgetgruppe umfaßt 1 Milliarde 117 Millionen Schilling und daraus läßt sich schon allein die Bedeutung ermessen, die diese Budgetgruppe für das Land Steiermark und auch für seine Wirtschaft hat. Vor einiger Zeit sind die Ergebnisse der letzten Betriebszählung, die im Jahre 1964 stattgefunden hat, herausgekommen und aus denen ist zu ersehen, daß es in Österreich insgesamt 2.785 Betriebe des Bauhauptgewerbes gab,

von denen 368 in der Steiermark beheimatet sind. Wenn wir noch das Baunebengewerbe dazuzählen, so ergibt sich eine ganz imposante Zahl und zwar eine Beschäftigtenzahl von insgesamt 32.278 im Jahre 1964. Es ist jedem überlassen, sich vorzustellen, wie sich diese Ziffer verändert hat, die aber immerhin sowohl in Österreich als auch in der Steiermark 12 Prozent aller Beschäftigten umfaßt. Wir können uns also leicht ausmalen, von wie wesentlicher Bedeutung gerade diese Ziffern und Ansätze dieser Gruppe für diese Wirtschaftssparte sind.

Die Wertschöpfung ist auch interessant, denn diese 12 Prozent aller Beschäftigten haben einen Anteil von über neun Prozent am steirischen Regionalprodukt. Der Bausektor ist also für die Wirtschaft unseres Landes von sehr entscheidender Bedeutung, und insbesondere ist es natürlich der Straßenbau. Wir sind als Abgeordnete immer wieder gerade mit diesem Kapitel im Detail befaßt und vielleicht am ehesten in der Lage, zu erkennen, wie schwierig die Probleme im Zusammenhang mit der Vergabe von Bauten und der Kampf um diese sind.

Die einzelnen Untergruppen der Gruppe 6 beginnen mit einer sehr wesentlichen Post, und zwar der Planung. Die Raumplanung als solche ist natürlich ganz etwas anderes als eine Planung im Sinne von Reglementierung und ein Kapitel, das wir sehr wohl bejahen. Wenn einer glauben würde, daß ich vielleicht gegen eine sinnvolle Planung bin, so ist das ein Irrtum. Nichts, weder in der Wirtschaft noch im privaten Leben, kann ungeplant vor sich gehen und so ist es selbstverständlich, daß auch ein Land seine Probleme hat und die zukünftige Entwicklung planen muß. Schließlich ist das Budget als solches überhaupt der Inbegriff einer Planung, wenn auch nur auf kurze Zeit, nur auf ein Jahr. Darüber hinausgehend muß eine Raumplanung vorhanden sein, die alle Bereiche des öffentlichen Lebens umfaßt und vor allem berücksichtigt, was sich an Bevölkerungsbewegung, Entwicklung der Wirtschaft usw. tut. In der Steiermark sind die Raumordnungsprobleme natürlich in erster Linie mit den Strukturproblemen, die hier auch schon vielfach zitiert und erwähnt wurden, zusammenhängend. Das ist sicher keine steirische Eigenschaft, sondern wird in Österreich und wahrscheinlich auch in allen Staaten Europas ungefähr dasselbe sein.

In der Steiermark — und hier wiederhole ich etwas, was schon hundertmal gesagt wurde — leiden wir unter verschiedensten Problemen, auf der einen Seite ist es die Randlage, in die wir gedrängt sind. Teile unseres wirtschaftlichen Hinterlandes sind nach dem ersten und in besonderem Maße nach dem zweiten Krieg abgeschnitten worden. Erfreulicherweise bildet sich über die Grenze hinweg nach Jugoslawien jetzt wieder eine Bewegung, die durch eine konsequente Politik des Ausgleiches gerade an dieser Grenze möglich wird. Aber es hat eine sehr starke Umstrukturierung der Wirtschaft gerade im Grenzland stattgefunden, wozu noch die Probleme der Landflucht, der ständigen Abnahme der in der Landwirtschaft Beschäftigten

kommen, alles Fragen, die in einem zukünftigen Konzept einer steirischen Wirtschaft oder überhaupt einer steirischen Wirtschaftslandschaft eine sehr entscheidende Rolle spielen. In diesem Zusammenhang ist vielleicht auch noch erwähnenswert, daß die Vorausschau für die Bevölkerungsentwicklung bis zum Jahre 1975 sehr klar zeigt oder die Statistiker glauben es klar zu sehen, daß die Zunahme der Bevölkerung sich in erster Linie in den westlichen und südlichen Bundesländern abspielen wird und daß die östlichen Bundesländer und vor allem der Wiener Raum weiter stagnieren werden.

Das sind Fragen, die auf Bundesebene ein gesamtstaatliches Raumordnungsziel verlangen, das auch im wesentlichen bereits besteht und die es notwendig machen, daß wir auch in unserem Lande ein regionales Entwicklungsziel festlegen. Aufbauend auf diesem muß dann die Raumordnung in den Städten und in den Gemeinden so geschaffen werden, daß wir den verschiedenen Entwicklungen, die heute zu erkennen sind, wirklich Rechnung tragen. Jeder, der ab und zu ins Ausland kommt — und wir sehen die Entwicklung auch schon bei uns hier — merkt ganz genau, daß die Städte beginnen, sich immer mehr zu verzweigen, daß der Wunsch nach dem Eigenheim, nach einem eigenen Haus mit einem grünen Fleck darum, den Menschen immer wesentlicher erscheint, daß wir eine enorme Ausdehnung gerade der städtischen Gebiete in den ländlichen Raum hinein haben, auf der anderen Seite strömen aber durch die Abnahme der Bevölkerung in der Landwirtschaft oder durch die in der Landwirtschaft Beschäftigten immer mehr Menschen in die Ballungszentren, die sich in erster Linie in den Randgemeinden um die Städte und um die größeren Bezirksorte niederlassen. Es gilt also, diesen sich zwangsläufig verkleinernden Lebensraum, wobei das eine willkürliche Verkleinerung ist, denn der Mensch schafft sich seine eigenen Probleme, unter Berücksichtigung einer optimalen Bevölkerungsverteilung so einzuteilen, daß auch die wirtschaftlichen Möglichkeiten entsprechend berücksichtigt werden. Darüber hinaus muß es Aufgabe einer verantwortlichen Raumplanung in einem Land sein, nach Möglichkeit die Unterschiede in der regionalen Wirtschaftskraft auszugleichen.

Es sind also hier die Fragen der Raumplanung und der Strukturpolitik sehr eng miteinander verwoben und können gar nicht voneinander getrennt werden. Die Mittel, die in dem vorliegenden Budget gerade für diese Post angesetzt sind mit 910.000 Schilling, erscheinen vielleicht aufs erste gering, sind aber doch wesentlich, wenn man vergleicht, daß im Jahre 1967 nur 250.000 Schilling dafür vorgesehen waren. Es ist also deutlich zu erkennen, daß diesem Problem eine viel wesentlichere Bedeutung beigemessen wird.

Die einzelnen Kapitel hier zu besprechen, ist vielleicht zweckmäßig. Es wird ja im Detail noch geschehen. Ich möchte bewußt den Wohnungssektor ausklammern. Nur eine Bemerkung sei mir gestattet, und zwar die, daß die Wohnbaureform 1968 die von vielen Seiten gefürchtete

Entwicklung nicht gebracht hat. Weder sind eine Unzahl von Leuten plötzlich durch die Zinsgier der Hausherrn auf die Straße gesetzt worden, noch sind die Mieten in einem völlig unzumutbaren Maße gestiegen. Alles Dinge, die man voriges Jahr sehr stark vermutet hat, die sich aber — von unserer Seite erwartungsgemäß — dann doch nicht eingestellt haben.

Der wesentlichste Teil der vorliegenden Budgetgruppe ist der Straßenbau. Es sind nicht nur dafür die meisten Mittel vorgesehen, sondern es ist auch ein Bereich, der für die Menschen in den einzelnen Gebieten von ganz besonderer Bedeutung ist. Eine Bedeutung, die wirklich gleich nach der Wohnraumbeschaffung kommt und die, nachdem gewissermaßen durch den Wohnungsbau die Voraussetzung für das Leben in einem Raum gegeben ist, erst die Verbindung zu anderen Räumen schafft und die es ermöglicht, in diesen Räumen wirtschaftliche Unternehmen überhaupt entstehen und blühen zu lassen. Die Straßen möchte ich als die Nervenstränge bezeichnen, die die einzelnen Gebiete miteinander verbinden und deren Bedeutung nicht nur durch die ständige Zunahme des Verkehrs, sondern vor allem auch durch die ständige Zunahme der Güter, die über diese Straßen befördert werden müssen, nicht groß genug herausgestellt werden kann. In besonderem Maße, und das ist etwas, was uns gerade in der Steiermark sehr beschäftigt, ist der Autobahnbau von Bedeutung.

Meine verehrten Kolleginnen und Kollegen! Wir haben alle die verschiedenen Stadien der Entstehung der Südautobahn, einmal schneller und einmal langsamer, gesehen. Jeder von uns kennt die Baustelle Gleisdorf. Es ist das überhaupt das Hauptanliegen unseres Landes, daß eine gute Autobahn die Verbindung mit Wien und darüber hinaus mit der Westautobahn in die Wirtschaftszentren des westlichen Europa herstellt. Die Autobahn hat nicht nur die Bedeutung, uns mit Wien oder anderen Städten zu verbinden, sondern sie ist auch das notwendige Mittel, um regional die verschiedenen Gebiete aufzuschließen. Und gerade die Autobahn, die jetzt südlich von Graz von Gleisdorf hinunter gebaut wird, ist sehr geeignet, hier verkehrsmäßig wirklich — vielleicht kann man fast sagen — benachteiligte Räume aufzuschließen und mit dem Westen in Verbindung zu bringen. Sie wissen auch, daß die Wechselbundesstraße schon weitgehend fertiggestellt ist. Es ist noch ein Bauabschnitt zu erledigen und es ist ein sehr wesentlicher Abschnitt im Bau. Aber es ist abzusehen, daß die Wechsel-Bundesstraße in Kürze durchgehend befahrbar sein wird als eine ausgezeichnete Betonstraße und damit auch der Anschluß an dieses Autobahnstück, das jetzt von Gleisdorf nach Mooskirchen gebaut wird.

Natürlich erhitzt die Gemüter nach wie vor die Trassierung, wie dann diese Bahn weitergeführt werden soll, über den Semmering, Wechsel oder das Burgenland, das sind aber alles Fragen, die in Kürze entschieden sein werden und die dann, wenn sie einmal entschieden sind, eben von den Betroffenen hingenommen werden und in wenigen Jahren wird man gar nicht mehr

darüber reden. Für die Steiermark ist der Ausbau dieser Südautobahn wichtig, ist sogar sehr wichtig. Aber es ist für die Steiermark ein zweites Autobahnvorhaben auch von einer eminenten Wichtigkeit und das ist die Autobahn Graz—St. Michael—Sattledt. Und hier hat der Hohe Landtag Mittel vorgesehen, die dazu dienen, die entsprechenden Vorbereitungsarbeiten vorzunehmen, es sind die entsprechenden Arbeiten bezüglich der Trassierung in Auftrag, und wir werden in Kürze auch erfahren können, wie diese Autobahn aussieht. Nun wird gerade in diesem Zusammenhang immer wieder von der Finanzierung der Autobahn gesprochen. Es ist also die Rangordnung zu treffen, ob zuerst die Tauernautobahn und unsere sogenannte Westautobahn gebaut werden, das sind Fragen, die das Bauministerium im letzten abzuwägen hat, wo wir aber doch glauben, ein gewichtiges Wort mitreden zu dürfen und wo es auch notwendig ist, daß wir unsere Argumente vorbringen.

Meine Damen und Herren, es ist der südbayerische Raum und überhaupt das ganze Gebiet von Nürnberg, Passau, München herunter eines der stärksten Entwicklungsgebiete in der Deutschen Bundesrepublik und wahrscheinlich das Gebiet überhaupt, das sich in Europa derzeit am vehementesten entwickelt. Und es ist für uns als, fast möchte ich sagen, steirische Wirtschaft, aber für uns als Steirer überhaupt, von ganz besonderer Bedeutung, gerade mit diesem Raum einen möglichst direkten und kurzen Kontakt zu haben. Es ist nicht unbekannt, daß, wenn heute Schwertransporte durchgeführt werden z. B. nach München, diese nicht nur im Winter, sondern auch teilweise im Sommer über den Semmering nach Wien und dann in Wien auf die Autobahn gehen. Diese langen Umwege sind nicht nur verteuern, sondern sie verstopfen auch die Straßen und schaffen Gefahr.

Ein zweites Straßenstück im obersteirischen Raum, das immer wieder Erwähnung findet, ist die Schnellstraße im Müürztal, hier streiten sich die Gelehrten, wie wesentlich diese Straße ist, wahrscheinlich wird sie über kurz oder lang schon im Hinblick auf die Mobilität der Arbeitskräfte, die man in diesem Raum wahrscheinlich wird fordern müssen, nicht zu verhindern sein. Es wird also hier auch wieder gelten, abzuwägen, was wichtiger sei und das wird sich in ein Gesamtkonzept zu fügen haben, das die wirtschaftliche Entwicklung dieser Gebiete, die Konjunktorentwicklung überhaupt und damit die ganzen Verhältnisse wie sie eben gegeben sein werden, zu berücksichtigen hat. Etwas, was unseren Steirern nicht wichtig ist, ist natürlich die Tauernschnellstraße. Die Tatsache, daß man also schnell nach Italien kommen soll, ist ja wunderschön und es ist auch jeder, der in diesem Raum mit dem Auto fährt, überzeugt, daß die Verstopfungen dort sehr beträchtlich sind, aber man kann von uns wirklich nicht das Verständnis dafür verlangen, wenn wir auch vielleicht die Einsicht einmal haben werden müssen.

Wesentlich in der Gruppe ist noch der Brückenbau, der mit 377 Millionen doch fast zehn

Prozent der Budgetsumme ausmacht. Auch hier wieder, gerade im Bergland ist die Straßenführung unglaublich schwierig und wir haben natürlich viel mehr Brücken zu bauen, als dies zum Beispiel in den flachen Ebenen Italiens oder in den Gebieten Hollands oder Deutschlands der Fall ist und so ist es leider so, daß bei uns 1 km Straßenlänge eben durch die hohe Zahl der Kunstbauten, die notwendig sind, teurer kommt als in anderen Ländern. Dazu kommt noch, daß die ganzen Kreuzungen der Straßen heute möglichst in zwei Ebenen vor sich gehen sollen, alles Dinge, die den Straßenbau von Jahr zu Jahr teurer werden lassen, die aber nichts desto trotz, irgendwo bewältigt werden müssen.

Die letzten Gebiete dieses vorliegenden Kapitels betreffen den Wasserbau, die Flußregulierung, die Wildbachverbauung, aber auch den Kanal- und Wasserleitungsbau. Enorme Leistungen, die hier aufgebracht werden, auf der einen Seite zur Sicherung vor Unwetterkatastrophen, zur Sicherung vor Überschwemmungen wie sie leider in der Steiermark immer wieder stattfinden und ein Bereich, wo nur zu unterstreichen ist, daß alle verfügbaren Mittel hineingegeben werden sollen. Auf der anderen Seite ist es notwendig, daß durch einen verstärkten Kanal- und Wasserleitungsbau auch die Gemeinden ihren Verpflichtungen besser nachkommen können und daß wir auch in sanitärer Hinsicht alle die Vorsorgen treffen, die notwendig sind. Wir werden uns ja in nächster Zeit mit den Kanalgebühren in diesem Hohen Hause zu beschäftigen haben und es ist heute sicher verfrüht, darüber zu reden. Es ist das eines der wesentlichsten Kapitel, die im nächsten Jahr auf uns warten, es ist aber auch ein Kapitel, das natürlich ob der damit verbundenen Kosten für die Betroffenen, ein besonders schwierig zu lösendes sein wird. Und man kann eben nicht sagen, na das wird nach Kubikmeter berechnet und damit ist die Geschichte erledigt, denn es muß schon darauf Rücksicht genommen werden, daß die verschiedenen Kanalbenützer und auch die verschiedenen Wasserleitungsbenützer von ganz verschiedenen Voraussetzungen ausgehen. Ein Betrieb, ob das nun ein Gewerbe- oder ein Industriebetrieb ist, muß erwarten können, eine andere Einstufung zu finden als der private Besitzer, den auch eine beträchtliche Erhöhung der Kanalgebühren und des Wasserzinses noch nicht so einschneidend treffen kann. Es darf nicht übersehen werden, daß gerade in der Standortfrage eines Betriebes das Wasser und der Kanal eine ganz entscheidende Rolle spielen. Und wir dürfen nicht übersehen, daß wir nicht auf diesem Wege wenn möglich die Maßnahmen, die auf anderer Seite zur Wirtschaftsförderung getroffen werden, wieder zum Teil neutralisieren.

Meine Damen und Herren, dieses Gebiet des Bauwesens ist, wie ich eingangs gesagt habe, das größte Kapitel des ganzen Voranschlages. Es ist ein Kapitel, bei dem jährlich eine höhere Dotation stattfinden muß und auch noch jedes Jahr stattgefunden hat. Wir haben in der Steiermark nicht nur einen Nachholbedarf, sondern wir haben auch die Aufgabe und Pflicht, gewisse Ge-

biete, vor allem auch unser Grenzland entsprechend zu entwickeln. Die Anstrengungen, die in dieser Richtung getan wurden, sind bedeutend und müssen wirklich mit Dank anerkannt werden. Viel ist noch zu tun und wird auf diesem Gebiet in den nächsten Jahren zu tun sein. (Beifall.)

Präsident: Ich erteile Herrn Abg. Burger das Wort. Der nächste Redner ist Herr Abg. Schön.

Abg. Burger: Herr Präsident, meine Damen und Herren! Wie im vorigen Jahr, so möchte ich mich auch heuer wieder mit den Problemen der Straßen in der Obersteiermark befassen. Der Abschnitt 66 gibt uns einen Überblick über die Ausgabenseite für unseren Straßen- und für unseren Brückenbau. Die 377,748.000 Schilling sind immerhin ein erheblicher Betrag, welcher für die Landes- und Bundesstraßen aufgewendet wird. Wenn man aber bedenkt, welch ungeheure und vor allem notwendige Wünsche im Straßenbau von allen Seiten unseres Landes vorliegen, so wird dieser Betrag sehr schnell vergeben sein. Mein Vorredner hat bereits die Aussage gemacht, um wieviel teurer die Straßen in unserem gebirgigen Gelände sind als im Straßenbau in ebener Gegend. Es ist manchmal sehr leicht, zu sagen, daß Straßen im Burgenland oder anderswo in ebenen Gegenden schöner sind als bei uns in der Steiermark. Dies trifft in keinem Fall zu. Wenn man den Kostenaufwand und den Zustand unserer Straßen sieht, so kann man, wenn man objektiv ist, in keinem Fall Kritik üben. In der Obersteiermark ist eine der meistfrequentierten Straßen die Bundesstraße 17 durch das Mürz- und Murtal. Diese Straße — ich möchte sie von Mürzzuschlag nach Judenburg als Industriestraße bezeichnen — ist deshalb so frequentiert und belebt, weil industriebedingt der innerbezirkliche Verkehr einfach groß ist. Es erscheint daher notwendig, daß die derzeit zweispurige Bahn einer vierspurigen wird weichen müssen. Die Umfahrung von Mürzzuschlag endlich in Angriff zu nehmen, scheint trotz des Kostenpunktes von ca. 350 Millionen Schilling unumgänglich notwendig zu sein.

Die Projektierung dafür ist ja fertig, allerdings sind, wie ich erfahren konnte, mit der Stadtgemeinde Meinungsverschiedenheiten. Am meisten verlegt ist diese Straße jedoch zwischen Kapfenberg und Bruck. Dies wird auch, auf längere Sicht gesehen, wohl eine Umfahrung von St. Marein, Kapfenberg und Bruck notwendig machen. Dem Ausbau der Bundesstraße 67 Graz—Bruck ist infolge der Verkehrsdichte ebenfalls der Vorrang einzuräumen. Dieser Ausbau muß ebenfalls vierspurig geplant werden. Ein Baulos, und zwar das Baulos Raach bei Graz, wird in Kürze schon in Bau genommen, während ein Teilstück Bruck—Einöd zur Baugenehmigung in Wien liegt. Nach der Baugenehmigung wird sofort die Ausschreibung erfolgen.

Das heißt also, meine Damen und Herren, daß diese Strecke Graz—Bruck von zwei Seiten her, einmal von Graz in Richtung Bruck und einmal umgekehrt, gleichzeitig in Angriff genommen werden wird. Um die Bundesstraßen 17 und 67

zu entlasten, ist ein rascher, weiterer Ausbau der Gaberl-Landesstraße notwendig. Diese Straße ist aber auch eine Verbindungsstraße zweier Bezirksstädte, zwischen der Ober- und der Weststeiermark, und zwar eine Verbindung auf kürzestem Wege. Die Teilstrecke Salla—Puffing ist im Plan fertig und kann daher mit dem Bau begonnen werden, während die Strecke Puffing—Schutzhäus sich bereits im Bau befindet. Der Ausbau der Seeberg-Nordrampe wird nach einer Vorschau etwa 100 Millionen Schilling kosten. Diese Strecke hat neben der besonderen Bedeutung für den Fremdenverkehr auch eine starke wirtschaftliche Bedeutung. So mußten z. B. die etwa 50.000 m³ Katastrophenholz per Lastauto über den Seeberg gebracht werden, wo es dann in Au auf die Kleinbahn verladen wurde. Welche Verkehrsbehinderung dieser Lastenverkehr neben der Kostenverteuerung zur Folge hat, muß wohl hier, meine sehr verehrten Damen und Herren, nicht erwähnt werden. Und so wäre es empfehlenswert, wenn man wenigstens ein Baulos zunächst auf dieser Strecke vergeben könnte.

Welche Bedeutung die Präbichl-Nordrampe für das Gebiet von Eisenerz und um Eisenerz hat, kann wohl nur der ermesen, der die Zukunftssorgen der Bevölkerung kennt. Ich bezeichne den Ausbau dieser Straße für Eisenerz als eine glatte Existenzfrage. Nur zögernd geht der Ausbau vor sich. In der Mitte kann man nicht beginnen, weil man mit den Maschinen nicht dazu kann. So aber kann man doch die Feststellung machen, daß für heuer, das heißt, daß für die nähere Zukunft elf Millionen für den Ausbau notwendiger Brücken wieder vergeben worden sind. Die zweispurige Straße plus Kriechspur wird nach ihrer Fertigstellung eine der schönsten Alpenstraßen sein, die wir in der Steiermark haben, aber auch eine Straße mit allergrößter wirtschaftlicher Bedeutung. Die Straße Predlitz—Turrach—Turracherhöhe ist weiterhin im Ausbau begriffen und es wurde nun auch die Staubfreimachung, Entschärfung und Verbreiterung des Steilstückes auf die Turracherhöhe in Aussicht gestellt. So wird das schönste Schigebiet, wenn auch die parallel laufende Straße endgültig ausgebaut sein wird, für den Wintersport allergrößte Bedeutung haben.

Mit dem weiteren Ausbau des Landeskrankenhauses Leoben wird die bahnschrankenlose Zufahrt immer dringender. Wenn man bedenkt, daß dieser Schranken bis zu 12 Stunden täglich geschlossen ist, sollte man der Abstellung dieses untragbaren Zustandes mehr Bedeutung beimessen. Es wäre daher höchste Zeit und wohl auch angebracht, wenn die Stadtgemeinde Leoben endgültig und bald Baupläne in dieser Richtung vorlegen würde. (Abg. Fellingner: „Die Stadtgemeinde? Das ist doch nicht ihre Angelegenheit! Da ist die Landesregierung zuständig!“ — Landesrat Sebastian: „Das ist ja Bundesstraße!“ — Glockenzeichen des Präsidenten.)

Für die Planung wird die Stadtgemeinde wohl nicht umhin können, daß sie annehmbare Pläne vorlegt. (Landeshauptmann Krainer: „Es gibt auch ein Straßenverwaltungsgesetz!“)

Ich zeige dies mit allem Ernst auf, weil es für mich persönlich ziemlich einerlei ist, ich werde aber als Abgeordneter niemals die Verantwortung übernehmen und bereit sein, hier zuzusehen, wie weiterhin Kranke vor dem geschlossenen Bahnschranken an Schmerzen leiden oder auch, was ja schon des öfteren der Fall war, dort den Tod erleiden, weil die ärztliche Hilfe zu spät kommt. Wer hier zuständig ist, ist mir einerlei. Aber ich glaube ganz bestimmt, daß die Stadtgemeinde hier nicht die Verantwortung abschieben kann auf das Land oder auf den Bund. Sie muß hier wohl mitplanen. Ich glaube nicht, daß man das städtische Straßenbauamt hier einfach ausschalten kann. (Abg. Leitner: „Herr Kollege Burger, Sie haben schon so lange zugeschaut!“ — Abg. Fellingner: „Eine Frage: Ist das eine Gemeindestraße oder eine Bundesstraße?“)

Ich habe hier nicht zugeschaut, Herr Kollege Leitner, diesen Zwischenruf können Sie sich ersparen. (Abg. Leitner: „Aber bisher haben Sie zugeschaut!“ — Glockenzeichen des Präsidenten.)

Die Südautobahn ist für die Obersteiermark insofern von großem Interesse, weil sie eine echte Entlastung der Bundesstraße 17, aber auch der B 67 sein wird. 70 Prozent der Lastwagen, die den Semmering passieren, passieren auch den Obdacher bzw. Perchauer Sattel. Dieser Verkehrsstrom nach Süden wird durch die Autobahn nach ihrer Fertigstellung bis zu 50 Prozent abgefangen. Es ist daher von besonderer Bedeutung, daß der weitere Ausbau nicht nur fortgesetzt, sondern nach Möglichkeit noch beschleunigt wird.

Zum Schluß, meine Damen und Herren, möchte ich mich doch noch mit der Pyhrn-Autobahn befassen. In den Regierungsvorlagen Nr. 417 und 518 wird festgestellt, daß die Pyhrn-Autobahn in die Bundesstraßengesetz-Novelle 1968 aufgenommen wurde. Im Teilstück St. Michael—Graz wird die Autobahn nicht über Bruck geführt werden, sondern durch einen Tunnel St. Michael—Deutsch Feistritz—Graz, also durch die Gleinalpe. Diese Planung durch den Gleinalm-Tunnel verkürzt die Strecke um 23 km. Über den Verlauf der Planung nach Sattledt wäre zu sagen, daß der höchste Übergang über die Ostalpen 853 m beträgt.

Diese Stelle liegt in Wald am Schoberpaß. Der Pyhrnpaß selbst soll ebenfalls unterfahren werden. Die Wichtigkeit dieses Projektes muß aus zwei Gründen besonders unterstrichen und hervorgehoben werden. Erstens wird sie die einzige innerösterreichische Autobahn sein, die von Graz nach Linz führt und zwei Industriezentren verbindet. Zweitens: Diese Autobahn wird aber an Bedeutung noch zunehmen, wenn der Rhein-Main-Donaukanal fertiggestellt sein wird. Sie wird dem steirischen Industrieland den Zugang zu den großen Handelswegen Europas verschaffen. Dies mag Grund genug sein, diesem Bauvorhaben allergrößtes Augenmerk zu schenken. (Beifall bei der ÖVP.)

Präsident: Es spricht Herr Abg. Schön. Als nächster Redner ist Herr Präsident Koller vorgemerkt.

Abg. Schön: Hohes Haus, meine sehr verehrten Damen und Herren! Wohl nicht mehr jung an Jahren, so doch jung noch als Mitglied dieses Hauses nehme ich an der dritten Budgetdebatte teil und ich muß offen gestehen, bedauerlicherweise hier in dieser Gruppe wieder zu einem Punkt zu sprechen, der bis heute nicht erfüllt ist. (Abg. Scheer: „Sie sind ein Optimist, gelt!“)

Und da kann ich wirklich nur sagen, bedauerlicherweise. Es haben zwei Vorredner gesprochen über Straßenprobleme der Steiermark, wo ich mir fast gedacht habe, es ist das Schlüsselwort von unserem Herrn Landeshauptmann. Ich möchte mich hier etwas einengen und möchte auf den Abschnitt 66 Unterabschnitt 668 Bundesstraßen B kommen. Und auch hier möchte ich den Raum weiter einengen und möchte mich in dieser Straßensache hauptsächlich auf die Obersteiermark verlegen. Bundesstraße 17, wenn heute einer sagt, daß die Bundesstraße 17 ihren Anforderungen genügt, daß sie eine Straße ist, die schön ist, dann muß ich sagen, er kennt sie nicht, oder er ist nie darauf gefahren. (Landeshauptmann Krainer: „Oder er kennt keine andere.“)

Kann auch sein, ja. Das eine steht fest, daß diese eine Hauptstraße durch unser Land zeitweise vollkommen verstopft ist, daß sie längst nicht ihren Anforderungen genügt und es längst an der Zeit war, diese Straße allem voranzustellen, dreispurig zu bauen und die Umfahrungen so zu bauen, daß es nicht ein Verkehrsgesetz wird, daß man auf der Bundesstraße 17 so schnell fährt, wie der langsamste Lastwagen. Das sei genannt, aber ich möchte mich noch weiter einengen und möchte bei diesem Bundesstraßenausbau mich hauptsächlich verlegen auf das Industriegebiet; und zwar auf das obersteirische Industriegebiet. Es ist nicht neu und es wurde hier im Hause schon einige Male betont, daß Straßen der Industrieaufschließung und der gesamten Wirtschaft dienen, daß sie im bestimmten Ausmaß sogar ein Aufleben der Industrie überall erkennen lassen. Und ich glaube, daß ich als Abgeordneter ein Recht habe, hier auch auf das sehr energisch einzugehen und zu verlangen, daß man nicht nur spricht von diesen Sachen, sondern sie auch einmal verwirklicht. Jahrelang reden wir von den wirtschaftlichen Sorgen der obersteirischen Industrie und reden davon, daß man endlich diese Industrie so mit Straßen verbindet, daß sie den Abgang, den sie personell hat, durch irgendwelche andere Ausweichindustrien oder wie so schön betont wird, durch Ersatzarbeitsplätze ersetzt bekommt.

Und hier möchte ich auf eines besonders zurückkommen und das ist die Präbichlstraße. Sie wurde hier erwähnt. Ich möchte nicht gehässig sein oder jemanden beschuldigen. Nur eines sei hier gesagt, daß man jahrelang, bevor ich in dieses Haus gekommen bin, über diesen Ausbau gestritten und geredet hat und endlich sich entschlossen hat, diese Straße zu bauen, weil es einfach wegen des Erzbergbetriebes in Eisenerz nicht mehr anders gegangen ist. Und ich muß hier offen sagen, ich habe mich sehr gefreut, als unser Herr Landeshauptmann gesagt hat, es

wird diese Trasse, die von uns auch vorgeschlagen wurde, gebaut und sie wird gleich begonnen. Obwohl ich hier damals einige Bedenken sogar angemeldet habe und gesagt habe, es wird uns nicht erspart bleiben, bei dieser Straße auch die Südrampe mitauszubauen und man soll sich überlegen beim ganzen Ausbau, in der ganzen Kostensumme, ob es nicht vorteilhaft wäre, in Verbindung mit der Bundesbahn den Berg zu durchstoßen, mit Fachkräften vom Erzberg weg, die man ja hat. Es ist damals gleich geredet worden, ja das scheitert an der Kostenfrage und man kann an dieses Projekt vorläufig gar nicht denken, aber man wird die Nordrampe so bauen, wie sie eben unseren Anforderungen entsprechen wird. Und eine Straße hat erst dann eine Bedeutung, wenn man sie befahren kann, und früher nicht und da mögen Teilstücke noch so schön ausgebaut sein und noch so schön beschilddert sein, sie hat eben keine Bedeutung, bevor sie nicht befahrbar und fertig ist. Und nun habe ich auch hier im Hause schon einmal das Wort ergriffen und dazu gesprochen.

Wenn man ein Projekt erstellt mit einer Kostensumme von 150 Millionen Schilling im ersten Ansatz und dann sieht man die Dotierungen mit acht und im Maximum mit elf Millionen Schilling pro Jahr, dann kann man sich ausrechnen, mit welcher Geschwindigkeit man diesem industriellen Gebiet in punkto Straßen helfen will oder helfen kann. Und wenn Sie jetzt bedenken, wenn diese elf Millionen, oder acht Millionen wie sie schon drin waren, so weiter dotiert werden, wer sich dann einbildet, daß jemand über diese Straße in der industriellen Notzeit, die gerade dieses Gebiet jetzt mitmacht — und ich werde auch bei der Gruppe 7 noch einmal darauf zu sprechen kommen — in dieses Gebiet fährt und interessiert ist, dort einen Ersatzarbeitsplatz hinzubringen, dort irgendeine Industrie aufzumachen, so irrt er sich.

Wir haben es schon versucht und, meine Damen und Herren, wir waren nicht müßig in allem, wir haben gefragt, na wer ist denn interessiert in diesem Gebiet mit Hilfe einiger Förderungen, sie sind wohl im Budget auch drinnen, dort irgendein Unternehmen zu gründen, aber ehrlich gesagt bei dieser Verkehrslage ist das vollkommen unmöglich. Denn es soll uns einer nur mitteilen, wie er mit einem Schwerlastwagenanhänger über den Berg kommt. Sehen Sie, meine Damen und Herren, so ist das Gebiet wirklich, das kann man nicht so schnell abtun und man kann nur eines sagen, obwohl wir die Nöte kennen, obwohl wir wissen, daß zu allem Bauen, zu Großbauten Geld gehört und daß ich mich auch dem anschließe, daß eine Straße in Obersteiermark schwieriger zu bauen ist als im Burgenland, aber, wenn die Notwendigkeit da ist, daß man einem Industriegebiet nicht nur mit Worten, sondern mit Taten, helfen kann, dann muß man auch hier eben einbekennen, daß es nicht von Wert ist, eine Versorgungsstraße mit 20 Jahren Bauzeit aufzulegen. Das ist dann irrsinnig. Im weiteren ist es ja nicht nur diese Straße allein, sondern ein Gebiet, das durch verkehrstechnische Maßnahmen wirtschaftlich und

industriell erschlossen werden soll. Das kann ja nicht nur mit einer Straße erschlossen werden.

Hier gibt es auch noch eine zweite. Wir haben die schöne Insterstraße herunter betonierte und gerade bei unserem Gebiet ist man stehen geblieben und siehe da, die wirtschaftliche Bedeutung der Gesäusestraße, so sehr sie dem Fremdenverkehr dient, ist ein halbes Jahr fast Null. Und ich glaube, es müssen mir alle Baufachleute recht geben, daß man die Gesäusestraße nur unter äußersten Schwierigkeiten mit schweren Lastwagenanhängern befahren kann und selbst die ganzen Wettermeldungen im Winter sagen es fast jeden zweiten Tag, die Gesäusestraße ist wegen Lawinengefahr oder bereits wegen Lawinenverschüttung nicht befahrbar. Und so ist auch diese Straße auf die andere Richtung hin gehandikapt und es wäre sehr von Bedeutung, daß in erster Linie diese Straße einmal lawinensicher gemacht wird. Herr Landeshauptmann, das ist eine Lebensfrage für uns alle, daß wir dieses Verkehrskreuz einmal für den Verkehr und für Wirtschaftsfahrzeuge zur Verfügung haben. Aber auch weiter, wir reden doch immer vom Ausbau der Eisenbundesstraße, na wir sind ja bald fertig, es fehlt ja nicht mehr viel. Wer die Eisenbundesstraße in ihrer ganzen Länge befahren hat, beginnend von Leoben bis hinaus nach Steyr, der wird in diesem Straßenbau an diesen Neubauten schon einiges finden, und sagt, na gar so schnell fertig ist die Straße noch nicht und wir stellen uns einen modernen Straßenbau und so wie es steht auf den Schildern, einen Straßenbau für die Zukunft, doch ganz anders vor als diese ganzen Sachen dort gebaut wurden. (Landeshauptmann Krainer: „So weit sie gebaut wird, wird sie modern gebaut!“)

Wenn heute, Herr Landeshauptmann, eine schöne Brücke dort ist, dann bin ich sehr dafür, und ich begrüße das. Aber es ist leider so, wie ich gesagt habe, die Straße ist erst dann fertig, wenn sie ordentlich in ihrer ganzen Länge befahrbar ist, und da muß man feststellen, daß in dieser Eisen-Bundesstraße noch immer sehr erhebliche Strecken sind, die nur etwas verbreitert wurden und eine Schwarzdecke bekommen haben und so den erweiterten Güterweg dokumentieren. Das kann man nicht von der Stelle weisen und das ist eben so. Ich kann nur eines hier versichern, daß man den Eisen-Bundesstraßen Ausbau von Oberösterreich herein mit einer viel größeren Vehemenz, aber auch mit mehr Mitteln betrieben hat und ich stelle mir immer vor, daß in diesem Ausbau unser Bundesland benachteiligt ist.

Als wir, Kollege Burger, erhoben haben, die Unterführung beim Landeskrankenhaus Leoben und genau auf das hingewiesen haben, was Du hier gesagt hast, daß dort nicht Leute sterben sollen, daß wir unter allen Umständen dafür sind, hat man uns gesagt, das könnte man jetzt nicht machen, das gibt zu viele Kosten. Nun ist man wieder darangegangen. Wir haben dann ein Gegenprojekt bekommen.

Ich habe hier in diesem Hohen Haus, meine Damen und Herren, sogar eine Vorlage vorlie-

gen, wo dokumentiert wird, man kann diese Unterführung nicht bauen, da sie technisch so ausartet, daß sie auf der einen Seite hochwassergefährdet ist durch die Mur und so ist das Projekt ausgeschlossen. Man hat sich dann weiter geeinigt, daß ein Expertenkomitee hinkommt und sich die ganze Sache ansieht und prüft. Herr Landeshauptmann, ich möchte wirklich hier einmal konkret fragen, mir geht es nicht um Phrasen. Ich möchte wirklich einmal wissen, wer ist zuständig für diese Unterführung. Hier ist eine Bundesstraße, auf der Südseite dieser Bahnüberführung geht eine Landesstraße weg, die Bundesstraße geht weiter bis Leoben. Wer hat hier die Verpflichtung, die Stadt Leoben, das Land oder der Bund?

Aber das ist nicht damit abgetan. Als man gesehen hat, hier wird eine schwierige Lage kommen, hat man ganz bewußt gesagt, wir werden die Eisen-Bundesstraße nicht mehr nach Leoben führen, sondern wir werden sie über Trofaiach, Edling, Traboch anschließen an die Paltenstraße. Und das, glaube ich, ist die letzte Meldung, die wir bekommen haben. Wer dieses Gebiet kennt, Führung der Straße über Edling, das ein reines Fremdenverkehrsgebiet ist, über Traboch, wo man erst vor kurzem einen Badensee gebaut hat, an dessen Ufern will man jetzt die Eisen-Bundesstraße mit ihrem ganzen Hauptverkehr vorbeiführen, um nur dieser Unterführung auszuweichen. Ich glaube, das kann doch nicht der Zweck sein. Man kann noch einige Sachen aufzählen. Ich möchte hier vor dem Hohen Haus eine Bitte aussprechen, man möge Straßen bauen, daß sie wirklich der Wirtschaftlichkeit und der Aufschließung des obersteirischen Industriegebietes dienen, denn damit hat man wirklich Strukturförderung für dieses Gebiet gemacht. (Beifall.)

Präsident: Ich erteile Herrn Präsidenten Koller das Wort. Nach ihm spricht Herr Abg. Wuganigg.

3. Präs. Koller: Hoher Landtag! Ich darf mich mit einem Problem beschäftigen, das kreuz und quer für die Steiermark von Bedeutung ist und weit über den Rahmen der unmittelbar Betroffenen, nämlich der Grundbesitzer und der bäuerlichen Bevölkerung, auch für die Siedlungsgebiete von existenzbedrohender Bedeutung sein kann, nämlich mit den flußbaulichen Maßnahmen an unseren Bundes- und Konkurrenzgewässern, mit ihren Auswirkungen und den Möglichkeiten und vor allem aber auch, um der zuständigen Abteilung ein anerkennendes Wort zu sagen, die sicherlich nicht immer unter sehr leichten Verhältnissen versucht, das Menschenmögliche herauszuholen, zumal es ja gerade in Katastrophensituationen auch nicht sehr leicht ist, in der erregten Psyche mit den Menschen umzugehen. Es ist erfreulich, festzustellen, daß in den vergangenen Jahren die Förderungsmittel für den Flußbau stetig angestiegen sind. So hat z. B. das Land im Jahre 1958 5,5 Millionen Schilling dafür ausgegeben, 1967 waren es bereits 24,5 Millionen Schilling. Das ist eine 4,5-

fache Steigerung, und das sich daraus ergebende Bauvolumen hat sich auch dementsprechend vergrößert und ist von 16 Millionen Schilling im Jahre 1958 auf 75 Millionen Schilling im Jahre 1967 angestiegen. Dabei möchte ich besonders auch in einem etwas lokalpatriotischen Anflug erwähnen, daß allein im Bereich der Bezirke Feldbach und Radkersburg im Jahre 1967 soviel verbaut wurde wie im Jahre 1958 in der ganzen Steiermark. Trotz der bedeutenden Ausweitung dieser flußbaulichen Tätigkeit sind naturgemäß die Verhältnisse zum Teil noch unbefriedigend, denn zahlreiche Wünsche kommen immer wieder heran und sollen erfüllt werden.

Besonders schwierig ist natürlich auch die Tatsache, daß durch die Unberechenbarkeit des Ortes und des Zeitpunktes der auftretenden Katastrophen letzten Endes es sehr schwer ist, ein langfristiges Programm konsequent durchzuführen, weil eben diese katastrophalen Ereignisse immer wieder tiefgreifende Umstellungen und kostspielige Hilfsmaßnahmen erfordern. Solche Hochwässer hat es bekanntlich fast in jedem Jahr in irgend einem Gebiet der Steiermark — einmal größer, einmal kleiner — gegeben, andererseits ist aber auch natürlich die Höhe der zur Verfügung stehenden Mittel ein maßgeblicher Faktor für das Bauvolumen und für die zu erfüllenden Möglichkeiten in der Flußverbauung. Wenn auch seinerzeit durch das Hochwasserschadensgesetz und dann durch das Katastrophengesetz, gesamtösterreichisch gesehen, Milliardenbeträge zur Verfügung gestanden sind, so ist trotzdem, das muß man feststellen, hier noch sehr viel zu tun. Ein großer Teil dieser Gelder geht natürlich für die Behebung der unmittelbaren Schäden auf und es ist eine bedauerliche Tatsache, daß man hier nicht immer so vorbeugend wirken kann, daß man irgendwo immer den Ereignissen nachrennt, weil eben die Unberechenbarkeit der Naturgewalten immer ins Kalkül gezogen werden muß. Besonders die Katastrophenjahre 1965 und 1966 haben aber auch einen wesentlichen Anstieg der Zuteilung der Förderungsmittel gebracht, die erstmalig im Jahre 1968, also wieder in diesem Jahre einen Rückgang zu verzeichnen haben.

Wir möchten dies besonders deshalb vermerken, weil es gerade in dieser Frage immer und immer wieder so ist, daß in Zeiten der Katastrophen eine Welle des Mitgefühls da ist, die allerdings dann immer wieder sehr, sehr schnell abklingt und man sich dann, fast hat es den Anschein, in der trügerischen Sicherheit wiegt, nun ist das vorüber, man denkt nicht mehr daran, daß es ja heute, morgen oder übermorgen wieder kommen kann.

Aber trotzdem wurden auch im Rahmen eines Schwerpunktprogrammes im Jahr 1968 wesentliche Bauabschnitte vorangetrieben bzw. fertiggestellt. Es ist dies besonders die Raab in der Grenzstrecke zwischen dem Burgenland und der Steiermark, wir kennen ja aus dem unmittelbaren Erleben und aus der unmittelbaren Erfahrung die segensreichen Auswirkungen dieser Regulierungsmaßnahmen. Es waren dies bei den Konkurrenzgewässern unter anderem — alles

aufzuzählen würde ja zu weit führen — der Pösnitzbach, der Katschbach, die Laßnitz, die Seifen bei Pöllau, es waren dies die Kainach bei Bärnbach, der Gnasbach, natürlich auch die Feistritz im Fürstenfelder Bezirk, das heißt auch die Ritschein bei Loipersdorf, die Oberfeistritz, der Wölzerbach, der Gamlitzbach und wie sie alle heißen mögen. Eine Vorschau, meine sehr geehrten Damen und Herren, auf 1969 wird zwar wieder etwas günstiger sein, doch haben die Wünsche nach Hochwasserfreimachung und durch die rasch zunehmende Mechanisierung in der Landwirtschaft, die ja in diesen hochwassergefährdeten Talböden besonders im Verhältnis zueinander stehen, und auch die Sicherung der Verkehrswege und der Siedlungen nach Erfüllung der Wünsche derart zugenommen, daß sicherlich wiederum nicht alles erfüllt werden kann.

Ich werde diese Probleme, meine sehr verehrten Damen und Herren nur deshalb sehr kurz aufzeigen, weil ich der Meinung bin und damit die Bitte verbinden möchte, daß der zuständige Referent und der Hohe Landtag auch in Zukunft diesen Problemen ein besonderes Augenmerk zuwenden möge, vor allem aber auch, daß die Bemühungen des Herrn Landeshauptmannes in Wien bei den Fragen nach dem Wasserbautenförderungsgesetz in dieser Hinsicht Erfolg haben, weil ich auch darauf hinweisen möchte und man auch darauf hinweisen muß, daß diese Dinge nicht damit abgetan sind, daß — wie vorhin schon gesagt — in Zeiten der Katastrophe eine Welle der Spendenfreudigkeit und des Mitleides durch die Bevölkerung geht, die aber sehr rasch wieder abklingt und weil man, glaube ich, immer wieder daran erinnern muß, daß nun einmal die Chancen einer modernen Landwirtschaft darin bestehen, daß man möglichst verhindert, daß ihre Möglichkeiten in den überschwemmungsgefährdeten Talböden periodisch wieder zunichte gemacht werden. Weil aber auch diese Frage für viele Siedlungsgebiete und Einzelsiedler sowie Hausbesitzer und Gewerbetreibende und alles, was sich eben in diesen Siedlungsgebieten befindet, nahezu an die Existenzbedrohung herangeht und weil man ja letzten Endes auch aus volkswirtschaftlichen Überlegungen sich bemühen soll, alles zu verhindern oder nach Möglichkeit zu verhindern, daß von Zeit zu Zeit Millionenwerte immer wieder verloren gehen.

Ich weiß sicherlich, daß das nie zur Gänze möglich sein wird, aber das Hohe Haus und wir alle, die wir Verantwortung tragen, sollen doch das Gefühl haben, das Möglichste in dieser Richtung getan zu haben. (Beifall.)

Präsident: Ich erteile Herrn Abg. Wuganigg das Wort. Der nächste Redner ist Herr Abg. Prenner.

Abg. Wuganigg: Herr Präsident, meine Damen und Herren! Die Debatte über unsere Straßenprobleme nimmt jedes Jahr einen beträchtlichen Teil unserer Beratungen ein. Damit dokumentieren wir die überragende Bedeutung, die

eben Verkehrsprobleme in unserer modernen Wirtschaft einnehmen. Dankbar können wir auch diesmal wieder zur Kenntnis nehmen, daß nahezu ein Zehntel der Budgetsumme, nämlich 378 Millionen Schilling, für die Erhaltung, für den Ausbau und für den Neubau von Straßen und Brücken für das Jahr 1969 zur Verfügung stehen.

In den vergangenen Jahren hat der Ausbau der Straßen in unserem Lande gute Fortschritte gemacht. Aber wir dürfen uns damit nicht zufriedener geben. Von den 3.128 km Landesstraßen werden noch immer rund 560 km Schotterstraßen geführt und es werden viele Jahre vergehen, ehe auch diese Straßen staubfrei sein werden. In manchen Teilen unseres Landes haben wir, was die Straßen betrifft, noch sehr vieles nachzuholen und damit will ich nur mehr sehr kurz zu einigen Straßenproblemen des Bezirkes Weiz in der Oststeiermark Stellung nehmen.

Die Verbindung zur Obersteiermark wird vorwiegend durch die Landesstraßen 24 und 25 hergestellt. Für den weiteren Ausbau dieser Straßen sind im Budget neun Millionen Schilling vorgesehen. Was für die Weststeiermark die Gaberlstraße ist, das bedeutet für die Oststeiermark die Landesstraße 25, die Alplstraße. Sie erschließt eine der schönsten Gegenden unseres Landes, auf ihr kommen im Sommer und im Winter ungezählte tausende Fremde, vor allem aus dem Wiener Raum in die Oststeiermark, sie dient dem Fremdenverkehr ebenso wie den Pendlern und ist für den Bezirk Weiz eine der wichtigsten Straßen. Dieser Bauabschnitt der Alplstraße von der Steinbauerngrabenbrücke an, die vorzüglich gelungen ist, die sich sehr schön in das Gelände einfügt bis St. Kathrein, dieser Abschnitt wird in seinem Verlauf stellenweise neu verlegt werden.

Ich will in die Details nicht eingehen, ich bin überzeugt, daß die Alplstraße nach der Fertigstellung mit zu den schönsten Bergstraßen der Steiermark zählen wird, wie überhaupt, was die Planung anbelangt, man den hiemit befaßten Beamten die volle Anerkennung aussprechen müßte. Im Augenblick befindet sich diese Straße in einem sehr, sehr schlechten Zustand und das ist umso schmerzlicher, als ja bereits im Budget 1968 für den Ausbau dieser Straße als 1. Rate ein Betrag von 3.350.000 Schilling eingesetzt war, am Ausbau dieser Straße in diesem Jahre aber überhaupt nichts getan wurde. (Landeshauptmann Krainer: „Dann müssen Sie zum Herrn Finanzreferenten gehen!“)

— Das stimmt nicht, das Geld war vorhanden. Es hat also an etwas anderem gelegen. Geschehen ist das ganze Jahr nichts.

Ich ersuche daher den Herrn Landeshauptmann als den zuständigen Referenten, in Anbetracht der Wichtigkeit dieser Straße den Ausbau im kommenden Jahr auf das Äußerste zu forcieren.

Ich freue mich, weiterhin feststellen zu können, daß im Norden des Bezirkes Weiz für den weiteren Ausbau der Landesstraße 1 ein Betrag von 5 Millionen Schilling und für die Landesstraße 298 ein Betrag von 7 Millionen Schilling

im Budget vorgesehen ist. Da unser Fremdenverkehr nach Wien tendiert, ist der Ausbau dieser Straße besonders zu begrüßen. (Landeshauptmann Krainer: „Meinen Sie von Weiz nach Wien?“)

Die Weizer kommen auch herauf, weil es sehr schön ist. Für das Teilstück Kreuzwirt—Schmied in der Weiz der L. 324 sind 3,6 Millionen vorgesehen, dieser Abschnitt kann somit fertiggestellt werden, und das ist ebenfalls eine sehr gute Nachricht für die vielen Erholungssuchenden und Sportler, die fast zu jeder Jahreszeit in dieses Gebiet kommen. Im Raume des aufstrebenden Fremdenverkehrsortes Gasen sind für den Bau von drei Brücken 2 Millionen bereitgestellt. Das ist sehr erfreulich. Aber wir dürfen nicht dabei vergessen, daß es dort neun Brücken gibt und daß erst, wenn diese Brücken gebaut und instandgesetzt sind, der Ausbau der Landesstraße Nr. 20 durchgeführt werden kann. Auch das ist ein besonderer Wunsch der dortigen Bevölkerung, die vor allen Dingen vom Fremdenverkehr lebt oder als Pendler zur Arbeitsstätte fahren muß. Die Umfahrung von St. Ruprecht/Raab wird mit einem Kostenaufwand von 3,6 Millionen im nächsten Jahr fertiggestellt. Die Umfahrung der Stadt Weiz wäre sicherlich nach Dringlichkeit eingestuft das nächste Projekt, an dessen Verwirklichung man schreiten müßte. (Abg. Pözl: „Die Stadtgemeinde tut da nichts!“)

Die hat damit gar nichts zu tun, Herr Abgeordneter, Sie müßten das doch wissen, die Stadtgemeinde unterstützt das jedenfalls. Sie wartet seit eineinhalb Jahrzehnten darauf. (Abg. Pözl: „Bis die Heinzelmännchen kommen!“)

Es ist dies der langjährige Wunsch der Bevölkerung einer Stadt mit nahezu 9.000 Einwohnern. Ich weiß bereits, daß an der Ausarbeitung dieser Umfahrung gearbeitet wird und daß die Detailprojekte bis zum Ende des nächsten Jahres, wir wollen es hoffen, fertiggestellt sein werden. Die Landesstraße Nr. 1 gehört zu jenen Straßen, welche eine hohe Verkehrsfrequenz aufweisen, ein Verkehr, der sich durch die engen Straßen der Stadt Weiz bewegt und unnütz Sicherheit und Leben der Bewohner gefährdet.

Namens der Bevölkerung der Stadt Weiz möchte ich hier den dringenden Wunsch anmelden, den Ausbau der Umfahrung Weiz so rasch als möglich in Angriff zu nehmen. (Abg. Pözl: „Die erste Intervention!“)

Gestatten Sie mir, daß ich abschließend noch eine Frage an den Herrn Landeshauptmann richte. Die Wechsel-Bundesstraße befindet sich im Ausbau. Wir haben das heute schon einmal gehört. Sie ist als die kürzeste Verbindung nach Wien von großer wirtschaftlicher Bedeutung. Herr Landeshauptmann, wann wird diese Straße, die für die gesamte Oststeiermark so wichtig ist, fertiggestellt sein? (Abg. Prof. Dr. Eichtinger: „Das soll der Kollege Schön sagen!“ — Beifall bei der SPÖ.)

Präsident: Ich erteile Herrn Abgeordneten Prenner das Wort. Abg. Aichholzer ist der nächste Redner.

Abg. Prenner: Hohes Haus, meine sehr verehrten Damen und Herren! Zur Gruppe 6 möchte ich auf die Wechsel-Bundesstraße im besonderen hinweisen. Diese Straße hat eine Länge von 66 km auf steirischem Gebiet und soll bis 1972, verehrter Herr Kollege Wuganigg, fertiggestellt sein. Die Strecke Hartberg—Gleisdorf wurde 1960 fertiggestellt. In der Zeit von 1960 bis 1967 folgten dann die Abschnitte Hartberg in einer Länge von 2,6 km und rund 6 km Teilabschnitt Pinggau—Thalberg sowie die Umfahrung Grafendorf mit 5 km. Gleichzeitig mit der Verkehrsübergabe der Strecke Hochstraße Thalberg konnte auch das Teilstück Penzendorf mit rund 3 km dem Verkehr übergeben werden. Das noch nicht ausgebaute Stück zwischen der steirisch-niederösterreichischen Landesgrenze und Pinggauberg mit einer Länge von 6 km wurde bereits vergeben und mit den Arbeiten begonnen. Dieses Bauos soll bis 1970 fertiggestellt sein. Der restliche noch offene 6 km lange Abschnitt Limbach—Lafnitz wird im Jahre 1969 begonnen und soll 1972 fertiggestellt sein.

Hohes Haus, meine sehr geehrten Damen und Herren! Der Ausbau der Wechsel-Bundesstraße — er wurde heute hier schon öfters erwähnt — ermöglicht eine schöne Verbindung zwischen Wien und Graz, führt durch ein schönes Gebiet der Oststeiermark und stellt für unser Gebiet eine wirtschaftliche und fremdenverkehrsmäßige Notwendigkeit dar. Ich möchte allen danken, die sich für den Ausbau und die Fertigstellung der Wechsel-Bundesstraße eingesetzt haben und noch einsetzen. Auf die Frequenz dieser Straße möchte ich durch drei Straßenverkehrszählungen aufmerksam machen, und zwar wurden am 29. Juni 1968 die Pkw-Einheiten von Niederösterreich nach Graz in der Zeit von 6 Uhr früh bis 22 Uhr abends gezählt. Es waren 2.622 Einheiten. Am 28. Juli 1968 von Niederösterreich nach Graz 1.901 Einheiten und von Graz nach Niederösterreich 2.532 Einheiten, das ergibt eine Tagesfrequenz von 4.433 Pkw-Einheiten. Am 15. August 1968 wurden gezählt von Niederösterreich nach Graz 2.566 Einheiten und von Graz nach Niederösterreich 1.849 Einheiten, also insgesamt 4.515 Einheiten.

Ich glaube, daß man aus dieser Frequenz sieht, wie wichtig diese Verbindungsstraße Wien—Graz ist. Aber, Hohes Haus, als eine besondere Härte wird empfunden, daß der Bund die aufgelassenen Straßenstücke, wie z. B. in Grafendorf, wo drei Berge zu überfahren sind, sowie Pinggauberg und Friedberg—Pinggau, den Gemeinden aufgelastet hat, ohne diese Straßenstücke vorher zu sanieren. Das ist oft für eine Gemeinde eine Mehrbelastung von 100.000 Schilling und mehr. Ich ersuche daher die Landesregierung, beim Bund vorstellig zu werden, daß der Bund mehr Landesstraßen übernimmt, damit das Land die Straßen übernehmen kann, die die betreffenden Gemeinden sehr belasten. (Beifall.)

Präsident: Ich erteile Herrn Abg. Aichholzer das Wort. Nach ihm spricht Abg. Lautner.

Abg. Aichholzer: Hohes Haus, meine Damen und Herren! Zum Kapitel Verkehr sprach ich

schon im vorigen Jahr in diesem Hause, und zwar vor allem im Hinblick auf die Verkehrssicherheit, den Verkehr und die Verkehrserziehung. Zurückschauend auf das vergangene Jahr kann ich nun feststellen, daß in Anbetracht der vielseitigen und nach wie vor aktuellen Probleme es notwendig ist, auch diesmal wieder auf die Verkehrssituation im allgemeinen einzugehen.

Wenn man einen Vergleich ziehen könnte, müßte man sagen, meine Damen und Herren, daß die im Betrieb stehenden Straßenfahrzeuge aller Art den vorhandenen Straßenkilometern einfach davonlaufen, das heißt, daß die vorhandenen Straßenflächen die Fahrzeuge kaum mehr aufnehmen, insbesondere in der Urlaubszeit und das wieder besonders an neuralgischen Punkten, die die Situation dann oft lebensgefährlich machen. Die steirische Statistik für das zweite Vierteljahr 1968 zeigt zwar einen Rückgang von Zulassungen bei neuen Pkw's gegenüber dem gleichen Zeitabschnitt 1967. Neu für den Verkehr zugelassen wurden im zweiten Vierteljahr 684.672 Pkw's. Dem steht aber die bedauerliche Tatsache gegenüber, daß die Unfalls- und Todesquote im Verkehr fast gleich geblieben ist. Es ereigneten sich im zweiten Vierteljahr 1968 in der Steiermark 2.182 Unfälle mit Personenschäden. Dabei wurden 2.858 Personen verletzt und 96 Personen getötet.

Gegenüber dem Vergleichszeitraum des Vorjahres ergibt sich zwar eine Verminderung um 158 Schadensfälle, doch ist die Zahl noch immer erschreckend hoch. Wenn dazu auch eingeräumt wird, daß nicht in jedem Falle die bestehenden Straßenverhältnisse oder der besonders dichte Verkehr schuld ist an den Unfällen, so liegt aber doch gerade hier auf diesem Gebiet jene Ebene, von der aus der Gesetzgeber selbst zu Maßnahmen greifen kann, die eine Entschärfung der Situation und eine Senkung der Unfallziffern herbeiführen könnte. Zur Sicherheit des Lebens und zur Gesundheit eines jeden einzelnen Staatsbürgers beizutragen, scheint mir zur obersten Aufgabe aller Gebietskörperschaften zu gehören. Und es erstreckt sich diese Aufgabe der Sicherheit immer mehr auf den Straßenverkehr. Darüber hinaus ist aber auch zu bedenken, daß in volkswirtschaftlicher Hinsicht unsere Transportmöglichkeiten nicht immer so ausgenutzt werden, wie es am zweckmäßigsten und rationellsten wäre. Im Grunde genommen stehen für den gesamten Verkehr gerade aber auch für den schweren Last- und Fernverkehr viele Verkehrsmöglichkeiten zur Verfügung, nämlich 1. die Schiene, 2. die Straße und 3. Luft- und Wasserwege, wobei ich leider gleich auch zu der Feststellung kommen muß, daß sich der schwere Last- und Fernverkehr auch sehr stark auf der Straße abwickelt, wo er, meiner Meinung nach, meine Damen und Herren, in diesem Umfange nicht hingehört. (Landeshauptmann Krainer: „Da gebe ich Ihnen recht!“)

Es vergeht kaum ein Tag, an dem nicht bekannt wird, daß durch einen Tankwagenunfall, Herr Landeshauptmann, oder durch einen Unfall eines anderen schweren Lastwagens

Personen- und oft sogar beträchtlicher Sachschaden entstand. Es ist ferner nichts Neues, daß sich hinter Fernverkehrslastwagen und Schwerverzeugen aller Art Kolonnen von Pkw's bilden, wodurch sich eine zusätzliche und besonders schwere Unfallgefährdung einstellt. Durch diese Unfälle werden von Tag zu Tag Schäden angerichtet, die in die Millionen von Schillinge gehen.

Ich bin der Meinung, meine Damen und Herren, es geht einfach nicht mehr an, diesen Dingen freien Lauf zu lassen und man kann hier sehr wohl, von Seite des Gesetzgebers her, einschneidende Maßnahmen treffen. Nicht nur in Österreich, sondern auch in vielen anderen westlichen Staaten zeigt das vorhandene Verkehrsnetz das gleiche Bild. Die Straßen sind überbelastet, die Schienenwege sind unterbelastet und dies ist eigentlich, meine Damen und Herren, eine sehr kostspielige Situation für einen so kleinen Staat wie Österreich. Der Staat kommt mit dem Straßenbau nicht nach, der außerdem enorme Summen verschlingt und das Defizit der Bundesbahnen ist andererseits im letzten Jahr sogar noch angestiegen. Wenn man darüber polemisieren wollte, meine Damen und Herren, könnte man sagen (Abg. Nigl: „Aber Du sagst es nicht!“), daß die Verkehrsminister unserer Fraktion doch noch besser gewirtschaftet haben, als es jetzt die ÖVP-Regierung macht. (Abg. Pölzl: „Man könnte das schon sagen, aber stimmen tut das nicht!“)

Aber so einfach liegen die Dinge ja nicht, meine Damen und Herren. Die gesamte Verkehrssituation erfordert nun einmal entsprechende Eingriffe in die Verkehrswirtschaft und je eher man dies in Angriff nimmt, um so besser. Höchste Zeit hiezu wäre es schon.

Ich habe bereits mit meinen Klubkollegen am 3. Dezember 1966 diesem Hause einen Antrag vorgelegt, der besagt, daß die Landesregierung aufgefordert wird, dahingehend einzuschreiten, daß Maßnahmen in die Wege geleitet werden, die Verlagerung des Schwerverkehrs insbesondere des Tankwagenverkehrs von der Straße auf die Schiene zu ermöglichen. Leider muß ich hiezu feststellen, daß in dieser Hinsicht außer der Vorlage dieses Antrages an die Europäische Verkehrsministerkonferenz kaum etwas geschehen ist. In Westdeutschland hingegen, meine Damen und Herren, aus einem Land, aus dem man immer gerne Anregungen aufgreift, sofern man will, ist man in dieser Sache einen bedeutenden Schritt weitergegangen. Dort soll entsprechend einer Vorlage des Verkehrsministers ab Juli 1970 verschiedenes Massengut im Fernverkehr nur mehr mit der Bahn transportiert werden dürfen. Hand in Hand sind auch verschiedene andere damit zusammenhängende Maßnahmen in Vorbereitung. Ein konkretes Ergebnis dieser Maßnahmen tritt mit 1. Jänner 1969 schon in Kraft, nämlich die Beförderungssteuer für Gütertransporte.

Ich zitiere: Für die gewerblichen Straßengüter im Fernverkehr in der Bundesrepublik Deutschland tritt am 1. Jänner 1969 die Beförderungssteuer von 1 Pfennig je Tonnenkilometer in

Kraft. Das Beförderungssteuergesetz, das Kernstück des sogenannten Leberplanes, das vom Bundestag schon gebilligt wurde, hat am Freitag auch die Zustimmung des Bundesrates erhalten. Sinn der Besteuerung ist es, den Transport von Massengütern von der Straße auf die Schiene zu verlagern.

Meine Damen und Herren, ich stelle dazu die Frage, ist es denn wirklich so unmöglich, auch bei uns in Österreich auf gesetzlicher Basis zu erreichen, daß der Schwer- und Fernverkehr, vor allem der Transport von Mineralölen auf die Schiene verlegt wird. Es wäre damit vielen geholfen. Die schweren Unfälle würden bedeutend herabsinken, die Straßen würden mehr geschont, das Leben besser geschützt und letztlich könnte auch die Bundesbahn eine Einnahmensteigerung aus dem Güter- und Warenverkehr erreichen. Spezialwagen müßten sicherlich von dem vorhandenen Güterwagenbestand der Bundesbahn ergänzt werden und diese ist sicherlich in der Lage, sich auf einen erhöhten Warentransport einzustellen. Der Nahverkehr könnte dann vom Transportgewerbe übernommen werden und ebenso wird es sicherlich auch notwendig sein, rasch verderbliche Waren weiterhin auf der Straße zu transportieren.

Hier den Hebel anzusetzen, hieße wirklich generelle und weitschauende Maßnahmen zu treffen, denn es wird nicht mehr lange dauern, dann wird eine Situation eintreten, die diese Änderungen im Verkehr unbedingt erzwingen werden. Da eine entsprechende Verkehrsplanung vor allen Dingen Zeit kostet, kann es nicht früh genug sein, an Hand einer generellen Verkehrsplanung der kommenden Situation gewachsen zu sein. Daneben stehen aber noch die Luft- und Wasserverkehrswege zur Verfügung, die jedoch infolge ihrer begrenzten Einsatzmöglichkeit entweder durch zu hohe Kosten oder schwere Erreichbarkeit oder nur dort eingesetzt werden können, wo sich eine günstigere Beförderung als auf der Schiene ergibt. Aber auch diese beiden Verkehrsmöglichkeiten gehören in das Konzept einer Verkehrsplanung.

Für die Zukunft, meine Damen und Herren, müssen aber auch noch die Pipelines für die Beförderung flüssiger Waren in das Konzept eingeplant werden. Ich bringe daher gemeinsam mit meinen Klubkollegen zu dieser Frage neuerlich einen Antrag ein, dem erfreulicherweise auch die Kollegen der ÖVP-Fraktion beigetreten sind, welcher besagt: Die Landesregierung wird aufgefordert 1. bei der Bundesregierung dahingehend vorstellig zu werden, daß diese dem Nationalrat entsprechende Vorschläge unterbreitet, die geeignet sind, eine Verlagerung des Schwerverkehrs insbesondere des Transportes von flüssigen Brennstoffen soweit als möglich von der Straße auf die Schiene sicherzustellen und damit das bedrohliche Ansteigen der schweren Unfälle auf unseren Straßen hintanzuhalten. 2. im eigenen Wirkungsbereich alle Möglichkeiten auszuschöpfen, die geeignet sind, dem gleichen Ziele zu dienen.

Meine Damen und Herren! Der Verkehr in seiner Gesamtheit ist eine der primärsten Le-

bensfragen unserer Gesamtwirtschaft. Eine Planung in dieser Hinsicht gehört genauso dazu wie eine Energieplanung, wie die Bemühungen um eine Strukturverbesserung, wie die Planung einer besseren Ausbildung für unsere Kinder. Es ist daher notwendig, auch dieser Sache gleiche Aufmerksamkeit zu schenken, wie den anderen Sparten des öffentlichen Lebens.

Wenn wir nicht wollen, daß uns der Verkehr auf der Straße überrollt, nicht mehr gelenkt und in geordneten Bahnen gehalten werden kann, dann muß diese Verantwortung, die der Staat zu tragen hat, klar aufgezeigt und verlangt werden, eine zukunftsgerechte Verkehrsplanung auszuarbeiten und auch in die Tat umzusetzen.

Ein anderes Problem, meine Damen und Herren, das ebenfalls, wenn auch im erweiterten Rahmen, zum Kapitel Verkehr gehört, ist die Besteuerung oder Steuerleistung, die die Kraftfahrzeughalter aufzubringen haben. Nach dem derzeitigen Verhältnis der Besteuerung könnte man behaupten, die Pkw-Fahrer zahlen den Hauptanteil zur Straßenerrichtung und -erhaltung, und die Schwerlastfahrzeuge tragen den Hauptanteil an der Straßenabnutzung. Diese Tatsache ist allgemein bekannt. Es bestreitet sie auch niemand. Aber typisch österreichisch ist es wieder einmal — oder besser gesagt, typisch für die Bundesregierung — daß man daraus nicht die entsprechenden Konsequenzen ziehen will. (Abg. Pözl: „Weil die Bundesbahnen rot geführt sind. Es fehlen nur noch das Pfeiferl und das rote Kapperl!“)

Eine besondere Aktualität erhält diese Tatsache der ungerechten Besteuerung, wenn die vor einigen Tagen erschienene Pressemeldung stimmt, daß der Bund seine Leistungen aus dem außerordentlichen Budget für den Autobahnbau eingestellt hat. Ab 1969 ergibt sich damit, daß der Bau von Autobahnen und Bundesstraßen lediglich durch die zweckgebundene Mineralölsteuer und durch die Sondersteuer für Kraftfahrzeuge finanziert werden soll. Es besteht damit die hohe Wahrscheinlichkeit, daß es zu einer weiteren Benzinpreiserhöhung kommen dürfte. Es sollten aber wirklich ernste Untersuchungen durchgeführt werden, die auf die Pkw's zuzulassende Benzinpreiserhöhung auf eine andere Art abzufangen. Es erschien mir dabei die Überlegung zweckmäßig, wenn schon eine Erhöhung unabwendbar erscheint (Abg. Prof. Dr. Eichinger: „Wann kommt sie denn, Herr Kollege? Wissen Sie schon etwas?“), einmal den Dieseltreibstoff zu durchleuchten und vielleicht entsprechend anzuheben. Dadurch würden jene Verkehrsteilnehmer, die die größte Abnutzung der Straßen hervorrufen, gegenüber den Pkw-Benützern in eine gerechtere Relation gestellt werden, wenn man schon nicht bereit zu sein scheint, auf dem beförderungssteuerrechtlichen Sektor eine Änderung herbeizuführen, die dem Benütungsverhältnis der Straßen besser entsprechen würde. (Abg. Pözl: „Dann werden die Lastwagen auf Benzin umgestellt!“)

Meine Damen und Herren! Zu diesem Kapitel möchte ich aber nun noch einige Dinge auf-

zeigen, die den Bezirk Leibnitz betreffen. Festgestellt sei zunächst, daß die Landes- und Gemeindestraßen unseres Bezirkes einigermaßen den heutigen Verkehrsbedürfnissen entsprechen und daß sich diese Situation noch weiter verbessern wird, wenn die Sobother Straße, der Ausbau des Radlpasses und die Umfahrung Radkersburg sowie die Sulmtalstraße fertiggestellt sein werden. Mit der Packer-Bundesstraße und dem Gaberl-Übergang und den vorher genannten Straßen ergeben sich damit Ost-West-Verbindungen mit der teilweisen Möglichkeit des grenzüberschreitenden Verkehrs, die auch geeignet sein werden, einen weit stärkeren Verkehr oder ein größeres Verkehrsvolumen aufzunehmen.

Ganz anders aber sieht die Situation bezüglich der Nord-Süd-Verbindung aus, die die Hauptverkehrsader in unserem Bezirk bis zur Grenze bildet und über die, neben dem Binnenverkehr, ein großer Teil des Urlaubs- und fast der gesamte Transitverkehr rollt. Es ist keine Neuigkeit, meine Damen und Herren, wenn ich feststelle, daß die Bundesstraße 67, die diesen Nord-Süd-Verkehr aufnehmen muß, völlig überbelastet ist, wozu sich noch die neuralgischen Punkte der Ortsdurchfahrt in Wildon und seit einiger Zeit auch die Baustelle in Feldkirchen ergeben.

Ich muß daher zum wiederholten Male fordern: Den Ausbau der Pyhrn-Autobahn und dies ist heute schon einige Male erwähnt worden, dem unbedingter Vorrang einzuräumen ist, da eine ausreichende Nord-Süd-Verbindung für unser Land ebenso wichtig ist, wie ausreichende Ost-West-Verbindungen. Damit im Zusammenhang steht aber auch der Ausbau des Straßenzollamtes Spielfeld, das nach seiner Fertigstellung sicherlich jene Visitenkarte für die Steiermark und für Österreich abgeben wird, die den internationalen Maßstäben entspricht und wie wir es schon lange wünschen.

Und schließlich möchte ich zum Schluß nochmals auf die Notwendigkeit der Errichtung einer Über- oder Unterführung der Landesstraße 149 bei der Bahnübersetzung von Leibnitz nach Wagna hinweisen, zumal ich mit Bedauern feststellen muß — der Herr Landeshauptmann ist leider nicht da — daß im Jahre 1969 hierfür keine Mittel vorgesehen sind. Ich ersuche daher den zuständigen Referenten, dieser Frage bei der nächsten Budgeterstellung auf dem Straßenbau-sektor den Vorrang einzuräumen. (Beifall bei der SPÖ.)

Präsident: Ich erteile Herrn Abg. Lautner das Wort. Abg. Schrammel ist der nächste Redner.

Abg. Lautner: Hohes Haus, sehr geehrte Damen und Herren! Der Abschnitt 68 der Gruppe 6 befaßt sich mit der Versorgungswasserwirtschaft und bei der Ausgabenseite besonders mit den Förderungsmaßnahmen. Am 6. Mai erfolgte in Straßburg die feierliche Verkündigung der Europäischen Wassercharta. In 12 Grundsätzen wird hierin die Bedeutung des Wassers für Leben, Gesundheit, Wirtschaft und Kultur und die sich

daraus ergebenden Maßnahmen zur Erhaltung von Menge und Güte des Wasserschatzes herausgestellt. Die Wassercharta stellt unter anderem fest, daß es ohne Wasser kein Leben gibt und Wasser ein kostbares und für den Menschen unentbehrliches Gut ist. Daraus ergibt sich weiters, daß jedermann mit Wasser sparsam umzugehen hat. Die Qualität des Wassers muß den Anforderungen der Volksgesundheit entsprechen. Um nun dies zu gewährleisten, bedarf es einer entsprechend geordneten Versorgung der Bevölkerung mit einwandfreiem Trinkwasser. Aus diesem Grunde wurden in den letzten zehn Jahren in vermehrtem Maße Wasserversorgungsanlagen gebaut. Zuständig für den Bau dieser Wasserversorgungsanlagen sind entweder Interessengruppen oder die Gemeinden. Da es aber diesen Stellen allein nicht möglich ist, für die meist enormen Kosten aufzukommen, stellen Bund und Land verbilligte Kredite und in großem Maße auch Beihilfen zur Verfügung. Gerade das Land Steiermark ist sich bewußt, wie notwendig es ist, die Bevölkerung mit einwandfreiem Grundwasser zu versorgen. Es stellt daher auch die entsprechenden Mittel zur Verfügung.

Im Budget 1969 sind für Beiträge an Gemeinden, Wasserverbände und Wassergenossenschaften für versorgungswasserwirtschaftliche Bauten 31,500.000 Schilling vorgesehen. Im Jahre 1968 waren es 24 Millionen Schilling. Im Jahre 1968 wurden in der Steiermark 98 größere und kleinere Wasserversorgungsanlagen finanziell gefördert. Acht Wasserversorgungsanlagen wurden fertiggestellt, und zwar Turnau, Turnau-Seewiesen, Bärnbach, Lodersdorf, Wildon, Lobming bei Voitsberg, Kindberg und Übelbach. Der Ausbau von 38 Anlagen wurde fortgesetzt, darunter die Wasserverbände Blumegg-Lannach, Eibiswald-Wies, Söding-Lieboch, Stainzthal und Köflach-Voitsberg sowie die Gemeinden Deutschlandsberg, Gleisdorf, Fürstenfeld, Neuberg a. d. Mürz, Gratwein, Mureck, St. Michael und Seiersberg.

Aus dieser Aufzählung können Sie entnehmen, daß auch Industriegemeinden aus eigener finanzieller Kraft nicht in der Lage sind, die erforderlichen Aufgaben allein zu bewältigen und daher auf die wirksame Hilfe des Bundes und des Landes angewiesen sind. Für die oben angeführten Anlagen wurden insgesamt rund 160 km Versorgungsleitungen und 18 Hochbehälter mit einem Nutzinhalt von zusammen 8.000 m³ errichtet. Das Land Steiermark hat zu diesen im Jahre 1968 fertiggestellten Anlagen und Anlagenteilen zusammen 14,310.000 Schilling beigetragen, darunter an nicht rückzahlbaren Beiträgen 13,130.000 Schilling.

Als durchschnittliche Förderung ergeben sich daher für das Jahr 1968 rund 22 Prozent. Vom Wasserwirtschaftsfonds wurden zu diesen Anlagen im Jahre 1968 rund 26 Millionen an Fondsdarlehen zur Verfügung gestellt. Im Jahre 1969 werden voraussichtlich 15 Wasserversorgungsanlagen fertiggestellt, 26 weitergeführt und 15 neu begonnen. Darunter sind als größere zu nennen: Admont, Frohnleiten, Krieglach, Judenburg, St. Radegund und der Wasserverband Halben-

rein-Tieschen. Insgesamt werden von Bund, Land, Gemeinden und Wasserverbänden im Jahre 1969 rund 155 Millionen für den Bau von Wasserversorgungsanlagen ausgegeben. Ich glaube, die öffentliche Hand beweist damit, daß sie ihre Aufgabe, die Bevölkerung mit einwandfreiem Trinkwasser zu versorgen, sehr ernst nimmt.

Und zum Schluß noch eine Feststellung. Sollte auch jeder von uns den Auftrag der Europäischen Wassercharta derart ernst nehmen, nämlich alles zu unternehmen, um Wasser sauber zu halten, es nur sparsam und mit Sorgfalt zu verwenden, so braucht uns um die Zukunft des Lebensspenders Wasser nicht bange zu sein. (Allgemeiner Beifall.)

Präsident: Ich erteile Herrn Abg. Schrammel das Wort. Nach ihm spricht Herr Abg. Ileschitz.

Abg. Schrammel: Meine Damen und Herren, Hoher Landtag! Die Bedeutung der Südbahn soll nicht deshalb geschmälert werden, weil heute schon so viele Abgeordnete Straßenwünsche und Straßenprobleme vorgetragen haben. Ich denke nun an den Zauberlehrling, weil ich auch noch weitere Wünsche anknüpfen möchte. Sie kennen alle den 1. Abschnitt der Südbahn, der bereits voll im Ausbau ist und zwar das Teilstück Gleisdorf—Graz—Mooskirchen. Es soll damit erwirkt werden, daß einerseits die am stärksten frequentierten Bundesstraßen, es ist das die Fürstenfelder-Bundesstraße Nr. 65, die sogenannte Riesstraße und die Packer-Bundesstraße Nr. 70 im Abschnitt Graz—Lieboch entlastet werden. Als zweiter Bauabschnitt zu dieser Südbahn ist dann als Richtungsfahrbahn, als sogenannte Halbbahn das Teilstück Mooskirchen bis auf die Pack vorgesehen. Der Raum zwischen Gleisdorf und Hartberg würde sich natürlich wünschen, daß dieses Teilstück zuerst ausgebaut wird. Wir kennen aber die stark frequentierte Straße auf der Pack und wir wissen, daß dort die Notwendigkeit eher gegeben ist als in Richtung Hartberg von Gleisdorf ausgehend.

Es muß auch erwähnt werden, daß in der Zwischenzeit ohnedies mit der vorher ausgebauten Wechselbundesstraße Nr. 44 der Verkehr zwischen dem Wiener und dem Grazer Raum entlastet werden kann. Im Raume zwischen Gleisdorf und Hartberg sind die Bautechniker jetzt daran, auch die Trassierung mit Zustimmung der zuständigen Stellen festzulegen. Ich möchte hier konkret hervorheben, daß es für die Landwirtschaft von größter Bedeutung ist, daß die Trassenführung ehebaldigst festgelegt wird, damit die Folgearbeiten und zwar Grundzusammenlegungen, Entwässerungen, Regulierungen und die übrigen Meliorationsarbeiten durchgeführt werden können.

Es dürfte Ihnen bekannt sein, daß in einem Gebiet, das sehr industriearm ist, die Bauern schon förmlich ein Jahrzehnt auf diese dringend notwendigen Arbeiten warten müssen, eben gerade deshalb, weil die endgültige Trasse noch

nicht feststeht. Im Gutachten des Institutes für Raumplanung in Wien wird natürlich die Trassenführung im Bereich Ilz nächst Fürstenfeld kritisch vermerkt, mit der Begründung, daß die Luftlinie von Gleisdorf nach Hartberg etwa analog der Wechselbundesstraße wesentlich kürzer wäre. Vom Standpunkt der Bundesstraßenverwaltung — Autobahn Steiermark — wird jedoch dazu bemerkt, daß die Trassenführung im engsten Einvernehmen mit der Landes- und Ortsplanung beim Amt der Steiermärkischen Landesregierung in der Weise erfolgte, daß man an den Ausbau von Gleisdorf ausgehend über Ilz in Richtung Hartberg denkt. Und zwar mit der Begründung, daß entlang der Wechselbundesstraße, nachgewiesen durch die geologischen Gutachten, kostspielige zusätzliche Bauten vorgenommen werden müßten und die Ausführung der vorgesehenen Trasse über den Raum Fürstenfeld wesentlich billiger zu stehen käme.

Es ist auch hier das Gebiet der Oststeiermark, das der Herr Hofrat Posch in seinem Buch, in dem er die Kuruzzenkriege beschreibt, als die flammende Grenze nennt, sehr von Bedeutung, daß das sehr industriearme Gebiet der Oststeiermark enger an die internationalen Verkehrswege herangebracht wird. Wenn die Bau fachleute die Meinung vertreten, daß das Teilstück Gleisdorf—Hartberg mit der Trassenführung über den Fürstenfelder Raum mit einer Länge von rund 50 km etwa 1,5 Milliarden Schilling kostet, so wissen wir, daß natürlich neben den vielen sonstigen Straßenwünschen mit einer Realisierung nicht in allernächster Zeit gerechnet werden kann.

Nachdem aber alle technischen Voraussetzungen dafür sprechen, möchte ich als zuständiger Mandatar dieses Gebietes den Wunsch an den Herrn Landeshauptmann weitergeben, die Trassenführung möge so gewählt werden, daß der Bezirk Fürstenfeld und das südliche Burgenland direkt an das internationale Verkehrsnetz angeschlossen werden. (Beifall.)

Präsident: Ich erteile Herrn Abg. Ileschitz das Wort. Abg. Zagler ist der nächste Redner.

Abg. Ileschitz: Hohes Haus, meine Damen und Herren! Ich möchte mir erlauben, in kurzer zusammengefaßter Form in dieser Gruppe auch heuer einige Straßenwünsche des Bezirkes Graz-Umgebung vorzutragen. Obwohl mir bewußt ist, daß der Herr Landeshauptmann als zuständiger Straßenreferent damit keine wahre Freude haben wird, handelt es sich doch wieder um Urgegnen. Schon seit mehreren Jahren versuche ich, eine Lanze für den Ausbau der Landesstraße von Steinberg nach Rohrbach bzw. Hitzendorf zu brechen.

Mit dem Ausbau dieses Straßenstückes würde eine kleine Ringstraße in ein landschaftlich besonders schönes Gebiet für die Erholungssuchenden und Urlauber geschaffen werden. Andererseits aber möchte ich eine Lanze brechen für die vielen Pendler aus diesem Gebiet, die täglich zur Arbeit nach Graz fahren und viel mehr

Schutz vor Witterungsunbilden hätten, wenn die Straßen dort staubfrei gemacht würden. Dem Hohen Haus ist weiters bekannt, daß die Packer-Bundesstraße von Lieboch nach Graz vor allen Dingen zu Stoßzeiten mehr als überbelastet ist. Im Winter ist die Bergstrecke von Lieboch nach Tobelbad und von Tobelbad in Richtung Graz durch Glatteis bzw. Schneeglätte oft sehr gefährlich zu befahren. Ich habe am vergangenen Sonntag abends bei einer Fahrt zu einer Barbarafeier nach Köflach hinaus feststellen können, daß eine ganze Reihe von Autos in einer riesigen Kolonne nicht imstande waren, den Berg zu befahren. Der Streudienst war nicht rechtzeitig da, was vorher gestreut war, war weg und die Autos sind gehängt. Es waren gewaltige Stauungen. Ich möchte in diesem Zusammenhang darauf hinweisen, daß gerade das Landstraßenstück abzweigend von der Bundesstraße Lieboch—Tobelbader Höhe, und zwar in Richtung Unterpremstätten als Umfahrungsstraße für den Tobelbaderberg hervorragend geeignet wäre.

Es wären nur einige Kilometer von Lieboch bis Unterpremstätten zu verbreitern, mit einer staubfreien Decke zu versehen, und die gesamte Tobelbader Höhe einschließlich der Langsamfahrstrecke durch das Gebiet des Rehabilitationszentrums könnte umfahren werden. Die Unfallhäufigkeit wäre nicht gegeben. Ich möchte daher an Sie, Herr Landeshauptmann, das echte Ersuchen richten, diesem Projekt näherzutreten und wenn möglich, im Budget 1970 die entsprechenden Mittel für den Ausbau dieses kurzen Straßenstückes zur Verfügung zu stellen.

Nun kurz zu einem anderen Kapitel. Mit dem Neubau der Bundesstraße von Eggenfeld durch Gratkorn Richtung Graz ist die bisherige Bundesstraße durch Gratkorn vom Bund der Gemeinde Gratkorn überantwortet worden. Mehrfach hat die Marktgemeinde Gratkorn bereits an das Amt der Landesregierung das Ersuchen gestellt, dieses aufgelassene Bundesstraßenstück als Landesstraße zu übernehmen und dies nicht ohne Begründung. Dieses Straßenstück, das den gesamten Verkehr — und dies sind 75 Prozent der Verkehrsfrequenz von Gratkorn nach Gratwein—Rein — von Gratkorn nach Gratwein—St. Oswald—Bartholomä—Stallhofen bzw. Gratkorn—Gratwein—Judendorf und Gratkorn—Gratwein—Groß-Stübing—Deutschfeistritz, die durchwegs mit Ausnahme der Ortsdurchfahrt Gratkorn Landesstraßen sind, aufzunehmen hat, kann auf Grund der starken Frequenz nicht von der Gemeinde erhalten werden. Sämtliche Bundesbahn-, Post- und privaten Autobuslinien in die genannten Gebiete verkehren über dieses ehemalige Bundesstraßenstück. Aus der Aufzählung dieser Tatsachen ist ersichtlich, daß dieses aufgelassene Bundesstraßenstück durch Gratkorn viel weniger von Bewohnern dieser Ortschaft als vom Durchzugsverkehr frequentiert wird. Ich richte daher an Sie, Herr Landeshauptmann sowie an die Landesregierung das dringende Ersuchen, das Ansuchen der Gemeinde Gratkorn um Übernahme dieses ehemaligen und doch so wichtigen Bundesstraßenstückes als

Landesstraße wohlwollend zu überprüfen und die Notwendigkeit der Übernahme als Landesstraße anzuerkennen. (Allgemeiner Beifall.)

Präsident Dr. Kaan: Ich übernehme wieder den Vorsitz und erteile das Wort Herrn Abg. Zagler. Als nächster ist vorgemerkt Herr Abg. Meisl.

Abg. Zagler: Hohes Haus, meine Damen und Herren! Ich möchte über die Straßen nicht allzu viel reden (Landeshauptmann Krainer: „Alles in bester Ordnung!“), aber zumindestens einige Wünsche für unseren Bezirk anmelden.

Ich glaube, der größte Wunsch wäre wohl, bei der Bundesstraße Nr. 70 in Köflach eine Umfahrung zu machen. Köflach ist so verstopft, daß man in Stoßzeiten tatsächlich praktisch auch zu Fuß nicht mehr durchkommt.

Genau vor zehn Jahren ist der Ausbau der Gaberl-Landesstraße zur Sprache gebracht worden. Nach zehn Jahren mußte ich feststellen, daß wohl sehr viel dabei gemacht wurde, aber es wäre notwendig, sie jetzt voll in Gebrauch zu nehmen, weil immer mehr eine Verbindung zwischen der West- und Obersteiermark, zwischen den Industriegebieten und auch eine Entlastung der Graz-Bruck-Straße unbedingt notwendig ist. Ich möchte noch die Straße von Krenhof nach Graden erwähnen. Obwohl ich voriges Jahr genau dieselben Wünsche ausgesprochen habe, ist an dieser Straße nichts geschehen. Ich möchte dort zumindest anmelden, Ausweichen zu erstellen, so daß man doch einen Gegenverkehr ohne Gefahr abwickeln kann. Ich hoffe, daß wenigstens die Brücke neu ausgebaut wird. Ich habe im Voranschlag gesehen, daß für diese Brücke nach Graden 100.000 Schilling vorgesehen sind (Landeshauptmann Krainer: „Planung!“), um auch die Gewichtsbeschränkung dort aufzuheben, weil natürlich kein Schwerfuhrwerk nach Graden fahren kann, so daß es praktisch drinnen unmöglich ist, ein Gebäude zu errichten oder gar den Brennstoff für die Landwirtschaft mit einem Tankwagen hineinzubringen. Ich möchte weiters ersuchen, die St.-Martiner-Straße staubfrei fertigzustellen sowie auch die Ortsdurchfahrt, die in einem sehr desolaten Zustand ist.

Ich möchte noch auf eines hinweisen: Die Straße Nr. 229 von Rosental nach Bärnbach wird aufgelassen als Landesstraße durch den Abbau des Georgfeldes, und somit möchte ich an die Landesregierung das Ersuchen stellen, die Gemeindestraße Köflach—Bärnbach in das Landeseigentum zu übernehmen, obwohl dort die Gemeinde Köflach einen Zuschuß bekommen hat. Sie ist jetzt sehr gut ausgebaut, wird aber durch die Auflassung der Straße 229 wesentlich stärker frequentiert werden. Sie ist eine Verbindungsstraße zwischen der Bundesstraße 70 und der Kainachstraße.

Das wären meine Wünsche für unseren Bezirk und für unsere Straßen. (Allgemeiner Beifall.)

Präsident: Ich erteile Herrn Abg. Meisl das Wort. Als nächster Redner ist Abg. Lind vorgemerkt.

Abg. Meisl: Hohes Haus, meine Damen und Herren! Aus der Budgetdebatte zur Gruppe 6 des Landesvoranschlages, Abschnitt 66, Straßen- und Brückenbau, ist zu entnehmen, daß es in diesen Belangen noch viele offene Wünsche gibt. Der zuständige Referent für den Straßenbau, Herr Landeshauptmann Krainer, lehnt die meisten Interventionen mit der Begründung ab, daß ihm zu wenig Mittel zur Verfügung stehen, um alle angemeldeten Wünsche erfüllen zu können. Ich sehe ein, daß nicht alle Wünsche erfüllt werden können, bin aber davon überzeugt, daß bei sorgfältiger Prüfung von bewilligten Projekten vor Baubeginn Einsparungen von namhaften Beträgen erzielt und Mehrausgaben vermieden werden können, die zur Realisierung von anderen Straßenbauvorhaben verwendet werden könnten. Ich muß sehr oft dienstlich nach Wien fahren. Bei diesen Fahrten ist mir auf der Wechsel-Bundesstraße aufgefallen, daß bei der Umfahrung von Friedberg wieder eine Baustelle errichtet wurde, obwohl dieses Straßenstück bereits zwei Jahre im Betrieb war. Es wird dort nachträglich eine Unterfahmung für eine Abzweigung in das Burgenland gebaut. Das veranlaßte mich, in der Sitzung des Steierm. Landtages am 25. Oktober dieses Jahres folgende Anfrage an den Herrn Landeshauptmann zu richten: „Die Umfahrung Friedberg der Wechsel-Bundesstraße wurde vor zwei Jahren fertiggestellt. Nunmehr wird dieses neu angelegte Straßenstück zur Errichtung einer Abzweigung in das Burgenland wieder aufgerissen und eine Unterfahmung gebaut. Können Sie, Herr Landeshauptmann, mitteilen, wer dafür verantwortlich ist, daß diese kostspieligen Arbeiten nicht schon bei der Errichtung der Umfahrung Friedberg mitgeplant und mit durchgeführt wurden?“

Die Antwort des Herrn Landeshauptmannes war: „Die Unterfahmung muß aus verkehrstechnischen Gründen gebaut werden, um weitere Unfälle bei der Überquerung der Wechsel-Bundesstraße zu verhindern, für Fahrzeuge, die aus Wien kommen und in das Burgenland wollen.“

Meine Zusatzfrage war, „mir ist bekannt, daß das Projekt, wie es jetzt ausgeführt wird, bereits 1961 vorgelegen hat, wer hat angeordnet und ist dafür verantwortlich, daß das Projekt abgeändert wurde“.

Die Antwort des Herrn Landeshauptmannes: „Das Projekt wurde erst später erstellt, mehr weiß ich nicht.“

Die Beantwortung der Anfrage und der Zusatzfrage haben mich nicht befriedigt. Laut Geschäftsordnung konnte ich in der Fragestunde keine zweite Zusatzfrage stellen und mußte mich daher mit dieser Antwort zufriedengeben. Nachdem es sich in diesem Fall um Mehrausgaben von mindestens einer Million Schilling handelt, ersuche ich den Herrn Landeshauptmann, mir, die noch offene Frage in seinem Schlußwort bzw. in seiner Stellungnahme als Referent, zu beantworten, warum das Projekt 1961 nicht sofort durchgeführt wurde. Zur Untermauerung meiner Begründung zur Zusatzfrage habe ich mir die Unterlagen beschafft, die beweisen, daß das Projekt schon seit 1961 vorliegt und nicht

erst später erstellt wurde wie der Herr Landeshauptmann mir in der Fragestunde am 25. Oktober dieses Jahres geantwortet hat. (Beifall.)

Präsident: Ich erteile das Wort Herrn Abg. Lind. Als nächster Redner ist Herr Abg. Ing. Pichler vorgemerkt.

Abg. Lind: Hohes Haus, sehr geehrte Damen und Herren! Wenn auf dem Gebiete des Straßenbaues auch diesmal sehr große Leistungen erbracht wurden und wir zu Dank verpflichtet sind, so gibt es aber noch eine Reihe von Maßnahmen, die als vordringlich anzusehen sind. Ich komme ganz kurz auf den Autobahnbau Süd und möchte zum Ausdruck bringen, daß die Autobahn Süd nicht nur für die Oststeirer, sondern für Gesamtösterreich von überwiegender Bedeutung ist, daß wir alle an dieser Autobahn Süd festhalten müssen und daß ich innigst darum bitte, daß alle zu diesem Projekt stehen und daß das Bestmögliche getan wird, daß dieses Autobahnprojekt sobald als möglich zur Gänze Verwirklichung findet. Die Straßen in die Oststeiermark sind verstopft, wir denken nur an die Riesstraße, was sich hier am Abend abspielt oder auch in der Früh, wenn man nach Graz fährt. Es passieren laufend Überholunfälle, die verhindert werden müssen. Und wenn diese Überholunfälle nicht nur von Rowdys verursacht werden, sondern dadurch, daß in der heutigen Zeit die Menschen es eilig haben und doch dem einen oder anderen die Nerven durchgehen und er zu überholen versucht, dann ist es bereits passiert.

Der Bau der Süd-Autobahn müßte daher unter allen Umständen vorangetrieben werden und wir hoffen doch, daß zum Ende des nächsten oder zu Beginn des übernächsten Jahres das Teilstück Graz—Gleisdorf fertiggestellt sein wird. Die Oststeirer erwarten sich selbstverständlich einen großen wirtschaftlichen Aufschwung mit der Autobahn. Diesen Aufschwung braucht die Oststeiermark. Es droht ansonsten eine Entsedlung. Es ist nicht mehr möglich, Betriebe in die Oststeiermark zu bringen, weil dies immer wieder am Verkehrsproblem scheitert.

Ich möchte nur ein kleines Beispiel sagen. Der Ausbau der Landesstraße Hartberg—Pöllau hat zur Folge, daß es erstmals möglich ist, in Pöllau einen Betrieb anzusiedeln. Aber diese Möglichkeiten werden immer geringer. Also nur ein kleiner Fortschritt auf dem Straßenbausektor, wenn Betriebe wieder in die Oststeiermark kommen. Auch für alle Österreicher ist es von besonderer Bedeutung, daß sie über diese Autobahn Süd Anschluß an das weltweite Verkehrsnetz finden. Es wäre dann ein ganzer Ring, der in Deutschland beginnt, über Salzburg nach Wien führt und von Wien über die Südautobahn wieder nach Kärnten usw.

Für die Belegung des Fremdenverkehrs ist die Autobahn natürlich von besonderer Bedeutung. Es ist kaum möglich, den deutschen Gast in die Oststeiermark zu bringen, weil die Verkehrssituation für ihn zu schwierig wird. Er durchquert meist unsere schöne Heimat, unser

schönes Österreich, fährt nach Italien oder fährt nach Jugoslawien. Wenn aber die Möglichkeit über Wien in die Oststeiermark zu kommen gegeben ist, dann wird er höchstwahrscheinlich in der Oststeiermark verbleiben, die an landschaftlichen Schönheiten verschiedenen anderen Bundesländern und auch anderen Gebieten in der Steiermark nicht nachsteht.

Die Verkehrsdichte wurde bereits vom Kollegen Prenner beschrieben und man sieht daraus deutlich, daß auch der Ausbau der Wechsel-Bundesstraße, der ja, Gott sei dank, flüssig vorangetrieben wird, das Verkehrsproblem in der Oststeiermark nicht lösen kann. Vielleicht ist es möglich, doch zusätzliche Mittel für den Bau dieser Autobahn aufzubringen. Der Ausbau dieser Bahn würde bedeutende Fahrzeitverkürzungen mit sich bringen. Und wir sehen ja ganz deutlich, daß heute schon der Verkehr von Graz in die Bundeshauptstadt und umgekehrt über die Oststeiermark und über die Wechsel-Bundesstraße führt. Eine Fahrzeitverkürzung wäre da von ganz besonderer Bedeutung, gerade heute in der schnellebigen Zeit, wenn wir nur am Rande die Arbeitsbeschaffung streifen wollen und auch das Baunebengewerbe würde somit zum Zuge kommen, aber ich glaube, primär ist der Ausbau für den Verkehr, aber auch selbstverständlich für die Arbeitsbeschaffung gedacht.

Wenn wir die Oststeiermark nicht absondern wollen, die ja immer leidgeprüft war, wenn wir zurückdenken an die verschiedenen Kriege von den Kuruzen und Türken beginnend, auch jetzt der letzte Weltkrieg endete wieder in der Oststeiermark, so glaube ich, daß wir für diesen Landesteil doch eine Verpflichtung haben und auf diesen Landesteil besonders schauen wollen, denn es hat sich hier ein Schutzwall immer wieder gebildet und wir wollen diesen Grenzlandmenschen besonders unter die Arme greifen.

Das Pendlerwesen ist leider Gottes noch in einem großen Ausmaß in der Oststeiermark vorhanden. Aber durch die Schaffung von modernen Verkehrsadern ist es eben möglich, den Pendlern zu helfen und dann anschließend durch Betriebsgründungen dem Pendlerwesen Abhilfe zu schaffen.

Wenn ich nur an die vordringlichsten Maßnahmen in den Bezirken Feldbach, Fürstenfeld, Weiz und Hartberg erinnern darf, so sei hier zum Ausdruck gebracht, daß im Bezirk Feldbach der Ausbau der Karbachstraße notwendig ist, die besonders von Gnas über Raning nach Straden dringend ausgebaut werden muß, damit diese Querverbindung hergestellt wird. Diese Straße ist — soweit mir bekannt — sehr stark frequentiert. Im Bezirk Fürstenfeld wären die Umfahrungen der Orte Söchau, Groß-Wilfersdorf und Altenmarkt sehr voranzutreiben. Sie wissen genau, daß eine schöne Betonstraße nach Fürstenfeld führt, daß aber in Groß-Wilfersdorf und in Altenmarkt bedeutende Verkehrsfallen sind, wo es immer wieder zu schweren Verkehrsunfällen kommt und es ist daher besonders wichtig, daß wir die Verkehrsunfallziffern hier verringern, daß wir trachten, alles beizutragen, daß diese Umfahrungen so bald wie möglich ge-

macht werden. Söchau selbst ist ein ähnliches Beispiel, Söchau als Fremdenverkehrsort würde es besonders begrüßen, wenn der Verkehr nicht mehr durch diesen Ort geschleust werden müßte. (Landesrat Wegart: „Die Leute fahren zu schnell!“)

Ja, sicher fahren die Leute auch schnell, aber sie nehmen eben Bedacht auf gute Verkehrsverhältnisse und diese Betonstraße ist sehr schön nach Fürstenfeld und sie können ihr Tempo in diesen Orten dann leider nicht verringern.

An einen sehr guten Verkehrsweg könnte man denken von der Südsteiermark, von Radkersburg über Felzbach nach Wien, die kürzeste Strecke wäre hier über Ilz, Sebersdorf auf die Wechsel-Bundesstraße. Ich habe leider nicht gesehen im Voranschlag, daß daran gedacht ist, die Straße von Groß Hartmannsdorf nach Sebersdorf auszubauen — das ist ein nicht allzulanges Stück — um hier wieder eine sehr gute Verkehrsader zu schaffen.

In Weiz selbst wäre besonders der Weiterbau der Feistritzalstraße in Richtung Feistritzsattel voranzutreiben, es würde dann eine sehr gute Verbindung mit Wien hergestellt werden.

Der weitere Ausbau der Birkfelder-Fischbacher-Schanzstraße wäre ebenfalls von besonderer Bedeutung sowie der Straße von Birkfeld nach Miesenbach und der Ilztalstraße. Aber vor allem soll man an die Umfahrungen in Weiz und in Anger denken. Es sind genau so Verkehrsfallen und hier wäre es ebenfalls von besonderer Bedeutung, die Umfahrungen auszubauen, damit diese Verkehrsfallen beseitigt werden könnten. Auch für den Fremdenverkehr speziell in Anger wäre dies besonders wichtig.

Im Bezirk Hartberg, wenn ich nur noch feststellen darf, wäre der Fertigbau der Wechsel-Bundesstraße, es wurde einiges bereits darüber gesprochen, von besonderer Wichtigkeit. Es wäre eine kurze Verbindung und eine rasche Verbindung als vorübergehende Lösung in die Bundeshauptstadt und umgekehrt gedacht. Aber vor allen Dingen die Querverbindungen von der Oststeiermark in die Obersteiermark haben eine besondere Bedeutung. Es gibt hier eine Reihe von Beschäftigten, die im Bezirk Hartberg wohnen und in der Obersteiermark arbeiten und man könnte diesen Leuten dabei wirklich helfen, wenn man hier speziell die Alpl-Bundesstraße weiter ausbauen würde. Ausbauen müßte man vor allem die Straßen von Limbach nach Sebersdorf, von Hartberg über Pöllau auf das Gschaid, von Pöllau-Kreuzwirt nach Wenigzell und von Bruck nach Waldbach, von Waldbach weiter nach St. Jakob und auch von St. Jakob wieder hinüber nach Ratten. Die Landesstraße von Elsenau nach Schäßfern-Laglmühle wäre ebenfalls sehr wichtig. Hier müßte verlängert werden nach Niederösterreich.

Ich komme schon zum Schluß. Des weiteren die Straße Sagbauer—Schachen, sie führt durch einen Hohlweg, der nicht mehr zu befahren ist. Die St. Lorenzenerstraße ist bald in Fertigstellung, was uns mit besonderer Freude erfüllt. Ich möchte nun den Herrn Landeshauptmann und die Landesregierung bitten, alle Bemühungen zu

unternehmen, daß der Bund weitere Straßen übernimmt, damit das Land die Möglichkeit hätte, den schwer geprüften und geplagten Gemeinden Landesstraßen abzunehmen. Aber eines ist sicher für uns, gute Verkehrsadern sind die Lebensadern des ganzen Landes. (Allgemeiner Beifall.)

Präsident: Ich erteile das Wort Herrn Abg. Pichler. Als nächster ist Herr Abg. Ing. Koch vorgemerkt.

Abg. Pichler: Meine sehr verehrten Damen und Herren! Ich möchte mich absolut nicht von den großen Plänen und zum Teil — und das sei in sachlicher Hinsicht festgestellt — Illusionen absentieren und entfernen. Ich bin selbstverständlich auch ein Anhänger der großen Planung und vor allen Dingen einer sinnvollen Vorausplanung. Eine Reihe solcher Pläne, allerdings, Herr Kollege, nicht den Krebsenbach, sondern Straßenprojekte, haben wir heute ja hier genommen, und es wäre nur wünschenswert, wüßten wir, wann alle diese großen Projekte verwirklicht werden können. (Abg. Prof. Dr. Eichinger: „Im nächsten Jahr!“)

Ich beglückwünsche Sie zu Ihrer Illusion. Ich bin deshalb ein Anhänger dieser großen Pläne, weil wir ja diese Projekte sehr notwendig verwirklicht brauchten, um wirtschaftlich nach allen Richtungen den notwendigen Anschluß zu finden. Ich möchte aber doch vielmehr auf dem Boden der Wirklichkeit bleiben und mich in Bodennähe bewegen und zur Wirklichkeit und vor allem zur Möglichkeit zurückkehren. So schön es klingt, dort eine Autobahn und die Strecke ebahnig auszubauen, so müssen wir zur Kenntnis nehmen, daß wir im größeren Maße innerhalb der nächsten fünf Jahre ja nur in den wenigsten Fällen die Möglichkeit haben werden, andererseits uns aber, meine Damen und Herren, der Verkehr völlig überrollt, uns auf der anderen Seite, lieber Herr Landesrat Wegart, der Lastverkehr über den Kopf wächst und wir das Schlachtfeld Straße damit faktisch immer mehr vergrößern, leider nicht flächenmäßig, sondern nur in der Häufigkeit.

Ich möchte aber, Herr Landeshauptmann, zurückkommen auf meine seinerzeitige Anfrage in bezug auf den Ausbau der Bundesstraße 67. Ich habe nichts hinzuzufügen, daß damals von der Österreichischen Volkspartei dem Landtag der Antrag gestellt wurde, diese Straße generell auszubauen und vorderhand auf die Ausweichen, die wir seinerzeit so schön gemeinsam uns vorgestellt haben, zu verzichten, bin aber doch der Meinung, wenn wir das Gelände betrachten, wenn wir wissen, welche Brücken vielfach errichtet werden müssen, welche Sprengungen erforderlich sind, daß wir auf jenen Strecken, wo wir wissen, daß einmal die ausgebaute Straße verlaufen wird, vielleicht doch an Überholspuren denken sollten. Das wäre, glaube ich, sehr wesentlich, damit der Pkw-Fahrer wenigstens fallweise die Chance hat, langen Lkw-Zügen vorfahren zu können. Nicht mehr und nicht weniger. Ich glaube, das ist gar keine Fehlinvesti-

tion und gar keine Fehl- und Gegenplanung gegenüber den großen Plänen, sondern eine sinnvolle Überlegung. Und darum möchte ich sehr bitten, denn gerade dieses Straßenstück Graz—Bruck ist ein ungeheures Gefahrenstück für alle Verkehrsteilnehmer.

Nun zur Bundesstraße 17, und hier hat ja einer meiner Vorredner, der Kollege Burger, sehr ausführlich dazu gesprochen und ist sehr weit gegangen mit seinen Plänen. Es ist ja sicherlich begrüßenswert, wenn man realisierbare Vorstellungen hat, aber nur bedauerlich, wenn man nicht weiß — wie eingangs festgestellt — wann wir diese Pläne auch verwirklichen können. Die Bundesstraße 17 bedeutet für den obersteirischen Wirtschaftsraum soviel wie die daneben doppelgleisig verlaufende Bahnstrecke. Wenn wir dabei aber zur Kenntnis nehmen müssen, daß uns das Verkehrskonzept fehlt, daß auf Grund unlauterer Wettbewerbsgegebenheiten die Güter immer mehr auf die Straße abwandern und eine solche Verkehrsdichte entsteht und auf der anderen Seite trachten wir gleichzeitig, ein großes europäisches Projekt im Aichfeld zu fördern. Der Landtag hat diesbezügliche Beschlüsse gefaßt, nämlich um die Rennbahn oder den Aichfeldring zu verwirklichen. Und heute schon wissen wir nicht mehr, wie werden die vielen Besucher, die wir erwarten, zu diesen Veranstaltungen kommen. So möchte ich hier positiv feststellen, daß der Ausbau in der Nähe St. Michael-Kaisersberg absolut zu begrüßen und eine grandiose Leistung ist, wenn auch verspätet, Herr Landeshauptmann.

Wenn wir aber weitergehen in dieser Strecke und zum Teil noch nicht feststeht, wie die Trasse eines Tages weiter verlaufen soll, die Umfahrung Knittelfeld, die Umfahrung Zeltweg, die Umfahrung Judenburg, und auf der anderen Seite gleichzeitig sehen, daß Eigenheimwerber, und Kleingrundstücksbesitzer Eigenheime hinstellen und vielfach heute schon angenommen werden kann, daß diese Gebäude wieder weggerissen werden müssen, so ist es eine ungeheure Gefahr für den Eigenheimwerber. Hier wollen wir ihn aber doch soweit trösten, er wird es ja ersetzt bekommen, aber ich glaube doch, eine unnötige Aufwendung von Geldmitteln, die man dadurch ersparen könnte, wenn rechtzeitig und frühzeitig die Trasse festgelegt wird.

Und noch kurz ein Wort zu den Bach- und Flußregulierungen, Herr Bezirkshauptmann — Verzeihung — Herr Landeshauptmann.

Herr Abg. Ing. Koch, wenn Sie darüber lachen, so werde ich mich umso anständiger benehmen, darüber nicht zu lachen, wenn Sie wieder einmal einen Sprachfehler haben. Ich möchte jetzt überhaupt feststellen, daß ich als einer der jüngsten Abgeordneten innerhalb der letzten Stunden einige Ereignisse im stillen festgestellt habe, die sich dieses Haus und eines Abgeordneten nicht geziemen, insbesondere dann, wenn sich ein junger Abgeordneter dieses Hauses herausnimmt, den Ersten Landeshauptmannstellvertreter und Finanzreferenten zum Buchhalter zu degradieren. (Beifall bei der SPÖ.)

Ich glaube, meine Herrschaften, das haben wir

nicht notwendig. Wir können einander ruhig eine kleine Würze zuspritzen, das macht nichts. Aber es ist nicht des Hauses würdig, daß wir, wenn sich jemand verspricht, sofort eine kritische Feststellung machen.

Ich darf daher bitten, Herr Landeshauptmann, daß wir in bezug auf die Fluß- und Bachregulierungen vielleicht auch trachten, so vorzugehen, wenn schon die Geldmittel nicht aufgebracht werden können, zur Ausbaggerung dieser Flußgehenden zu kommen, das Geschiebe wegzubringen und den Gemeinden auf der anderen Seite, wenn sie schon allein nicht in der Lage sind, die Mittel zur Gänze aufzubringen, helfend in finanzieller Hinsicht zur Seite zu stehen. Wir werden immer wieder Gefahr laufen, daß bei größeren Niederschlägen dort wieder wertvolles Gut und vielleicht auch Menschenleben vernichtet und gefährdet werden.

Und, Herr Landeshauptmann, ich darf am Ende meiner Ausführungen doch auch, zurückkommend auf eine seinerzeitige Fragestunde, eine Anfrage meinerseits hinsichtlich des Krebsenbaches stellen. Ich darf feststellen, daß ich damals die Auskunft erhalten habe „Die Gemeinden haben ihren gebührenden Anteil nicht geleistet“. Herr Landeshauptmann, das ist mittlerweile geschehen. Ich würde nur bitten, daß es gelänge der Firma, die damit beauftragt ist, ein etwas schnelleres Tempo beizubringen und auf der anderen Seite die Mittel zu sichern, daß das Krebsenbachprojekt doch in absehbarer Zeit verwirklicht werden könnte. (Beifall.)

Präsident: Ich erteile Herrn Abg. Ing. Koch das Wort. Als nächster Redner ist Herr Abg. Leitner vorgemerkt.

Abg. Ing. Koch: Hoher Landtag, meine sehr geehrten Damen und Herren! Noch nie ist dem Straßenbau eine solche Bedeutung zugekommen wie heute im Zeitalter der Verkehrsexplosion, wobei aber auch die Straße der Strukturverbesserung zu dienen hat und nicht zuletzt in jenen wirtschaftlich schwachen Gebieten auch die Beschäftigungsmöglichkeiten beim Straßenbau einen wesentlichen Faktor darstellen. Es ist heute schon erwähnt worden, daß von Graz nach Mooskirchen die Autobahn vordringlich zu bauen sei, ich muß das unterstreichen, besonders in Berücksichtigung, daß in Lannach die Raffinerie errichtet werden soll, die ja tausende von Tonnen auf der Straße zu bewältigen haben wird. Die Sobotherstraße, da dürfen wir jetzt endlich hoffen, daß sie in den nächsten Jahren fertiggestellt werden kann, nachdem gezwungenermaßen auch die Kärntner nun begonnen haben. Diese Straße ist in ihrer Trassenführung eine sehr moderne, mit 7 m Breite, landschaftlich wunderschön, so daß sie praktisch auch eine Attraktion fremdenverkehrsmäßig darstellen wird, wirtschaftlich ist sie von außerordentlicher Bedeutung, weil sie ja auf beiden Seiten unmittelbar im Grenzland die Wirtschaft beleben wird. An dieser Straße sollen auf der steirischen Seite im letzten Bauabschnitt noch etwa 60 Millionen Schilling verbaut werden. Eine sehr große

Brücke mit etwa 200 m Länge und 35 m Höhe muß noch gebaut werden. Vor allen Dingen können viele Menschen unmittelbar aus dem Grenzland, die zuhause praktisch sonst keine Arbeit finden, auf einige Jahre Beschäftigungsmöglichkeit vorfinden.

Ein weiterer wesentlicher Straßenbau ist die der 76er Bundesstraße von der Ortschaft Aibl auf den Radlpaß, welcher, nach unserem Betreiben, der internationalen Eröffnung zugeführt werden wird. Die derzeitige Trasse ist mit einer Schwarzdecke versehen worden. Eine neue moderne Trasse soll in nächster Zukunft gebaut werden. Ich darf den Herrn Landeshauptmann ersuchen, nach wie vor mit allem Nachdruck dafür zu sorgen, daß nun endlich dieser internationale Übergang eröffnet wird, daß aber vor allem die Jugoslawen auf ihrer Seite ihr Straßenstück ausbauen und nach den Erfordernissen herrichten.

Als Nächstes gilt es die dringenden Umfahrungen in den drei Bezirken Voitsberg, Deutschlandsberg und Leibnitz zu betreiben. Die Umfahrung von Köflach, von Frauenthal-Deutschlandsberg und im Leibnitzer Bezirk die Umfahrung Kaindorfs zählen zu den vordringlichsten.

Weiters möchte ich ein Straßenproblem aufzeigen, das vor Jahren schon Kollege Dr. Heidinger behandelt hat und zwar sind die Nebenstraßenmündungen, besonders in stark frequentierten Hauptstraßen, sehr primitiv ausgebaut, also nicht trompetenförmig, es gibt dort keine Stehspur und die Unfallhäufigkeit ist auf Grund dieser primitiven Anordnung natürlich sehr groß und zunehmend. Ich glaube, auch auf diesem Gebiet wird manches noch zu ordnen sein.

Ich darf auch noch erwähnen, daß verschiedene Hauptstrecken, die sehr stark verbaut sind und nur aus zwei Fahrbahnbreiten bestehen durch die Geschwindigkeitsbeschränkungen zu einer einzigen Kriechspur werden. Ein extremes Beispiel hiefür ist Graz—Leibnitz—Spielfeld. Diese Strecke ist vordringlich vierbahnig auszubauen bzw. dringlich vorzuziehen.

Eine weitere unerfreuliche Feststellung ist, daß es verschiedene Straßenzüge gibt, die auf einer kurzen Strecke von einigen Kilometern drei oder vier verschiedene Gewichtsbeschränkungen aufzuweisen haben. So haben z. B., Brücken zum Teil 8 Tonnen, die Straßen 13 Tonnen zulässige Belastung oder umgekehrt. Solche Straßenzüge sind in diesem Sinne zu sanieren bzw. die Brücken zu verstärken, so daß auch wirtschaftlich interessante Führen auf diesen Straßen durchgeführt werden können. Von den Landesstraßen ist die Gaberl-Bundesstraße schon einige Male aufgezeigt worden. Gleichermäßen wie für die obersteirischen Kollegen, ist der Ausbau dieser Straße für die Südweststeiermark von besonderer Bedeutung. Ich darf da auch die Forderung anmelden, diese beschleunigt auszubauen, weil sie nicht nur die Verkehrsentlastung für Bruck—Graz, sondern vor allen Dingen auch die Verbindung vom Norden bis zur Staatsgrenze herunter darstellt und in späterer Folge der Zubringer zur Autobahn sein wird. Im Bezirk Voitsberg darf ich noch die Straßen von

Ligist nach Unterwald und Stallhofen—Geistthal als dringlich anmelden.

Ich darf auch noch einige Leibnitzer Straßenvünsche kurz aufzählen. Es ist das die Wellentalstraße nach Heimschuh, Ehrenhausen nach Spielfeld und Lebring—Rohr—Haslach sowie Unterhaag—Kolberg.

Im Deutschlandsberger Bezirk ist es die Glashüttnerstraße, die derzeit mit 1 Million dotiert ist, wobei aber die geschätzten Kosten 8 Millionen betragen, das heißt mit anderen Worten, daß wir etwa 8 oder noch mehr Jahre zur Fertigstellung brauchen würden. Ich darf daher auch bitten, diese Dotierung für die Glashüttenstraße in Zukunft etwas höher vorzunehmen.

Ein wesentlicher Straßenzug führt aus dem südweststeirischen Gebiet zur Landeshauptstadt Graz und zwar abzweigend von der 76iger Bundesstraße in Altenmarkt über Sulmeck-Greith (Gasselsdorf) nach Gleinstätten. Eine einzige Schlangenlinie stellt dieses Straßenstück dar, sie führt durch eine Reihe von winkelligen Ortschaften und Bahnübergängen. Dieses Straßenstück, sehr verehrter Herr Landeshauptmann, müßte neu trassiert werden. Es müßte eine Trasse, etwa der Sulm entlang gefunden werden, um alle Ortschaften und Bahnübergänge zu umfahren, damit diese Straße auch den wirtschaftlichen Anforderungen entspricht.

In der weiteren Verlängerung muß ich aufzeigen, daß der Pölser-Berg auf dieser Strecke nach Graz geradezu ein großes Verkehrshindernis ist, ebenfalls auch das Stück von Pöls nach Zwaring. Derzeit werden in Zwaring einige Gebäude abgerissen, um die Straße etwas zu verbreitern. (Landeshauptmann Krainer: „Ein alter Stadl ist abgerissen worden!“)

Die Schlangenlinien bleiben aber trotzdem erhalten! Es scheint sinnvoll, daß nach Möglichkeiten gesucht wird, den Pölser-Berg zu umfahren, eine neue Brücke zu bauen und anschließend die Trasse bis zum Kaiserwald zu begraden, um damit einen ordentlichen Straßenzug vom letzten Grenzlandwinkel zur Landeshauptstadt zu schaffen. Ich darf nachdrücklich bitten, die Projekte eingehend zu studieren, und einer Verwirklichung zuzuführen.

Zu den Straßenübernahmewünschen, Herr Landeshauptmann, sage ich nichts Neues. Seit vielen Jahren ersuchen wir mit Nachdruck, daß an der unmittelbaren Staatsgrenze die Straße von Lorenzen nach Rotwein—Mauthnereck vom Land übernommen wird. Als zweite, die auch schon viele Jahre heransteht, ist die Straße nach Osterwitz, die die beiden Landesstraßen 181 und 180 verbindet, und die Hinterleitenstraße von der Hebalmstraße zur Wildbachstraße. Damit sind meine wichtigsten Wünsche vorgetragen. Ich darf bei dieser Gelegenheit mit besonderer Anerkennung bemerken, daß in den letzten Jahren auf dem Sektor Straßenbau Außerordentliches geleistet wurde.

Wir sind davon überzeugt, daß die wichtigsten Straßenvünsche in den nächsten Jahren auch einer Verwirklichung zugeführt werden können. (Beifall.)

Präsident: Ich erteile Herrn Abg. Leitner das Wort. Als Nächster ist Herr Abg. Pabst vorge-merkt.

Abg. Leitner: Meine Damen und Herren! Schon bei der Behandlung des Schulkapitels im Hohen Haus wurden — wie sich herausgestellt hat, mit Recht — die Bundes- und Landesregierung kritisiert, daß sie planlos an diese Fragen herangegangen sind. Ich habe in diesem Zusammenhang auch gesagt, daß dem Unterrichtsministerium allein Planlosigkeit vorzuwerfen, nicht richtig wäre, weil dies auch bei anderen Ministerien so unter anderem beim Landwirtschaftsministerium der Fall ist, wie dies der Wasserschutzbau bei uns in Steiermark beweist. Größere Mittel für den Wasserschutzbau werden erst immer dann zur Verfügung gestellt, wenn eine Hochwasserkatastrophe da ist. Aber gerade dann werden diese größeren Mittel zur Beseitigung der Schäden verwendet, während für die Beseitigung der Ursachen, das heißt, für einen entsprechenden Wasserschutzbau viel zu wenig Mittel zur Verfügung stehen.

Es ist aber so, daß gerade der Wasserschutzbau sehr wirtschaftlich wäre im Zusammenhang mit den immer wieder anfallenden Katastrophen, weil sich herausgestellt hat, daß ein Wasserschutzbau wesentlich weniger Mittel erfordert, als für die Beseitigung der Katastrophenfolgen, die nur deswegen entstehen, wenn solche Schutzanlagen nicht vorhanden sind. Trotzdem findet das Landwirtschaftsministerium und auch die Landesregierung nicht die Kraft, die notwendigen Mittel zur rechten Zeit und planvoll einzusetzen. Planlosigkeit gibt es auch beim Bautenministerium im Zusammenhang mit dem Straßenbau und das Land Steiermark — so kommt mir vor — mischt da kräftig mit. Wie wäre es anders zu verstehen, als vor einem Jahr beschlossen wurde, hier in diesem Haus, zehn Ausweichspuren auf der Bundesstraße 67 zwischen Bruck und Graz zu errichten, damit die Flüssigkeit und die Sicherheit des Verkehrs erhöht wird. Jetzt, nach ungefähr einem Jahr, stellt die ÖVP durch einen Antrag einiger Abgeordneter den Antrag, die Bundesstraße 67, genau das Stück Bruck—Graz, vierbahnig auszubauen und sagt, der Bau von zehn Ausweichspuren entspricht nicht den heutigen Erfahrungen. Sie tut so, als ob diese zehn Ausweichstellen schon vor vielen Jahren beschlossen worden wären. Aber das war erst im Vorjahr der Fall. Und heute, nach einem Jahr, kommt man zu ganz anderen Ansichten.

Ich bin auch für den Antrag. Ich halte es für sehr wichtig, daß auf Grund der Verkehrssituation, diese Strecke vierspurig ausgebaut wird. Allerdings zeigt das, daß der Bau der geplanten zehn Ausweichspuren sicherlich nicht gut überlegt war. Das ist ein weiteres Beispiel zu den hier schon angeführten und beweist, daß solche Fehlplanungen im steirischen Straßenbau schon öfter vorgekommen sind. Ich habe schon wiederholt auf den Bau der Präbichlstraße hingewiesen im Zusammenhang mit dem Bau der Sobothstraße. Nichts gegen den Bau der So-

both-Straße, aber vom wirtschaftlichen Standpunkt — gar nicht zu sprechen davon, daß den Eisenerzern ihre Straße schon viel länger versprochen wurde — ist der Bau der Präbichlstraße vorrangig. (Abg. Koch: „Wollen Sie das Grenzland sterben lassen, Herr Abgeordneter Leitner? Das ist doch eine Existenzfrage!“)

Nein, aber wenn das obersteirische Industriegebiet, das nach der Meinung und nach den Ausführungen des Herrn Landeshauptmannstellvertreter DDr. Schachner sehr gefährdet ist, weiter so benachteiligt wird, dann kann es möglich sein, daß nicht nur das obersteirische Industriegebiet, sondern auch die übrige Steiermark argen Schaden nimmt. (Abg. Koch: „Kennen Sie überhaupt die Verhältnisse?“)

Es ist sehr, sehr wichtig, welches Projekt man vorzieht und welches mehr der Wirtschaft dient. Ich kann mich noch gut erinnern, daß der Herr Landeshauptmann Krainer den „Fleckerlteppich“, beim Bau steirischer Straßen kritisiert hat, als er dieses Referat übernommen hat. Es wurde heute auch angezogen, daß der Ausbau der Leobner Umfahrung erst nur zweispurig und erst später mit einer Kriechspur versehen wurde und trotzdem den heutigen Verhältnissen nicht mehr entspricht. Dabei ist doch der Ausbau der Leobner Umfahrung erst vor einigen Jahren vorgenommen worden.

Und all diese Planlosigkeiten, all diese Fehler, die dem Land Steiermark und auch dem Bund sehr, sehr viel Geld kosten, sind nur darauf zurückzuführen, daß erst seit ungefähr einem Jahr, konkret seit dem Frühjahr 1967, mit einer konzentrierten Planung für die Bundesstraße 17 und 67 und der Erstellung eines wissenschaftlich fundierten Straßenkonzeptes begonnen wurde.

Eines der Ergebnisse dieser wissenschaftlichen Forschung, die mit Verkehrszählungen usw. zusammenhängt, ist eben die Notwendigkeit, die Straße Bruck—Graz und wenigstens entscheidende Strecken der Bundesstraße 17 vom Semmering bis Judenburg teilweise vierbahnig auszuführen. Aber diese beiden Bundesstraßen waren schon seit langer Zeit äußerst wichtige Straßen. Die Verantwortlichen wissen schon seit Jahren, daß es notwendig ist, hier ein Straßenkonzept auf wissenschaftlicher Basis zu erstellen und nicht eine 7,5 m breite Straße zu bauen, weil sich dann doch herausstellt, daß uns bei so einer „Planung“ der Straßenverkehr überrollen wird und muß.

Es wurde schon gesagt, daß die Bundesstraße 17 der Hauptverkehrsweg für etliche Bezirke ist, so für Leoben und Bruck, und daß der innerbezirkliche Verkehr sehr groß ist. Aber das ist nur — ich glaube, der Herr Abg. Burger hat das ausgeführt — ein Teil des Verkehrs.

Diese zwei Straßen 17 und 67 sind wichtige Durchzugsstraßen von Wien nach Kärnten und noch weiter. Diese zwei Straßen sind auch wichtige Verbindungslinien, die das obersteirische Industriezentrum auf der einen Seite mit der Landeshauptstadt Graz, aber auch mit Wien vor allem als Wirtschaftszentrum verbinden. Diese Wichtigkeit geht unter anderem daraus hervor, daß die heutige Verkehrsfrequenz auf diesen bei-

den Straßen so groß ist, daß verschiedene Verkehrsabschnitte dieser Straßen einfach nicht mehr imstande sind, den immer stärker werdenden Verkehr aufzunehmen.

Der Herr Abgeordnete Meisl, einer meiner Vorredner hat auf die Frequenz der Wechsel-Bundesstraße hingewiesen, die heute schon zwischen 4.000 und 5.000 Kraftfahrzeugen pro Tag liegt.

Aber, meine Damen und Herren, Ihnen wird wahrscheinlich bekannt sein, daß die Frequenz der Brucker Straßen 17 und 67 10.000 Kraftfahrzeuge und darüber pro Tag beträgt, daß es auch von diesem Gesichtspunkt besonders notwendig wäre, diese beiden Straßen vorrangig auszubauen. Trotz der Wichtigkeit wird auf diesen Straßen selbst ein bescheidener Anspruch auf Verkehrsdurchlässigkeit und Sicherheit 20 und 25 Jahre nach Kriegsende heute noch immer nicht gewährleistet. Da es sehr wesentlich für die weitere Entwicklung des Mürz- und Murtales und seiner Industrie, besonders seiner Schwerindustrie ist, die Verkehrswege auszubauen, muß gerade dem Ausbau der Bundesstraßen 17 und 67 Vorrang zugewilligt werden. Das wäre schon sehr lange notwendig gewesen, weil die Straßen eine Modernisierung brauchen, damit der Verkehrsfrequenz entsprochen und auch die Sicherheit der Autofahrer bzw. aller Verkehrsteilnehmer die diese Straßen benutzen, einigermaßen gewährleistet wird.

Schwerpunkt der Straßenplanung müßte auch sein, rasch die noch vorhandenen, völlig unzulänglichen Straßendecken zu beseitigen. Das ist eine Grundwahrheit im Straßenbau, aber, wenn man konkret die Engpässe besonders auf der Bundesstraße 17 anschaut, vor allem Bruck, Kindberg und Mürzzuschlag, wobei Bruck buchstäblich eine Verkehrsfalle Nummer 1 ist, so sieht man, daß auf diesem Gebiet bisher sehr wenig geschehen ist. Und auch der Bau der Umfahrung von Bruck geht, wie alle Damen und Herren wissen, sehr sehr schleppend vor sich.

Bei der Umfahrung von Mürzzuschlag ist noch immer nicht einmal die endgültige Trasse festgelegt. Das Bautenministerium und auch die Landesregierung und der Herr Landeshauptmann Krainer traten noch wenigstens bis vor einem Jahr für die sogenannte Nordumfahrung ein. Diese Nordumfahrung ist in Wirklichkeit eine Durchfahrung von Mürzzuschlag, während es notwendig wäre, Mürzzuschlag südlich zu umfahren. Es wurde heute schon betont, daß der Gemeinderat von Mürzzuschlag eine solche südliche Umfahrung wünscht und sicherlich ist es richtig. Obwohl man von der früher geübten Art, wohl scharfe Kurven bzw. Engstellen auszuschalten, aber die Durchfahrt doch durch den Ort zu führen, schon längst abgekommen ist, beabsichtigt dies die Landesregierung und auch das Bautenministerium auch noch heute im Falle Mürzzuschlag. Ob sich das dann nicht als Schildbürgerstreich herausstellen würde, Herr Landeshauptmann?

Wie lange glaubt die Bundesregierung und auch das Bautenministerium und auch die Lan-

desregierung noch zusehen zu können, daß sich z. B. in Bruck kilometerlange Autoschlangen bilden, während andere Straßen, die viel weniger frequentiert und nicht so wichtig sind, rasch ausgebaut werden, während die Bundesstraßen 17 und 67 heute nicht einmal noch so weit ausgebaut sind, daß selbst die Verkehrsfallen und Engstellen beseitigt wurden. Dieses Kapitel gehört — wie ich schon in der Generaldebatte angeführt habe — zur Benachteiligung der Obersteiermark und seines Industriegebietes. Wir Kommunisten lehnen eine solche Politik schärfstens ab, wie sie auch beim Ausbau der Straßen in der Obersteiermark zum Ausdruck kommt.

Präsident: Ich erteile Herrn Abg. Pabst das Wort.

Abg. Pabst: Hohes Haus, verehrte Damen und Herren! Bruck an der Mur ist im Straßenverkehr zweifellos ein sehr wichtiger Verkehrsknotenpunkt der Obersteiermark, aber ich glaube, es ruhig sagen zu können, auch der gesamten Steiermark.

Von der Lösung dieses Knotenpunktes wurde schon sehr lange gesprochen, lange geplant und nun auch seit zwei Jahren bereits gebaut. Das Tempo dieses Baufortschrittes befriedigt derzeit durchaus nicht. Vor allem deshalb, weil man im Durchzugsverkehr von Kapfenberg bis Bruck des öfteren zur Kenntnis nehmen muß, daß man für diese 4 km lange Fahrtstrecke auch über eine Stunde brauchen kann. Doch muß andererseits zugegeben werden, daß gerade die Vorbereitungsarbeiten, in diesem Falle die Verbreiterung der Straße, Abstützen des Schloßberges, das Bauen einer Fahrbahn in Form einer Brücke über die Mürz, aber auch das Verlegen der vielen Leitungen und Kabel in entsprechende Kanäle — und dies alles neben diesem starken Straßenverkehr — das Tempo des sichtbaren Baufortschrittes natürlich sehr beeinflussen und hemmen.

Der erste und zweite Bauabschnitt ist bereits durchgeführt bzw. in Durchführung. Der dritte und letzte, allerdings auch größte Bauabschnitt — der unter anderem auch eine 930 m lange Straßenbrücke vorsieht — wird heuer noch vergeben werden. Mit dem Bau wird, so früh es das Wetter zuläßt, im nächsten Jahr begonnen. Zweifellos verlangt die Lösung dieses Verkehrsknotens infolge großer Raumschwierigkeiten ein Bauwerk in Form einer teilweisen dreietagigen Kreuzung, wie es für solche Zwecke in Österreich kaum errichtet wurde, mit einem Gesamtkostenaufwand zwischen 60 und 70 Millionen Schilling. Dieser Aufwand ist aber angesichts des großen Durchzugsverkehrs zweifellos auch gerechtfertigt.

Das Referat Straßenbau im Landesbauamt, in Zusammenarbeit mit dem Bautenministerium, muß gebeten werden, alles zu tun, um diesen Kreuzungsausbau möglichst zu forcieren und rasch zum Abschluß zu bringen.

Danken möchte ich an dieser Stelle den einsatzbereiten Gendarmen von Bruck, die schon seit langem alles tun, um den Durchzugsver-

kehr durch Bruck soweit als nur irgendwie möglich, zu beschleunigen. (Beifall.)

Präsident: Ich erteile das Wort Herrn Abg. Brandl. Als nächster Redner ist Herr Prof. Eichtinger vorgemerkt.

Abg. Brandl: Hoher Landtag! Wenn der Herr Abg. Burger neben den voraussichtlichen Kosten für den Ausbau der Seeberg-Nordrampe auch den Baubeginn bekanntgegeben hätte, hätte ich mir die Wortmeldung erspart. So bin ich gezwungen, doch den Herrn Landeshauptmann zu fragen. (Landeshauptmann Krainer: „Er ist ja nicht Referent, der Burger!“)

Er hat aber auch gewußt, wieviel Kosten entstehen. (Landeshauptmann Krainer: „Das wird ihm schon jemand gesagt haben!“)

So darf ich Sie fragen, Herr Landeshauptmann, ob mit dem Ausbau der Seeberg-Nordrampe in nächster Zeit zu rechnen ist. (Beifall bei der SPÖ.)

Präsident: Zu Wort gemeldet ist Herr Abg. Prof. Dr. Eichtinger. Ich erteile ihm das Wort

Abg. Prof. Dr. Eichtinger! Meine sehr verehrten Damen und Herren! Mit dem Wasserverbrauch wächst der Wasserstrom, der in die Bäche und Flüsse zurückkehrt. Viele Gewässer sind schon derart verschmutzt, daß das biologische Leben in ihnen langsam stirbt. Doch noch immer werden Abwässer ungereinigt abgeleitet, wodurch echte Krankheitsherde entstehen können. Dazu kommt noch die ständige Verunreinigung der Luft durch Staub und Ruß, aber auch durch Bestandteile von Autoabgasen, die in Stoßzeiten zu einer Konzentration von Kohlenmonoxyd und Kohlenwasserstoff führen, die bei ungünstiger Wetterlage lebensgefährlich sein können. Den Hauptteil unseres Wasservorrates bildet das Grundwasser, das durch den weiteren Ausbau von Kanalisationsanlagen und zentralen Reinigungsanlagen mit mechanischer und biologischer Klärung geschützt werden soll. Der Wasserwirtschaftsfonds und das Land Steiermark helfen hier durch Darlehen und Beiträge bis zu 70 Prozent. Die restlichen 30 Prozent sind von den Gemeinden zu verkraften, was oft recht schwer ist.

In der Steiermark laufen derzeit 20 große Bauvorhaben. Die gesamten Mittel, die für Kanalbauten 1969 zur Verfügung stehen, betragen etwa 100 Millionen Schilling. Eines der größten Bauvorhaben wird vom Mürzverband durchgeführt. Das Ziel, das biologische Leben der Mürz zu stärken, das Grundwasser zu retten und damit der Gesundheit zu dienen, kostet hier allein etwa 150 Millionen Schilling. Bisher wurden für dieses Großprojekt in fünf Jahren 20 Millionen Schilling ausgegeben, die leider praktisch ohne Effekt blieben, weil die notwendigen Kläranlagen dazu noch errichtet werden müssen. Von den etwa 130 noch notwendigen Millionen entfallen 55 Prozent auf Kanalisations- und 45 Prozent auf Kläranlagen. Die Gemeinden, die dem Verband angehören, leisten ab 1. Jänner 1969

pro Kopf einen Finanzierungsbeitrag von S 60.—.

Und nun darf ich auf die Problematik eingehen, die hier entsteht. In Langenwang z. B. sind von 4.100 Einwohnern nur 1.512 an den derzeitigen Kanal angeschlossen. Nun kann man aber unmöglich die Quote von S 60.— für 4.100 Einwohner auf diese 1.512 umlegen. Die Gemeinde Krieglach wieder hat praktisch überhaupt noch keine Kanalisation, kann also von ihren 5.000 Bewohnern fast gar nichts über die Kanalgebühr verlangen. Ein zweites Problem, das aufgetaucht ist, sind die jetzt schon bestehenden Kläranlagen. Die zwei in Langenwang mit etwa 700.000 Schilling gebauten Anlagen liegen zwar nahe dem Mürzverbandkanal, können aber leider später nicht mehr verwendet werden. Nationalrat Scheibengraf verwies darauf, daß Kapfenberg ein ähnliches Mißgeschick droht, hier im Ausmaß von etwa 5.5 Millionen Schilling. Es ist also dringend notwendig, einen generellen Plan für größere Räume aufzustellen, um solche Erscheinungen auszuschalten. Interessant war vielleicht die Bemerkung vom Herrn Nationalrat Scheibengraf bei der letzten Sitzung, daß die Industrieabwässer in Kapfenberg fast gereinigt in die Mürz fließen, während in Stoßzeiten häuslicher Waschtage riesige Schaumkronen das Wasser schädigen.

Der Verband hat für 1969 beim Wasserwirtschaftsfonds Anträge für 15 Millionen Schilling gestellt. Da der Verband in diesem Jahr in einer finanziell sehr kritischen Lage war, einige Zeit der Bau überhaupt eingestellt werden mußte, half das Land mit einem Darlehen von 3.3 Millionen Schilling. Außerdem wurde kürzlich im Landtag die Ausfallsbürgschaft beschlossen. Erfreulich ist es, daß sich unser Landeshauptmann auch beim Bund einschaltete, um Mittel flüssigzumachen. Ich darf auch noch auf einen ÖVP-Antrag hinweisen, die Arbeit dieses Verbandes durch weitere Landesdarlehen zu fördern.

In diesem Zusammenhang möchte ich abschließend auch noch namens des Mürzverbandes ersuchen, den Anteil des Landes, der derzeit in Darlehen und Beihilfen besteht, zur Gänze in nicht rückzahlbare Hilfen umzuwandeln. (Beifall bei der ÖVP.)

Präsident: Ich unterbreche nunmehr die Sitzung bis morgen 8.30 Uhr.

Unterbrechung der Sitzung: 22.00 Uhr.
Fortsetzung der Sitzung: 12. Dezember, 8.30 Uhr.

Präsident Dr. Kaan: Ich nehme die gestern abends unterbrochene Sitzung wieder auf. Wir hielten bei der Gruppe 6, Bau-, Wohnungs- und Siedlungswesen. Über Beschluß des Landtages wurde die Beratung dieser Gruppe bekanntlich in zwei Teile geteilt. Der erste Teil betrifft Straßen-, Wasserbau und sonstiges Bauwesen, der zweite Teil Wohnungs- und Siedlungswesen. Wer sich zum Bauwesen noch zu Wort melden will, wolle das jetzt tun, da dann der Herr Landeshauptmann dazu spricht, während zum zweiten Teil der politische Referent, Herr Landesrat Dr. Niederl, sodann sprechen wird.